

Portal

Das Potsdamer Universitätsmagazin

1-3/09



20 Jahre später:
Demokratie heute

Außerdem in diesem Heft:

Uni Potsdam international6-11

Zielvereinbarungen mit Fakultäten44

Inhalt 1-3/2009

Universität & Gesellschaft



Potsdam Research Network gegründet	3
Neujahrsempfang mit vielen Gästen	4
Wissenschaftspark Golm wird vermarktet.	5
Präsidentin zur Internationalisierungsstrategie	6
Ausländische Ehemalige werben für Uni	8
Gebete für den Sieg	9
Studentische Impressionen aus Moskau	10
Ausbau der Beziehungen zu China geplant	11

Praxisnahe Ausbildung zur deutschen Außenpolitik	12
Tagung zu biometrischen Bildern	13
Netzwerk Studienqualität erfolgreich angelaufen.	13
Firmenkontaktmesse mit großer Resonanz	14

20 Jahre später: Demokratie heute



Deutschlands Weg zur Demokratie	16
Vor-Herbst 1989 in Brandenburg	18
Das Ende einer Euphorie	20
Demokratie bedarf Selbstaufklärung.	22
Große Zustimmung für eine Idee	24
Finanzwissenschaftler für bessere Regulierung.	26
Internationaler Terrorismus und Demokratie	28
Historische Stadtkerne gerettet	30

Studierende erarbeiten Lehrerhandreiche	32
Veranstaltungen zum Jahr der Demokratie	34

Wissenschaft & Forschung



Fraunhofer-Innovationscluster zu Identität	36
NVA - Armee des Volkes?	37
Transportprozess in Zellen untersucht	38
Trainingsprogramm für Schiedsrichter	39
Antrittsvorlesungen gehalten	41
Engagement für bedrohte Wildpflanzen	42

Campus & Leute



Wissenschaftsministerin lobt die Universität	43
Erstmals Zielvereinbarungen mit Fakultäten	44
Aus dem Senat.	46
Nahaufnahme: Mathematiker Klaus Haße	47
Neu erschienen	49
Humboldt-Stipendiat erforscht Lernkultur	50
Personalien: Ehrungen und Preise.	51
Frank Mayer: Arzt und Sportenthusiast	52

Eine Halle für Kletterfreunde	53
-------------------------------------	----

Neu bewilligt	40
Rufe	46
Neu ernannt	48
Tipps und Termine	54

Impressum

Portal – Das Potsdamer Universitätsmagazin
ISSN 1618 6893

Herausgeber: Referat für Presse-, Öffentlichkeits- und Kulturarbeit (PÖK)
im Auftrag der Präsidentin der Universität Potsdam

Redaktion: Janney Armbruster [jar] (verantwortlich), Petra Görlich [pg],
Mitarbeit: Dr. Barbara Eckardt [be], Bettina Micka [bm], Thomas Pösl [tp]

Anschrift der Redaktion: Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam
Tel.: (0331) 977-1675, -1474, -1496 · Fax: (0331) 977-1130 · E-Mail: presse@uni-potsdam.de

Online-Ausgabe: www.uni-potsdam.de/portal

Titelfoto: Paul Glaser

Fotos/Abbildungen: Wenn nicht anders vermerkt – alle von Karla Fritze, Uni Potsdam

Layout und Gestaltung: unicom-berlin.de

Formatanzeigen: unicom MediaService, Tel.: (030) 509 69 89 - 15, Fax: - 20
Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 2, www.hochschulmedia.de

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 31. März 2009

Druck: Druckerei H. Heenemann · **Auflage:** 5.000 Exemplare

Nachdruck gegen Belegexemplar bei Quellen- und Autorenangabe frei. Die Redaktion behält sich die sinnvolle Kürzung eingereichter Artikel vor.



Unterzeichneten die gemeinsame Erklärung: (vorne, v.l.) Wissenschaftsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka, Uni-Präsidentin Prof. Dr.-Ing. Dr. Sabine Kunst, Prof. Dr. Reinhard Hüttl, Wissenschaftlicher Vorstand und Sprecher des Vorstands des Helmholtz-Zentrums Potsdam - Deutsches GeoForschungsZentrum GFZ sowie (hinten, v.l.) Dr. jur. Timm Krohn, Prokurist des Hasso-Plattner-Instituts für Softwaresystemtechnik GmbH, Prof. Dr. Eckhard George, Vizepräsident der Leibniz-Gemeinschaft, Dr. Enno Aufderheide, Leiter der Abteilung Forschungspolitik und Außenbeziehungen der Max-Planck-Gesellschaft und Dr. Hans-Peter Fink, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Angewandte Polymerforschung (IAP).

Mehr Informationen unter: www.pearlsofscience.de

Potsdam Research Network gegründet

Kräftiger Schub für die Wissenschaft in Potsdam

Zahlreiche führende Wissenschaftseinrichtungen haben sich auf Initiative der Universität Potsdam am 26. Januar dieses Jahres zu einem bundesweit einmaligen Verbund unter dem Namen „pearls • Potsdam Research Network“ zusammengeschlossen. Ziel ist es, die Wissenschaftsregion Potsdam im nationalen und im globalen Wettbewerb um Forschungsgelder und um exzellente Nachwuchswissenschaftler erfolgreich zu positionieren.

Das Netzwerk Potsdam ist bislang ein Novum in Deutschland, weil es nicht nur bilateral angelegt ist, sondern an einem Standort sehr viele renommierte Einrichtungen mit klarem Fokus auf die Bio- und Erdwissenschaften zusammenführt und multilaterale Kooperationen erleichtert oder überhaupt erst möglich macht. Wissenschaftliche Exzellenz kann nur erreicht werden, wenn wir sowohl über mehrere Institutionen wie auch über Fächergrenzen hinweg Zusammenarbeit organisieren und fördern“, erklärte Uni-Präsidentin Prof. Dr.-Ing. Dr. Sabine Kunst. „Wir spielen bewusst über viele Bande.“ Heute schon gibt es eine enge Zusammenarbeit der Universität mit den außeruniversitären Einrichtungen: Mehr als 40 gemeinsame Berufungen sprechen für sich.

Zu den Partnern der Universität Potsdam gehören die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) mit drei Instituten, die Leibniz-Gemeinschaft mit sieben Instituten, fünf Einrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren, drei Institute der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG) sowie das Hasso-Plattner-Institut (HPI) für Softwaresystemtechnik. Am 26. Januar 2009 haben die „pearls“-Partner im Beisein der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des

Landes Brandenburg, Prof. Dr. Johanna Wanka, die Kooperation besiegelt und die Arbeit offiziell aufgenommen.

Die Forschungsplattform „pearls“ soll Modell stehen für ein modernes, effizientes Wissenschaftsmanagement. Auf der Agenda der Netzwerk-Akteure stehen vor allem die Nachwuchsförderung, die Sicherung der Qualität auf allen Ebenen von Forschung und Lehre, die gemeinsame strategische Forschungsplanung im Rahmen der jeweiligen Kooperationsbeziehungen, die Anschubförderung neuer Forschungsinitiativen wie auch der Technologietransfer. Ganz wichtig ist die Anwerbung herausragender junger Wissenschaftler und damit die Graduierten- und Postgraduiertenausbildung. Heute schon wird diese sehr erfolgreich an diversen Research Schools der außeruniversitären Einrichtungen am Standort Potsdam betrieben. Mit der neuen Potsdam Graduate School (PoGS) hat auch die Universität ihre Doktorandenausbildung modernisiert. „Wir müssen die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zukünftig noch stärker als bisher aufeinander beziehen“, so Professor Kunst. „Pearls • Potsdam Research Network“ bietet dafür die ideale Plattform.

Professor Dr. Reinhard Hüttl, Wissenschaftlicher Vorstand und Sprecher des Vorstands des Helmholtz-Zentrums Potsdam - Deutsches GeoForschungsZentrum GFZ, sieht den Vorteil des Netzwerks vor allem in einer verstärkten interdisziplinären Forschung. „Das GFZ bringt sich hier gern ein, weil auch für die Geowissenschaften diese Interdisziplinarität notwendig ist. Beispielsweise erfordert der Aufbau von Frühwarnsystemen bei Tsunamis die Zusammenarbeit mit gesellschaftswissenschaftlichen Fachdisziplinen,

die Klimaforschung benötigt Wissen aus der Biologie. Das neue Netzwerk geht in diese Richtung, ein wichtiger Schritt nach vorn.“

Gemeinsame Erfolgsgeschichten sind die gemeinsamen Neuausrichtungen von Professuren an der Universität Potsdam zum Beispiel in den Geowissenschaften, aber auch im Institut für Physik und Astronomie der Universität. Mit im Boot als Kooperationspartner der Universität sind hierbei das MPI für Kolloid- und Grenzflächenforschung, das Helmholtz-Zentrum Berlin (HZB) für Materialien und Energie sowie das Helmholtz-Zentrum Potsdam - Deutsches GeoForschungsZentrum GFZ. „Durch die inhaltlichen Neuausrichtungen besetzen wir gezielt zukunftsweisende Forschungsthemen“, betonte Kunst.

Sehr erfolgreich sind auch die Kooperationen an den Nahtstellen von Astrophysik, Photonik und Polymerforschung zur Entwicklung neuer Materialien. Das Gemeinschaftsvorhaben innoFSPEC Potsdam von Universität und Astrophysikalischem Institut Potsdam (AIP) wird als Forschungszentrum internationaler Spitzenklasse für das Gebiet „Faseroptische Spektroskopie und Sensorik“ aufgebaut. Es ist das einzige landesweite Zentrum für Innovationskompetenz. NanoPolyPhotonik steht für spezifische Materialien, die in der Photonik zur Anwendung kommen. Das Projekt ist unter der Leitung von Uni-Professor Hans- Gerd Löhmansröben im Fraunhofer-Institut für Angewandte Polymerforschung IAP integriert.

Nun wird das Organisationsmodell des Netzwerks ausgearbeitet. Vor der Sommerpause 2009 werden die Netzwerkpartner das neue Geschäftsmodell für „pearls“ der Öffentlichkeit vorstellen.

Red.

Die Brücken sind gebaut

Neujahrsempfang bot Gelegenheit zur Bestandsaufnahme



Gespräche in lockerer Atmosphäre nach der Ansprache: Man kommt sich näher.

Erstmals waren zum Neujahrsempfang am 14. Januar Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft des Landes Brandenburg sowie Studierende und Mitarbeiter an den Uni- Stand- ort Griebnitzsee eingeladen.

Im Jahr ihres 18. Geburtstages 2009 „geht die Universität Potsdam über neue Wege und Brücken, konsolidiert Bewährtes und Erfolgreiches, sie breitet ihre Fühler aus und ‚strickt‘ neue Netzwerke“, sagte Uni-Präsidentin Prof. Dr.-Ing. Dr. Sabine Kunst in ihrer Neujahrsansprache. Die Universität Potsdam sei als mittelgroße Universität in Forschung, Lehre und Transfer mit allem ausgestattet, um eine Spitzenuniversität in dieser Klasse zu sein. „Wir haben Brücken gebaut, die uns regional, national und international mit anderen Universitäten und Forschungseinrichtungen vernetzen.“ Eines dieser wichtigen Netzwerke ist das „Potsdam Research Network“, ein Forschungsnetzwerk mit den außeruniversitären Einrichtungen, das Ende Januar ins Leben gerufen wurde. Ein anderes, das Netzwerk Studienqualität Brandenburg, trainiert Vermitt-

Ehrungen

Im Rahmen des Neujahrsempfangs wurden Preisverleihungen und Ehrungen vorgenommen. Die Universitätsgesellschaft Potsdam e.V. verlieh den mit 2.500 Euro dotierten Preis für die beste Promotion des Jahres 2007/2008. Den Preis erhielt Dr. Martin Voß aus der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät für seine mit „summa cum laude“ bewertete Dissertation „Regulation der vakuolären H⁺-ATPase durch reversible Proteinphosphorylierung“. Der mit 1.000 Euro dotierte Preis des Deutschen Akademischen Austauschdienstes 2008 für besondere Leistungen eines ausländischen Studierenden wurde an Vera Tomskikh aus der Russischen Föderation verliehen. Ausgezeichnet wurden auch zwei Sportlerinnen für hervorragende Leistungen: die Judokämpferin Franziska Pufahl und die Turnerin Andrea Schröder. Aus den wissenschaftsunterstützenden Bereichen wurde das Team des Sachgebietes Dritt- und Sondermittel als verdiente Mitarbeiterinnen geehrt.

be

lungsformen, die das selbstgesteuerte Lernen aktivieren und produktive Lehr- und Lernsituationen erzeugen sollen.

„Das vergangene Jahr haben wir vor allem genutzt, um uns der eigenen Stärken und auch Schwächen bewusster zu werden“, betonte die Präsidentin. Forschungsschwerpunkte und Ausbildungsstrategien für die Profilierung der Universität wurden weiterentwickelt. Dazu gehören die acht Profildomänen und ein Exzellenzbereich, die das Herzstück der Forschungs- und Lehrprofilierung der Universität bilden. Auch bei der Umsetzung des Hochschulentwicklungsplanes geht die Alma mater neue Wege. Die Uni-Leitung schloss Leistungs- und Zielvereinbarungen mit den Fakultäten ab, was der Staatssekretär im brandenburgischen Wissenschaftsministerium, Dr. Johann Komusiewicz, in seiner Rede ausdrücklich als vorbildhaft nicht nur in Brandenburg würdigte.

Die Weiterentwicklung der Lehre und Studienstruktur, die Ausgestaltung der forschungsbasierten Lehre bezeichnete Sabine Kunst als eines der wichtigsten Handlungsfelder des neuen Jahres. Beste Studienbedingungen seien die Voraussetzungen für die Studiennachfrage auch in den kommenden Jahren, so der Staatssekretär. In diesem Zusammenhang betonte die Präsidentin die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer für das Land Brandenburg als Identifikationsmarke der Universität.

Mit Blick auf die Politik sagte Sabine Kunst, „dass die wachsenden Anforderungen nicht zum Nulltarif bewältigt werden können. Hohe Studierendenzahlen und intensive Betreuung verursachen Kosten, die sich nicht unmittelbar ‚rechnen‘“. So machten Studierende des Lehramtsstudienganges Kunst am Rande des Neujahrsempfangs auf die prekäre Lage ihres Studienganges aufmerksam.

Beim Empfang gab es dann ausreichend Gelegenheit, über die bewältigten und neuen Aufgaben zu diskutieren und schon mal neue Ideen und Vorschläge zu entwickeln. be

Die Neujahrsansprache der Präsidentin ist im Internet unter www.uni-potsdam.de/pressmitt/2009/pm009_09.htm abrufbar.



Der Wissenschaftspark Potsdam-Golm: Wird von nun an professionell vermarktet.

Foto: Hannemann

Internationales Renommee gewinnen

Land, Stadt und Wissenschaftseinrichtungen sind am Standortmanagement des Wissenschaftsparks Potsdam-Golm beteiligt

Mit einem gemeinsamen Standortmanagement wollen die in Golm ansässigen Wissenschafts- und Wirtschaftseinrichtungen ihre Kräfte bündeln. Ein von Wissenschaftsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka, Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns und Potsdams Oberbürgermeister Jann Jakobs im vergangenen November unterzeichneter Vertrag bildet die Grundlage dafür, den Standort auch überregional profilieren und etablieren zu wollen. Geschäftsführer des Standortmanagements ist Friedrich Winskowski. Portal-Redakteurin Petra Görlich sprach mit ihm.

Seit Mitte der 1990er Jahre haben sich in Golm sukzessive renommierte Wissenschaftseinrichtun-



Friedrich Winskowski ist Geschäftsführer der gemeinnützigen Standortmanagement Golm GmbH.
Foto: zg.

gen, junge Unternehmen und nicht zuletzt Uni-Institute angesiedelt. Erst jetzt erfolgt ein professionelles Standortmanagement. Ist das nicht reichlich spät?

Winskowski: Die bisherige Entwicklung fordert gerade jetzt die Entstehung einer Marke „Wissenschaftspark Potsdam-Golm“, den Ausbau von Infrastruktur und die intensive Vermarktung

der Flächen am Standort. Verstärkte Erwartungen der Anrainer hinsichtlich gemeinsamer Entwicklung, Optimierung der Infrastruktur und Intensivierung von Kommunikation und Interaktion im Wissenschaftspark Potsdam-Golm verlangen ein gemeinsames und zielorientiertes Management. Das heißt vor allem, die bisherigen und künftigen Aktivitäten zu bündeln und auf gemeinsame Ziele auszurichten.

Die Attraktivität des Standorts weithin bekannter zu machen und das hier vorhandene Innovationspotenzial noch besser für die Wirtschaft Brandenburgs zu erschließen, funktioniert nicht im Alleingang. Wo finden Sie Verbündete?

Winskowski: Die ersten Verbündeten sind die Anrainer des Wissenschaftsparks. Sie haben ein internationales Profil und eine hohe Reputation. Auch die kommunalen und staatlichen Institutionen nehmen, insbesondere auf Grundlage politischer Entscheidungen und programmatischer Aktivitäten, ihre Verantwortung zur Entwicklung des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandortes Potsdam-Golm wahr. Des Weiteren unterstützt eine Vielzahl regionaler und überregionaler Netzwerkpartner aus Wissenschaft und Wirtschaft die Fortentwicklung des Standortes.

Sie haben vermutlich Visionen für den Wissenschaftspark. Wohin hat er sich in zehn Jahren entwickelt?

Winskowski: Ich sehe den Wissenschaftspark Potsdam-Golm in zehn Jahren als international bekannten und anerkannten Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort von hoher Bedeutung, der sich durch exzellente Wissenschaft, Forschung und Produktion auszeichnet. Hochkarätige Wissenschaftler und Fachkräfte leben und arbeiten in einem familienfreundlichen Umfeld, das Innovation, Kreativität, Wissenstransfer und die Identifikation aller Beteiligten mit dem Standort Potsdam-Golm ermöglicht.

Vielen Dank für das Gespräch.

Im Wissenschaftspark Golm sind die Universität Potsdam, drei Max-Planck-Institute, zwei Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft sowie ein Innovations- und Gründerzentrum mit aktuell 18 Unternehmen angesiedelt. Für das nun vereinbarte professionelle Management des Standorts kommen vom Wirtschaftsministerium 370.000 Euro bis zum Jahr 2011. Die wissenschaftlichen Einrichtungen und Unternehmen sowie die Stadt Potsdam beteiligen sich an dem Projekt mit 124.000 Euro.

Attraktive Studienprogramme anvisiert

Präsidentin Sabine Kunst zur Internationalisierungsstrategie der Hochschule



Sabine Kunst: Streben gemeinsame Studienangebote mit Hochschulpartnern an.

Seit Mitte der 1990er Jahre streben deutsche Hochschulen vor dem Hintergrund der Herausbildung eines internationalen Bildungsmarktes und der Schaffung eines europäischen Hochschulraumes danach, internationaler zu werden. Längst sind weltweite Spitzenplätze in Lehre und Forschung ohne jenes besondere Flair von Weitblick, Offenheit, Innovation und Verständigung über sprachliche, politische und religiöse Grenzen hinweg undenkbar. Die Universität Potsdam hat es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, ihre internationale Ausrichtung weiter voranzutreiben. Portal sprach dazu mit Uni-Präsidentin Prof. Dr. Dr.-Ing. Sabine Kunst.

Wie international ist die Universität Potsdam bereits?

Kunst: Wir haben einen erfreulichen Internationalisierungsgrad erreicht, wenn man das im Verhältnis zur Situation im Land Brandenburg betrachtet. Aber es ist natürlich so, dass wir ihn weiter aufwachsen lassen wollen. Denn derzeit liegen wir noch an der unteren Kante des Bundesdurchschnitts, was etwa den Anteil der ausländischen Studierenden betrifft. Er macht gegenwärtig zehn Prozent aus. Die größten Entsendeländer sind dabei Polen, die Russische Föderation, Frankreich.

Die Hochschule will künftig nicht nur die schon vorhandenen internationalen Beziehungen weiter pflegen, sondern auch neue aufbauen. So ist sie bei-

spielsweise involviert in den Aufbau einer Deutsch-Türkischen Universität. Was können Sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt darüber sagen?

Kunst: Die Universität Potsdam wird zuständig sein für die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät der Deutsch-Türkischen Universität. Bisher hat man sich mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und den Verhandlungspartnern in der Türkei darüber verständigt, dass es von türkischer Seite ein großes Interesse an den molekular ausgerichteten Biowissenschaften gibt und dass ein Schwerpunkt des Potsdamer Angebots die Geowissenschaften sein werden. Das ist auch besonders nachgefragt aufgrund der Brisanz der vor Ort vorhandenen tektonischen Gegebenheiten. Unsere Geowissenschaften sind besonders daran interessiert, in der Master- und der Doktorandenausbildung zu arbeiten. Vorgesehen ist aber auch ein Beitrag des Instituts in der Grundausbildung. Wie das und auch das Engagement anderer Universitäten genau aussieht, verhandeln im Jahr 2009 türkisch-deutsche Fachgruppen miteinander.

In den nächsten Jahren sollen die existierenden Hochschul-Partnerschaften dazu führen, mehr ausländische Studierende in Potsdam begrüßen zu können. Wie soll das gelingen?

Kunst: Wir möchten unsere Hochschulpartnerschaften noch mit einer anderen Akzentuierung versehen. So sollen an denjenigen Einrichtungen,

mit denen intensive Kooperationen stattfinden, gemeinsame Studienprogramme aufgebaut werden. Das hieße also, parallele Studienangebote an verschiedenen Studienorten einzuführen. Im Idealfall stünde dann am Ende des Studiums ein internationaler und ein Potsdamer Abschluss. Wir sind gegenwärtig auf der Suche nach Studiengängen, die sich hierfür eignen. Es gibt ja bereits Angebote, die gute Anknüpfungspunkte für eine derartige Entwicklung bieten. Dazu gehören der duale Bachelorstudiengang „International Field Geoscience“, das internationale Programm „European Masters in Clinical Linguistics“ oder auch der Masterstudiengang Public Management.

Der Deutsche Akademische Austauschdienst fordert, dass bis 2010 die Hälfte aller Absolventen einen mehrmonatigen Auslandsaufenthalt hinter sich gebracht haben sollte. Wie nah dran ist die Universität Potsdam an diesem Ziel?

Kunst: Der Ansatz des Präsidiums war es ja, mit Blick auf die Schaffung von Zeitfenstern für Praktika oder Studierenerfahrungen im Ausland, für eine Orientierung auch außerhalb des eigenen Faches, noch einmal an die Struktur der Bachelor- und Masterstudiengänge zu gehen. Das ist so von den Fakultäten nicht mitgetragen worden, so dass die Universität Potsdam von diesem Ziel derzeit weit entfernt ist. Wir haben aber in den gerade abgeschlossenen Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Fakultäten festgeschrieben, dass sich alle Fakultäten dazu verpflichten, Angebote dazu zu machen, wie Berufsorientierung und internationale Mobilität in die Studienangebote integriert werden können. Das Präsidium wird dann in den Fällen unterstützen, wo die Kollegen dies wollen.

Aus meiner Sicht wäre es dringend notwendig, zu einer Flexibilisierung von Zeitabläufen in den Studiengängen zu kommen.

Sie selbst sind Mitglied im Vorstand des Deutschen Akademischen Austauschdienstes. Welche Synergien ergeben sich daraus für die Alma mater?

Kunst: Die Universität zieht einen Nutzen daraus. Einmal erfahre ich über die Arbeit im Vorstand, wenn sich in den Programmen Strukturen verändern, zum anderen kann ich durch meinen eigenen Beitrag zur Änderung von Programmstrukturen beitragen.

Ich bin sehr froh, dass der Vorschlag, den ich bezüglich der auf Internationalität orientierten



Erklärtes Ziel: Künftig noch mehr ausländische Studierende in Seminaren und Vorlesungen.

Bachelorstudiengänge eingebracht habe, Gehör gefunden hat und von vielen Kollegen im Vorstand mitgetragen worden ist. Es gibt jetzt ein Programm dazu. Von daher haben wir hier einen unmittelbaren Nutzen. Zudem weiß man schneller, wie die Interessenslagen der verschiedenen mitfinanzierenden Ministerien sind. Es ist ja von großem Interesse für die Universität zu wissen, bei welchem der Ausgründungsprojekte es vor dem eigenen Hintergrund attraktiv erscheint, sich zu beteiligen. So erfolgte auch die Entscheidung für das Engagement in der Deutsch-Türkischen Universität.

Lust but not least ist es für mich sehr interessant, zusammen mit Persönlichkeiten der Bundespolitik international Wissenschaftspolitik mit zu vertreten.

Vor einigen Wochen reisten Sie in einer bundes-deutschen Delegation unter Leitung von Wissenschaftsministerin Dr. Annette Schavan nach Israel. Mit welchen Eindrücken und möglicherweise konkreten Vereinbarungen im Gepäck sind sie zurückgekehrt?

Kunst: Im Gegensatz zu meiner gemeinsam mit Ministerpräsident Matthias Platzeck 2007 unternommenen Reise, als wir konkretere „Mitbringsel“ für Brandenburg im Gepäck hatten, waren es diesmal in der Tat mehr Eindrücke. Damals besuchten wir ja Kooperationspartner für unsere „Jüdischen Studien“ und Religionswissenschaften und stellten Verbindungen mit Haifa her.

Die jetzige Reise hat für mich noch einmal das Interesse des Bundes deutlich gemacht, mit

Israel auf dem Gebiet von Wissenschaft und Forschung intensiv zu kooperieren und mehr an Finanzierung und Absicherung in Projekte zwischen beiden Ländern zu bringen als das vielleicht für andere Länder gilt.

Wir sollten zum Beispiel den Austausch zwischen den Studierenden noch stärker fördern. Potsdamer Studierende könnten so einen sehr interessanten Einblick in ein Studierendenleben bekommen, das von großer internationaler Atmosphäre geprägt ist. Dieses kleine Israel ist quasi personifizierte Internationalität. Das ist eigentlich mein stärkster Eindruck vom Besuch. Wir können uns da eine Menge anschauen.

Vielen Dank für das Gespräch.

Anzeige

printpool61@copy-center-potsdam.de
...das digitale Postfach für SB-Digitaldrucke - nur für Studenten zu Sonderpreisen!



Kopien Scans
Farbkopien CD / DVD Kopien
Digitaldrucke Bindungen
XXL-Prints Foto-Service
CAD Plots Weiterverarbeitung

SB-PC-Arbeitsplätze mit Internetzugang und Netzwerkdruckern!

Am Kanal 61

14467 Potsdam

Telefon 2758310, Telefax 2758330

www.copy-center-potsdam.de

Mo.-Fr. 8.00 - 19.00 Uhr, Sa. 9.00 - 13.00 Uhr

Als Botschafter unterwegs

Ausländische Ehemalige werben in ihren Heimatländern für ein Studium in Potsdam

Seit 2008 verfügt die Universität Potsdam über ein Alumni-Projekt der ganz besonderen Art. Es sieht vor, Studieninteressierte im Ausland für ein Studium an der Universität Potsdam zu begeistern. Außergewöhnlich dabei sind die „Werber“. Es sind junge Leute, die einst selbst aus Ländern wie Polen oder der Russischen Föderation an die Alma mater kamen und hier ihre akademische Ausbildung erhielten. Als „Botschafter“ wollen sie dafür nun etwas zurückgeben.

Den Hochschulen gehen die Studierenden aus. Das jedenfalls ist die große Befürchtung angesichts der zu beobachtenden demographischen Entwicklung. Schon im nächsten Jahr könnte es deshalb passieren, dass Studienplätze in der sonst so vollen Potsdamer Uni plötzlich leer bleiben. Im Uni-Referat für Presse-, Öffentlichkeits- und Kulturarbeit hat man deshalb 2008 darüber nachgedacht, wie auf dem internationalen Markt zusätzlich Studierende geworben werden könnten. Schnell war klar: Besser als Faltblätter zu drucken, ist es, persönlich an Studieninteressierte heranzutreten. Das Gespräch auf Augenhöhe mit Abiturienten im Ausland suchen, das war die Idee. Also galt es, über eine entsprechende Datenbank aktive Ehemalige zu

finden, die mit den Potsdamern an einem Strang ziehen. Da bislang die meisten der ausländischen Uni-Absolventen aus Polen und der Russischen Föderation stammen, stellten sie gewissermaßen nun das Potenzial dar, aus dem zu schöpfen war. Gesucht werden mussten in beiden Ländern Jungakademiker, die sich an ihre Studienzeit im Brandenburgischen gern erinnern, engagiert und der Universität noch verbunden sind. Es war ein Wagnis mit ungewissem Ausgang, auf das man sich da einließ.

Dass diese Strategie klappen könnte und tatsächlich Alumnis künftig in ihren Heimatländern unterwegs sind, um Überzeugungsarbeit für die Hochschule zu leisten, daran glaubte das Alumni-Team des Referats fest. Schließlich gibt es in der Zentralen Studienberatung der Einrichtung eine ähnliche Initiative, die mit Erfolg läuft. „Studium lohnt“ heißt sie und beinhaltet die Rekrutierung von Schülern aus Schulen der Region durch Studierende. Auch sie suchen direkt vor Ort das Gespräch in den Klassen, stehen Rede und Antwort in ganz speziellen „Unterrichtsstunden“. Was also national funktioniert, sollte auch international gelingen.

Heute steht fest: Die Marketing-Anstrengungen haben sich gelohnt. Inzwischen gibt es 20 eigene

„Botschafter“ in Polen und der Russischen Föderation. Sie gehen künftig in Schulen mit Deutschunterricht oder auf internationale Messen, um für die Universität zu interessieren. Dabei vermitteln sie ihren Zuhörern Informationen zu Bewerbung, Vorbereitung oder Studienalltag aus erster Hand. Zugute kommen ihnen die eigenen ganz persönlichen Erfahrungen und natürlich der kaum vorhandene Altersunterschied. Auf Augenhöhe lässt sich manches Problem leichter lösen. Die Universität hat nun ihre jungen „Botschafter“ zur Stippvisite nach Potsdam geladen. Hier sollen sie auf einer am 16. Februar beginnenden Fortbildungswoche fit gemacht werden für die neuen Aufgaben. Die Zukunft wird zeigen, wie gut die Uni-Repräsentanten diese bewältigen. Einen positiven Nebeneffekt gibt es allerdings schon jetzt: Gerade ist in Moskau eine Alumni-Repräsentanz gebildet worden.

Aber nicht nur das freut das rührige Alumni-Team, sondern auch die Einschätzung des Vorhabens durch den es finanzierenden Deutschen Akademischen Austauschdienst. Er hat es als richtungsweisendes Projekt für die Alumniarbeit identifiziert.

pg

Alumni-Referent Arne Hopf konnte im Herbst 2008 auf einer Messe in Sankt Petersburg bereits auf die Hilfe von Botschaftern zurückgreifen.



Nachgefragt



Foto: privat

Auch Elizaveta Lavrenteva aus St. Petersburg, gegenwärtig dort in einem Unternehmen tätig und einst BWL-Studentin in Potsdam, beteiligt sich am Botschafter-Projekt. Mit ihr sprach Arne Hopf.

Was halten Sie von der Idee des Botschafter-Projekts?

Lavrenteva: Zuerst war mir unklar, wozu die Universität Potsdam dieses Projekt braucht. Aber das wurde mir erklärt. Ich finde solche Projekte aus eigener Erfahrung wichtig. Denn ich selbst hatte auch einige Schwierigkeiten damit, Informationen zu bekommen, als ich nach Potsdam zum Studium fahren wollte. Es ist super, wenn junge Leute die Möglichkeit haben, noch vor dem Studium mehr über das Unileben zu erfahren. Es spart auch viel Zeit, wenn die Studierenden dann in Potsdam ankommen. Außerdem ist es so möglich, eine konkrete Vorstellung von dem zu bekommen, was das Studium bringt. Besonders ist das alles wichtig für diejenigen, die nicht im Rahmen von DAAD-Programmen oder von ERASMUS nach Deutschland kommen.

Aus welcher Motivation heraus nehmen Sie am Projekt teil?

Lavrenteva: Es gibt einige Gründe, warum ich an dem Botschafter-Projekt teilnehmen wollte. Zunächst dachte ich daran, wie sehr mir ein solches Projekt geholfen hätte, als ich selbst vor dem Studium in Deutschland stand. Ich finde es wichtig, nicht nur eigene Erfahrungen zu sammeln, sondern diese auch weiterzugeben. So ist zu verhindern, dass zehn Leute denselben Fehler machen. Zudem gibt mir das Projekt die Möglichkeit, neue, interessante Leute kennen zu lernen und meine Sprachkenntnisse wieder zu testen.

Wie haben Sie sich nun bereits engagiert?

Lavrenteva: Ich hatte bereits ein sehr interessantes Treffen mit dem Koordinator für die St. Petersburg DSD-Schulen (Deutsches Sprachdiplom, Anm. d. R.). Dort habe ich viele gute Ideen bekommen. Außerdem war es auch super nett. Ich habe mich auch mit den DSD-Alumni getroffen. Dabei wurde mir klar, dass das Botschafter-Projekt wirklich Sinn macht, weil ich eine sehr lange Liste mit Fragen zum Studium in Deutschland bekam und das Interesse der jungen Leute an dem Projekt sehen konnte. Ich finde, es gibt ganz viele Möglichkeiten, dieses Projekt in St. Petersburg zu entwickeln, damit es nicht langweilig wird, sondern interessant bleibt.

Vielen Dank für das Gespräch.

Gebete für den Sieg

Wie Walter Homolka den Krieg im Gaza-Streifen erlebte



Jerusalem: Auch wenn im Kernland der Krieg nicht allgegenwärtig war, war die Stimmung bei Familien mit Kriegsteilnehmern dennoch getrübt.

Foto: Fotolia/Legnani

Prof. Dr. Walter Homolka, Rektor des Abraham Geiger Kollegs an der Universität Potsdam, weilte während des Krieges im Gaza-Streifen für zehn Tage an der Dormito Abtei, der päpstlichen Hochschule in Jerusalem. Direkt am Berg Zion gelegen, hielt er dort vor deutschsprachigen Theologiestudierenden aus Österreich, Deutschland und der Schweiz eine Block-Vorlesung zum Thema „Das Jüdische Recht - Gottes Gerechtigkeit auf Erden“. Thomas Pösl fragte mit Blick auf das Kriegsgeschehen nach seinen Erfahrungen und Eindrücken während des Aufenthalts in der israelischen Hauptstadt.

Homolka: Zunächst kann ich mich als Rabbiner natürlich von den Geschehnissen nicht gänzlich distanzieren. Ich kannte auch durch ein Briefing seitens eines Militärattachés die Hintergründe dieses Krieges und das Vorgehen der israelischen Armee etwas besser und hatte so auch einen kleinen Einblick in die strategischen Überlegungen. Aber im Grunde war es in Jerusalem oder Tel Aviv eher ruhig, geradezu idyllisch. Trotzdem bemerkte man eine allmähliche Veränderung der Stimmung unter der Bevölkerung, da im Prinzip jede Familie durch die Einberufung von Reservisten betroffen war. In Israel gilt die Wehrpflicht für Reservisten bis zum sechsund-



Foto: zg.

vierzigsten Lebensjahr. Die Verwandten waren plötzlich Kriegsteilnehmer. In der Bevölkerung wurde das natürlich diskutiert, auch wenn dieser Waffengang, rein taktisch gesehen, nichts Besonderes darstellt. Neunzig Prozent der Bevölkerung waren dafür, wenngleich die Frage nach der Verhältnismäßigkeit immer eine Rolle spielte.

Dass in den Synagogen für den Sieg Israels gebetet wurde, führte bei den deutschen Studierenden natürlich zu einem Identitäts- und Positionierungsproblem. Geplante Exkursionen nach Bersheva waren nicht möglich, da es im Einschussgebiet der Hamas liegt. Zudem gab es Reisebeschränkungen derart, dass man nicht wusste, ob diese oder jene Autobahn befahrbar oder durch Truppenbewegungen blockiert ist.

Viele Touristen haben ihre Reisen abgebrochen. Ich fand das etwas überzogen. Im Kernland war vom Krieg nichts zu spüren. Allerdings ist das Land so klein, dass sich das schnell ändern kann. Wie sich überhaupt die Perspektiven und Entfernungen verändern, wenn man dort ist. Plötzlich ist der Iran ganz nah, die Bedrohung viel realer. Und dann fragt man sich schon, ob dieser Krieg angesichts der Waffen, die von Ägypten aus durch die Tunnel in den Gaza-Streifen geschmuggelt werden und allesamt iranischer Herkunft sind, nicht eher ein Geplänkel war, das auf viel größere Auseinandersetzungen verweist.

Moskau – Stadt mit vielen Gesichtern

Viktoria Maksimowa hat während ihres Auslandsstudiums eine faszinierende Metropole und eine vielseitige Jura-Ausbildung erlebt

Ein Jahr Auslandsstudium liegt hinter Viktoria Maksimowa. Die Potsdamerin hatte an der Moskauer Staatlichen Akademie für Rechtswissenschaften ihr Jura-Studium fortgesetzt und kehrt in Kürze nach Hause zurück. Dass in Moskau sehr viel mehr Europa steckt als zunächst gedacht, gehört zu den prägenden Eindrücken, die sie sammelte. Aber auch die Ausbildung an der Akademie erwies sich als im Vergleich zu Deutschland sehr anders. Disziplin und Leistungsdruck sind höher, das angebotene Fächerspektrum breiter.

Bereits vor einigen Jahren hatte ich beschlossen, zum Studium einmal nach Moskau zu gehen. Es muss schließlich nicht immer Amerika, England oder Frank-

reich sein. Neben dem Gedanken, Sprachkenntnisse perfektionieren zu wollen, reizte auch der soziale Aspekt. Anders als in alteuropäischen Ländern, befindet sich das Leben in Moskau im Aufbruch: viele Dinge geschehen sehr viel schneller und häufig auch chaotischer als gewohnt.

Voller Abenteuerlust machte ich mich vor gut einem Jahr als erste Potsdamer Studentin auf den Weg zur Staatlichen Akademie für Rechtswissenschaften. Entgegen meiner etwas verschwommenen Vorstellungen von den Lebensumständen, die mich hier erwarten sollten, musste ich feststellen, dass in Moskau sehr viel mehr Europa steckt als gedacht. Ich bekam ein schönes möbliertes Einzelzimmer in einem neuen Wohnheim, etwa eine hal-

be Stunde Metrofahrt von der Akademie entfernt, welches mich nur 40 Euro im Monat kostete. Mit der Metromonatskarte für nur fünf Euro reduzierten sich die Lebenshaltungskosten um ein Vielfaches im Vergleich zu Deutschland. Sehr gewöhnungsbedürftig dagegen waren die im Wohnheim herrschenden strengen Regeln, die das ungewohnte Studenten-dasein in Deutschland vermissen ließen.

Neben der Korridor-aufsicht auf jeder Etage des Wohnheims gab es noch zwei Sicherheitsbeamte am Hauseingang, die die Identität kontrollierten, denn niemand Fremdes durfte rein, es sei denn man bekam angekündigten Besuch von der Familie. Von Mitternacht bis 6.00 Uhr morgens blieben die Türen für alle geschlossen, ebenso die Küche und die Duschen.

Die Moskauer Staatliche Akademie der Rechtswissenschaften zählt zu den besten drei russischen Universitäten: Sie ist unweit vom Roten Platz gelegen, im schönen Barock-Stil und mit modernem Springbrunnen im Hof. Den ausländischen Studenten werden an dieser Einrichtung viele Freiheiten gelassen. Aus der Fülle der Fächer aller vier Jahrgangsstufen und mehreren Instituten der Akademie durfte ich diejenigen Fächer auswählen, die mich besonders interessieren. So entsteht die Möglichkeit, sehr spezielle Rechtsgebiete kennen zu lernen, um sich anschließend leichter im Studium orientieren zu können. Dabei wird in der Akademie vor allem auf eine vielseitige Bildung Wert gelegt, was Fächer wie Mathematik, Logik, Philosophie oder Politologie erklärt. Jedes Semester befinden sich auch Fächer im Angebot, welche lediglich ein Semester dauern und somit einen grundlegenden Überblick über ein Rechtsgebiet geben. Das ist für Austauschstudenten, die hier nur kurzweilig studieren, sehr attraktiv. Prüfungen dürfen in allen Fächern gemacht werden.

Das Bildungssystem, welches an der Akademie gepflegt wird, war anfangs sehr gewöhnungsbedürftig: Anders als in Deutschland wird in der Vorlesung sehr viel diktiert und an Stelle einer freien Mitarbeit tritt eine anderthalbstündige mündliche Leistungskontrolle in jedem Fach, der sich jeder Student täglich stellen muss. Hier versucht man mit Disziplin, Leistungsdruck und täglichen -kontrollen die Studenten zur semesterlangen Mitarbeit zu animieren. Ein Durchsetzungsinstrument ist dabei das „Abarbeiten“ – abends nach Vorlesungsschluss, für jedes verpasste Seminar. Doch selbstverständlich bleiben Austauschstudenten davon erst einmal verschont.

Moskau selbst strahlt einen besonderen Reiz aus – unheimliche Menschenansammlungen im Stadttinnern, denen man nirgends entfliehen kann. Das sorgt für Stress, der auf Dauer an den Kräften zerrt, aber auch viele Vorteile mit sich bringt: täglich neue Ausstellungseröffnungen, Theaterpremieren, Kunstfestivals – das Kulturangebot lässt selbst die deutsche Hauptstadt, die Kunststadt Berlin, alt aussehen. Für Kulturliebhaber ist es ein Paradies auf Erden, das schier unerschöpflich scheint.

Viktoria Maksimowa

Viktoria Maksimowa hat in Moskau viel Europäisches entdeckt. Foto: privat

Weiterer Ausbau der Beziehungen geplant

Feierstunde für chinesische Studierende und Akademiker



Shake hands und der Austausch von kleinen Präsenten: Uni-Vizepräsident Prof. Dr. Dieter Wagner und Botschaftsvertreter Dr. Feng Jiang.

Foto: zg.

Mehr als 150 chinesische und deutsche Studierende und Wissenschaftler in Potsdam weilten Mitte November anlässlich des Semesterstarts an der Universität. Eine von einem Kulturprogramm umrahmte Veranstaltung bot Gelegenheit, mehr über den akademischen Austausch zwischen China und Deutschland zu erfahren. Derzeit studieren über hundert junge Leute aus dem fernöstlichen Land in Potsdam. An der Universität laufen erfolgreich einige deutsch-chinesische Projekte.

Zehn Prozent der Studierenden und immerhin acht Prozent der Mitarbeiter der Universität Potsdam kommen aus dem Ausland. Dabei stammen zehn der Mitarbeiter und mehr als hundert Studierende aus China. Diese Bilanz zog Uni-Vizepräsident Prof. Dr. Dieter Wagner bei einer feierlichen Veranstaltung im November vergangenen Jahres vor mehr als 150 chinesischen und deutschen Studierenden und Akademikern. Wagner, der neben dem Gesandten Botschaftsrat der Botschaft Chinas in Deutschland, Dr. Feng Jiang, das Wort in der Feierstunde ergriff, zeigte sich erfreut über diese Entwicklung. Die Alma mater beabsichtigt demnach die Zusammenarbeit mit Hochschulen in China weiter entwickeln und vertiefen zu wollen. Außerdem sollen nach Ansicht des Uni-Repräsentanten deutsche Studierende verstärkt dazu motiviert werden, den Weg nach Fernost zu wagen. Hier

gäbe es Spitzenuniversitäten und ein vielseitiges Lebensumfeld.

Vorgestellt wurden in dem Zusammenhang auch zwei erfolgreich durchgeführte deutsch-chinesische Projekte. Das eine ist das so genannte „4+2“ Programm. Ein Studentenaustauschprogramm, bei dem jedes Jahr fünf bis zehn Bachelor-Studierende von der University of International Business and Economics (UIBE) in Peking nach Deutschland kommen, um an der Uni Potsdam Betriebswirtschaftslehre weiter zu studieren. Im Gegenzug studieren und forschen Kommilitonen und Doktoranden von der Uni Potsdam an der UIBE. Das andere ist eine Kooperation zwischen der Potsdamer Universität und der Beijing University of Aeronautics and Astronautics in Peking. Diese Zusammenarbeit gibt es seit 2004 auf Initiative von Guido Reger, Professor für Innovationsmanagement und Entrepreneurship.

Der chinesische Studentenverband in Potsdam will künftig mehr Veranstaltungen dieser Art organisieren. Ziel ist es, die eigenen Kommilitonen und auch Wissenschaftler in Potsdam besser zu unterstützen und die Universität Potsdam als einen Ort des interkulturellen Miteinanders weiter aufzubauen.

Kuang Dai,

Student der Betriebswirtschaftslehre

Kontakt: kuadai@uni-potsdam.de



Ideen gesucht! Mitmachen erwünscht!

Am 13. Juni 2009 beteiligt sich die Universität Potsdam zum ersten Male an der Langen Nacht der Wissenschaften. In Berlin längst eine feste Institution, wird der Campus Golm an diesem Tag in der Zeit von 17.00 bis 1.00 Uhr der Ort sein, an dem Lehrende und Studierende erstmals die Gelegenheit haben, ihre Forschungsarbeiten, Projekte und Talente einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren.

Damit diese Veranstaltung zu einem Erfolg wird, ist das für die Organisation zuständige Referat für Presse-, Öffentlichkeits- und Kulturarbeit der Uni auf spannende und interessante Projekte aus allen Fachbereichen angewiesen: ob physikalisches Experiment, wissenschaftlicher Vortrag, literarische Lesung. Gesucht werden Vorschläge aus dem wissenschaftlichen, aber auch kulturell-künstlerischen Spektrum der Universität Potsdam.

Anmeldungen müssen bis zum 20. Februar beim Uni-Referat vorliegen. Dazu kann die Internet-Adresse: www.uni-potsdam.de/Indw/ genutzt werden.

Bitte informieren Sie auch Ihre Kolleginnen und Kollegen. Wir freuen uns auf Ihre Angebote.

Referat für Presse-, Öffentlichkeits- und Kulturarbeit

Kontakt:

Janny Armbruster, Leiterin des Referates für Presse-, Öffentlichkeits- und Kulturarbeit, Tel.: 977-1496, E-Mail: janny.armbruster@uni-potsdam.de



Realitätsnah: Seminare im Auswärtigen Amt.

Foto: Hopf

Ungewohnte Einblicke

Praxisnahe Ausbildung zur deutschen Außenpolitik

So praxisnah wie möglich ausbilden, das ist eines der erklärten Ziele der Uni Potsdam. Im von Otto Keck, gemeinsam mit dem ehemaligen Botschafter Dr. Dieter Boden, angebotenen Seminar „Aktuelle Fragen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik“, wird dieser Grundsatz bereits beherzigt. Der Politikwissenschafts-Professor bietet seinen Studierenden schon seit vier Semestern die Möglichkeit, direkt vor Ort im Auswärtigen Amt die Mechanismen deutscher Außenpolitik kennen zu lernen. Die jungen Leute schätzen den besonderen Charakter der Veranstaltung.

Beate Felix hat das Signal verstanden, die Bewerbung der Politikwissenschafts-Studentin für ein Praktikum beim Auswärtigen Amt läuft. Dass dies überhaupt zustande kam, ist kein Zufall. Ist Felix doch eine der am Seminar „Aktuelle Fragen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik“ beteiligten Studierenden im vergangenen Semester gewesen. Hier konnte sie einen nach eigener Einschätzung einmaligen Einblick in die außenpolitische Praxis bekommen. Denn die angehenden Politik- und Verwaltungswissenschaftler trafen hier auf Referenten, die aus ihrem Alltag über das Zusammenspiel verschiedener staatlicher und nichtstaatlicher Akteure beim Zustandekommen deutscher Außenpolitik berichteten. Ermöglicht wird dieser Austausch zwischen Praxis und Theorie schon seit vier Semestern durch das Engagement der Seminarverantwortlichen Otto Keck, Professor für Internationale Organisationen und Politikfeldforschung an der Potsdamer Uni, und dem früheren Botschafter Deutschlands bei der Organisation

für Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa (OSZE) Dr. Dieter Boden.

Insbesondere in der Sozial- und Politikwissenschaft ist der Anspruch nach praxisnaher Ausbildung nur schwer einzulösen. Vor dem Problem stand man auch in Potsdam. Praktika stellten für Studierende der Disziplin zunächst den einzigen Berührungspunkt zum Forschungsgegenstand dar, wenn es um Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik ging. Da auch Lehrbücher über die spannenden Details der Praxis schweigen, wurde nach einem Ausweg gesucht. Otto Keck und Dieter Boden beschlossen schließlich, Studierende und Insider des Metiers in einem Seminarraum zusammenzubringen. Sie laden seither Vertreter aus Politik und Zivilgesellschaft ein, um vor den künftigen Uni-Absolventen Rede und Antwort zu stehen. Ziel der Veranstaltung ist es laut Keck, den Studierenden ein „sehr realitätsnahes Bild davon zu präsentieren, wie Außenpolitik in Deutschland funktioniert“. Wirkungsvoll vereinen die beiden so Theorie und Praxis miteinander. Aus den USA hat der Professor das Modell „praktischer Lehrbeauftragter“ mitgebracht, den Kontakt zu den prominenten Referenten aus Bundesministerien, Nichtregierungsorganisationen und dem Parlament vermittelt Boden. Hochrangig sind nicht nur die Gäste, auch der Seminarraum im Auswärtigen Amt – inklusive Sicherheitskontrolle – trägt zum besonderen Charakter der Veranstaltung bei.

Während der wöchentlichen Sitzungen führen die Praxisvertreter in das jeweils aktuelle Thema – das reicht von Fragen der Klima- bis Men-

schenrechtspolitik – ein, die Fragen und Themen der Studierenden regen spannende Diskussionen an, in denen die geladenen Experten dann über die Hintergründe der Positionen und Strategien ihrer Ministerien oder Institutionen zum jeweiligen Schwerpunkt referieren. Die Atmosphäre ist locker und offen, kritische Fragen an die Referenten sind erwünscht. Dies gilt auch für die Antworten, eine allgemeine Vereinbarung garantiert die Vertraulichkeit der Seminarinhalte.

Die „Konfrontation mit der Realität“, so Keck, „kommt bei den Studierenden gut an“. Dass das so ist, bestätigen auch die regelmäßig hohen Anmeldungszahlen.

Zu den begeisterten Teilnehmenden gehörte neben Beate Felix auch Magdalena Kaerger. Die Master-Studentin sieht die Veranstaltung als klaren „Standortvorteil“. Ihre Kommilitonen loben den „Erkenntnisgewinn“ und den „exklusiven“ Zugang zum Insiderwissen der anwesenden Experten.

Arne Hopf

Anzeige

UNI EXKURSIONEN

Jetzt planen!

Wir beraten Sie individuell & kreativ.
Preiswerte Gruppen- & Studententarife.

Tel. 0 38 34-855 339

Studentenreisebüro, Jens Böhme
info@goAtlantis.de, www.goAtlantis.de

Phantomgesichter

Eine Tagung beschäftigt sich mit biometrischen Bildern

Biometrische Technologien liegen im Trend, nicht nur durch den elektronischen Pass, der in Deutschland und Europa eingeführt wurde. Meist unter dem Aspekt der Überwachung diskutiert, widmet sich eine

Tagung vom 12.-14. März im Schaufenster der Fachhochschule Potsdam diesen Technologien nun unter dem Thema der Bildlichkeit.

Initiiert von Dr. Uli Richtmeyer vom Institut für Künste und Medien, versteht sich die Tagung mit Beiträgen aus Mathematik, Sozial- und Geisteswissenschaften, Alltag und Kunst als Informationsveranstaltung für eine breite Öffentlichkeit. Achtzehn Referenten wollen ein allgemeines Verständnis für biometrische Verfahren wecken, angefangen von deren Qualität und Nutzung bis hin zu Grenzen und Chancen. Mathematik und Geisteswissenschaften dabei zusammen zu bringen, ist das erklärte Ziel. Die Tagung untersucht biometrische Systeme der Gesichtserkennung dahingehend, inwieweit mathematische und klassisch-bildtheoretische Disziplinen interagieren. Auf der einen Seite, so Richtmeyer, gäbe es das von einer Kamera, meist im öffentlichen



Die 601 Abgeordneten des 15. Bundestages: Durch die arithmetische Zusammenfassung von diversen Einzel-Porträts entsteht die Unschärfe. Abb.: Mahler

Raum gemachte Bild einer Person, mit allen Auffälligkeiten, die sich durch Bewegung, Bekleidung, Lichteinfall, Bartwuchs oder das Tragen einer Sonnenbrille ergeben, und auf der anderen Seite das in einer

Datenbank gespeicherte, von Algorithmen strukturierte Bild. Dieses mathematische Bild müsse immer wieder mit dem aktuellen abgeglichen, also neu berechnet werden. Dabei sei der Anteil an mathematischen Strukturen und Berechnungen bei derartigen Bildern enorm gestiegen, was die Frage nach sich ziehe, wie biometrische Systeme programmiert sind und welche Konsequenzen sich daraus für den Status der Bilder ergeben. Zwar richte sich an biometrische Bilder der Wunsch nach einer zuverlässigeren Identifizierung, gleichwohl seien sie in technischen Hinsicht aber sehr viel komplizierter und konstruierter als das fotografische Abbild. Die öffentliche Tagung, die mit einem Preisgeld aus dem „Jahr der Mathematik“ und von der Initiative „Pro Geisteswissenschaften“ gefördert wird, möchte versuchen zu klären, unter welchen Voraussetzungen juristisch verbürgte Identitätsaussagen eigentlich gemacht werden und an welcher Stelle sie nicht mehr funktionieren. Solche Grenzen sollen anhand ausgewählter künstlerischer Arbeiten anschaulich werden. tp

Erfolgreich angelaufen

Netzwerk Studienqualität Brandenburg mit zweitem Weiterbildungsprogramm



Der erste Zyklus ist fast vollbracht: sqb, das Netzwerk Studienqualität Brandenburg, kann auf ein erstes erfolgreiches

Semester zurückblicken. In kürzester Zeit wurde ein Weiterbildungsprogramm für alle Hochschullehrenden geplant, zusammengestellt und umgesetzt. Die Resonanz auf die Programmbroschüre war durchweg positiv, und trotz geringer Vorlaufzeit konnte das Gros der für das Wintersemester angebotenen Kurse durchgeführt werden.

Umfangreiche und ganz konkrete Auswertungsergebnisse wird erst die geplante Evaluation des Programms liefern, aber in der jetzt vorliegenden neuen Broschüre sind schon Erfahrungen eingeflossen. So wird das Programm jahresweise erscheinen mit einem Veranstaltungszeitraum von April bis März. Zudem wird genügend Vorlauf eingeräumt, damit die Veranstaltungsinteressierten auch ihre Semesterplanung darauf abstimmen können.

Auch in diesem Jahr wird noch einmal der Schwerpunkt auf dem Bereich hochschuldidaktische Kompetenzentwicklung liegen. Hier gibt es Angebote zu den Themenfeldern Lehren und Lernen, Prüfen sowie Beraten. Allerdings werden zunehmend Veranstaltungen aus dem Bereich Personal- und Organisationsentwicklung nachgefragt und auch angeboten werden, wie zum Beispiel Teamentwicklung oder spezielle Workshops für Neuberufene. Das Programm liegt ab zweiter Februarwoche vor und wird an alle Hochschullehrenden versandt werden.

Till Heyer-Stuffer

Nähere Angaben zur Struktur und den Inhalten des Programmangebotes: www.sqb-brandenburg.de



Till Heyer-Stuffer ist Geschäftsführer des Netzwerkes Studienqualität Brandenburg.

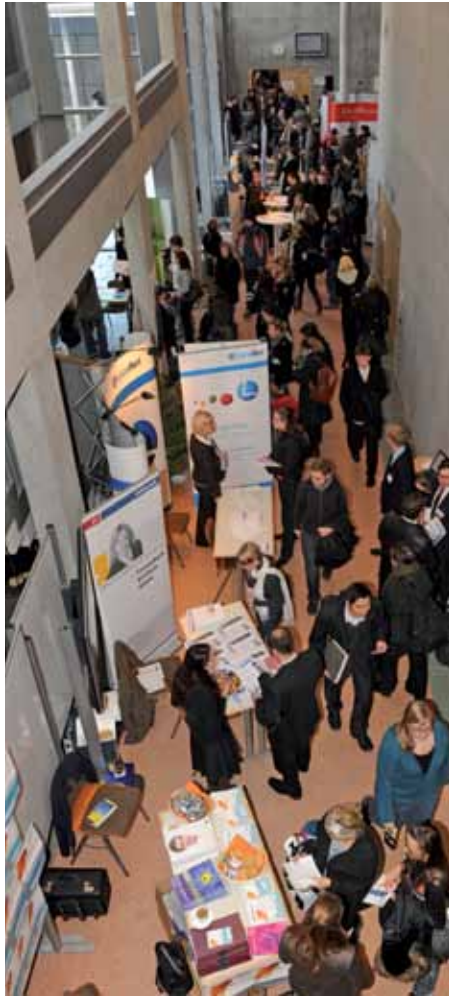
Die Geschenkidee aus Glas

Kleinsche-Flasche mundgeblasen
www.Kleinsche-Flasche.de

Weitere Informationen sind unter
www.emw.eu zu finden.

Firmenkontaktmesse mit großer Resonanz

uniContact am Standort Greibnitzsee bot viele Chancen



Nachgefragt: Messe für Berufseinsteiger.

Auch in diesem Jahr organisierte die studentische Unternehmensberatung uniClever e.V wieder die Firmenkontaktmesse uniContact. Studierende und Absolventen der Region erhielten Mitte Januar die Möglichkeit, mit potenziellen Arbeitgebern ins Gespräch zu kommen.

Die Messe richtete sich insbesondere an Absolventen der Studiengänge Politik-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Rechtswissenschaften, Informatik und Softwaresystemtechnik. An Messeständen, bei Vorträgen, Podiumsdiskussionen und in Einzelgesprächen konnten sich die Messebesucher zielgerichtet über Berufschancen, Karrierewege, Praktika, Traineestellen und den Direkteinstieg bei den Unternehmen und Institutionen informieren. Vor Ort am Uni-Standort Greibnitzsee waren 37 Aussteller. Das Spektrum reichte von Vertretern von Anwaltskanzleien, Banken und Versicherungen über kleinere und große Unternehmen aus der Region Berlin Brandenburg bis zum Öffentlichen Dienst, Stiftungen und Verbänden. Für sie bot sich die Chance, Bewerber verschiedenster Fachrichtungen persönlich kennenzulernen.

Madeleine Jaschko von uniClever konnte eine positive Bilanz ziehen. Die Aussteller zeigten sich zufrieden und signalisierten ihr Interesse, auch im nächsten Jahr wieder teilnehmen zu wollen. „Wir sind stolz, dass die Messe so gut angenommen wurde und inzwischen eine bekannte Institution ist“, sagte die Studentin. be

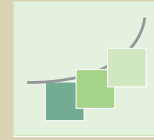
Zeitzeugen und Material gesucht

Aus Anlass der Leichtathletik Weltmeisterschaft 2009 in Berlin bereitet der Arbeitsbereich Zeitgeschichte des Sports der Universität Potsdam unter Leitung von Prof. Dr. Hans Joachim Teichler eine Ausstellung zu jüdischen Leichtathletinnen zur Zeit der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus vor. In der Schau „Vergessene Rekorde“, die im Juli und August 2009 im Centrum Judaicum in Berlin präsentiert wird, stehen die Biogra-

fien der drei jüdischen Ausnahmetalente Lilli Henoch, Gretl Bergmann sowie Martha Jacob im Vordergrund. Red.

Zur Ausgestaltung der Schau werden noch Zeitzeugen, Sachzeugnisse und Fotomaterial gesucht. Nähere Auskünfte erteilt der Arbeitsbereich Zeitgeschichte des Sports telefonisch unter 0331/977-1738 oder -1164.

Förderung für Wissenschaftlerinnen



Zum Abschluss des fünften und Start des sechsten ProFiL-Durchgangs fand am 6. Februar 2009 die Veranstaltung „Exzellenzförderung in der Wissenschaft – zur künftigen Rolle der Gleichstellung im Wissenschaftssystem“ statt.

Schon seit 2004 verstärken die drei Berliner Universitäten mit dem hochschulübergreifenden ProFiL-Programm erfolgreich ihre Initiativen zur Exzellenzentwicklung in der Nachwuchsförderung und zur gleichstellungspolitischen Profilbildung. Im Sommer 2008 ist die Universität Potsdam als vierter Partner der Kooperation beigetreten. Durch Mentoring, Seminare und Vernetzung unterstützt das Programm hoch qualifizierte Frauen. Die Gleichstellungsbeauftragte der Universität Potsdam, Barbara Schrul, betrachtet es als „großen Erfolg für die Hochschule, an diesem Projekt beteiligt zu sein und so Wissenschaftlerinnen auf ihrem Weg zur Professur unterstützen zu können“. be

Zehntes Deutsch-Französisches Forum

Mitte November fand das zehnte Deutsch-Französische Forum in Straßburg statt. Daran teilgenommen haben auch zwei Studierende der Universität Potsdam, die den gemeinsamen deutsch-französischen Studiengang mit der Universität Paris X-Nanterre vertraten. Für die Workshops, die die gemeinsamen Studiengänge im Fachbereich Politik und Rechtswissenschaft betrafen, trug Dr. Sonia Leverd Verantwortung. Sie ist Attaché im an der Universität Potsdam angesiedelten Büro der französischen Botschaft, das zuständig ist für den akademischen Austausch mit den neuen Bundesländern.

Jedes Jahr nehmen an dieser Veranstaltung Schüler, Studierende, Absolventen, Vertreter von Hochschul- Forschungseinrichtungen sowie Unternehmen teil. Ziel ist, Berufsperspektiven für in deutsch-französischen Studiengängen ausgebildete Studierende darzustellen. Insbesondere geht es dabei um diejenigen 5000 Studierenden, die in den rund 140 integrierten Studiengängen der Deutsch-Französischen Hochschule eingeschrieben sind. Ihnen wird zu verstärkter Mobilität geraten, um ihre Berufsfähigkeiten in einer zunehmend vernetzten internationalen Wirtschaft zu verbessern. Red.

Weitere Informationen

www.dff-ffa.org/de oder leverd@uni-potsdam.de.

Demokratie heute

Deutschland erinnert sich und feiert im Jahr 2009 die gefestigte Demokratie

In Deutschland rückt in diesem Jahr die Entwicklung des demokratischen Bewusstseins wieder stärker in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Die Bundesrepublik feiert in diesem Jahr zwei Jubiläen, die für die Entwicklung demokratischer Traditionen auf deutschem Boden von prägender Bedeutung sind: Die Gründung der Bundesrepublik vor sechzig Jahren und den 20. Jahrestag der friedlichen Revolution sowie des Mauerfalls. Aus gegebenem Anlass nähern sich deshalb Potsdamer Wissenschaftler diesem Thema und kommentieren es schlaglichtartig aus dem Blick ihrer Forschung. Dass die Beiträge mit Blick auf die Bandbreite und die nationalen Differenzierungen des politischen Systems keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, versteht sich dabei von selbst. Gleichwohl erreichen ihre Beiträge und Untersuchungen zur „beste(n) aller schlechten Regierungsformen“, wie sie Prof. Manfred Görtemaker in Anlehnung an Winston Churchill in seinem Leitartikel apostrophiert, vor dem Hintergrund des diesjährigen „Kulturland Brandenburg“-Mottos eine besondere Bedeutung. Die Initiativen und Veranstaltungen des Vereins richten sich 2009 auf das Thema „Freiheit. Gleichheit. Brandenburg – Demokratie und Demokratiebewegungen“.

Das Nicolaihaus Brüderstraße 13

Der Verleger und Schriftsteller Friedrich Nicolai hatte es 1787 erworben. Nicolai wurde durch sein Wirken zum wichtigen Förderer der Aufklärung, das Haus zum geistigen Mittelpunkt der Bewegung. Heute wird das Gebäude als Museum genutzt. Derzeit allerdings ist es wegen Baumaßnahmen geschlossen.

Foto: Görtemaker

„Die beste aller schlechten Regierungsformen“

Lang und holprig: Deutschlands Weg zur Demokratie

Das Jahr 2009 ist ein besonderes Jahr. Zwei Ereignisse feiern ein Jubiläum: die Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 und damit die Gründung der Bundesrepublik Deutschland sowie die friedliche Revolution in der DDR 1989. Beides führte zu einer Demokratisierung der politischen Ordnung hier wie dort. Doch Deutschlands Weg hin zur Demokratie begann eigentlich schon viel früher, wenn auch zunächst erfolglos. Erste demokratische Bestrebungen gab es im 18. Jahrhundert. Noch bis 1945 sollte ein eindeutiges Bekenntnis zu den Prinzipien der freiheitlichen Demokratie fehlen. Das hat sich längst geändert. Deutschland ist heute eine gefestigte Demokratie.

Gemeinsam ist der Gründung der Bundesrepublik 1949 sowie der friedlichen Revolution 1989, die letztlich zur Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 führte, das Bekenntnis zu den Prinzipien einer freiheitlichen, pluralistischen Demokratie. Dieses Bekenntnis war in Deutschland



Manfred Görtemaker ist Professor für Neuere Geschichte an der Uni Potsdam.

bis 1945 keineswegs selbstverständlich.

Zwar gab es schon früh demokratische Bestrebungen, die bis zur Aufklärung des 18. Jahrhunderts zurückreichen, zu der Immanuel Kant 1784 erklärte, sie sei „der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit“.

Forderungen nach einer konstitutionellen Ordnung, ja einer demokratischen Republik, die in Berlin vor allem von dem Verleger und Schriftsteller Friedrich Nicolai erhoben wurden, fanden jedoch lange Zeit nur wenige Fürsprecher. Die preußischen Reformen zu Beginn des 19. Jahrhunderts, das Wartburgfest von 1817 und das Hambacher Fest von 1832 sowie der Vormärz und die Revolution von 1848 blieben isolierte Ereignisse, die letztlich nicht zu einer grundlegenden Demokratisierung Deutschlands führten, die der Entwicklung in Westeuropa, Großbritannien und den USA vergleichbar gewesen wäre.

Der deutsche „Sonderweg“ wurde noch verstärkt durch die konservative Reichsgründung unter Otto von Bismarck, dessen Erfolg nicht zuletzt auf der Spaltung der liberalen Bewegung in einen nationalkonservativen und einen linksliberalen, fortschrittlichen Flügel beruhte. Die von Bismarck konstruierte Verfassung des Norddeutschen Bundes von 1867 und die Reichsverfassung von 1871 schufen eine politische Ordnung, die nur formal ein Parlament vorsah, in Wirklichkeit aber die absolute Macht des Monarchen nicht in Frage stellte.

Die Spaltung der liberalen Bewegung sollte sich auch im weiteren Verlauf der deutschen Geschichte als verhängnisvoll erweisen. So ging die Weimarer Republik, die 1919 nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg entstand, bereits 14 Jahre später wieder unter, weil es nicht genügend Anhänger gab, die bereit waren, die

Konrad Adenauers Verdienst: Er bekehrte die Menschen zur Demokratie.

Foto: Bundesbildstelle





7. September 1949, Bonn:
Die erste Sitzung des Bundestages.

Foto: Bundesbildstelle/Vollrath

Demokratie auch in Krisenzeiten zu unterstützen. Ein starker „Führer“ und ein klarer Kurs waren für viele Deutsche offenbar attraktiver als eine vermeintlich unvollkommene Demokratie, in der eine unübersichtliche Meinungsvielfalt herrschte und die von scheinbar heillos zerstrittenen Politikern regiert wurde.

Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte sich eine pluralistische Demokratie nur im Westen durchsetzen, während in der Sowjetischen Besatzungszone in Ostdeutschland unter Führung der SED eine Diktatur nach sowjetischem Vorbild errichtet wurde, die vom Ersten Sekretär der SED, Walter Ulbricht, mit den Worten charakterisiert wurde: „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“ Freiheitliche Grundrechte, das Prinzip der Gewaltenteilung und ein Parteienpluralismus, der Machtmissbrauch verhinderte, gab es damit nur im Westen. Auch wenn Bundeskanzler Konrad Adenauer oft vorgeworfen wurde, dass er sein Amt allzu autoritär ausübe, trug seine „Kanzlerdemokratie“ doch wesentlich dazu bei, die Demokratie in der Bundesrepublik zu festigen. Adenauer gelang damit, was in der Weimarer Republik nie gelungen war: die Menschen zur Demokratie zu bekehren. Spätestens mit dem „Machtwechsel“ von 1969 und der Kanzlerschaft Willy Brandts bestand die Bundesrepublik dann auch ihre demokratische Reifeprüfung, die einen friedlichen Wechsel der Machtausübung zwischen konkurrierenden Parteien und Eliten voraussetzt. Die Entstehung alternativer Bewegungen ließ nun sogar eine basisdemokratische Entwicklung im Sinne einer „grass roots democracy“ erkennen.



Einen wichtigen Beitrag zur Festigung des demokratischen Bewusstseins leistete ebenfalls die Soziale Marktwirtschaft, die bewies, dass Demokratie und ökonomischer Erfolg sich nicht ausschließen müssen. Dieser ökonomische Erfolg war es auch, der in den 1980er Jahren die weit weniger leistungsfähigen kommunistischen Systeme in die Defensive drängte und der Demokratie westlicher Prägung in ganz Europa zur Durchsetzung verhalf.

Das neue Europa nach 1989 besitzt nun erstmals seit dem 18. Jahrhundert die Chance, seine Zukunft in Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung gemeinsam zu gestalten. Das bedeutet nicht, dass der Weg in diese Zukunft bereits geebnet ist. Winston Churchill hat einmal gesagt, Demokratie sei „die beste aller schlechten Regierungsformen“. Er meinte damit die Schwierigkeiten, die das Regieren

in Demokratien mit sich bringt. Wo Meinungsunterschiede zugelassen und offen ausgetragen werden, sind Spannungen und Konflikte unvermeidlich; wer in langen, kontroversen Diskussionen nach Lösungen sucht, ist fast immer gezwungen, Kompromisse zu schließen, die nie allen und oft niemandem gefallen. Dies ist jedoch das Wesen der Demokratie, an das manche sich noch gewöhnen müssen. Hinzu kommen die unterschiedlichen politischen Traditionen in Europa, die nicht immer auf demokratischen Erfahrungen basieren.

Der Weg zur Demokratie ist deshalb keine Einbahnstraße; Rückschläge sind möglich. Die Erinnerung an 1949 und 1989 bietet jedoch Anlass zur Zuversicht, dass der eingeschlagene Weg auch weiterhin erfolgreich verlaufen wird.

Manfred Görtemaker

Nationaldenkmal im Viktoriapark (Friedrichshain-Kreuzberg)

Die Grundsteinlegung erfolgte 1818 in Anwesenheit des preußischen Königs sowie des russischen Zaren Alexander I. Einweihung war 1821. Ursprünglich von Friedrich Wilhelm III. angeregt, um an den Sieg über Napoleon während der Befreiungskriege 1813 bis 1815 und an die dabei gefallenen Soldaten zu erinnern, entwickelte sich das Monument später zu einer mehrdeutigen Erinnerungsstätte.

Abb.: Stahlstich von Johann Gabriel Friedrich Poppel, Landesarchiv Berlin/Foto: Lehnartz

Vor-Herbst 1989

Auch in Brandenburg wurden 1989 lokale Oppositionsgruppen zu Motoren der Protestbewegung

Die Staatssicherheit zählte 1989 rund 50 Personen zu den „inneren feindlich-oppositionellen“ Führungskräften im Bezirk Potsdam. Einige von ihnen waren in Kleinstädten und Dörfern aktiv, wo sie mit spektakulären Einzelaktionen und Veranstaltungen auf politische Veränderungen drängten. Mindestens ein Dutzend oppositioneller Gruppen und Treffpunkte gab es außerhalb der Bezirkshauptstadt. Sie wirkten als Katalysatoren der friedlichen Revolution in der brandenburgischen Region.

Als in der Nacht zum 4. Juni 1989 auf dem Peking Platz des Himmlischen Friedens Panzer gegen Studenten anrollen, die dort für mehr Demokratie demonstrieren, reagiert die Welt geschockt. Überall kommt es zu Solidaritätsbekundungen und Protesten. In der DDR sogar fernab der Großstädte.

So entdecken Fußgänger und Autofahrer am Morgen des 7. Juni im Stadtzentrum der nordbrandenburgischen Kleinstadt Lindow ein Bettlaken mit der Aufschrift „Protest gegen Massaker in China – Volksarmee gegen Bürger“, das weithin sichtbar am Fenster der barocken Stadtkirche hängt. Fünf Tage später sitzen in der 20 Kilometer entfernten Kreisstadt Neuruppin vier junge Männer mit weißen Stirnbändern und schwarzen Armbinden an der Karl-Marx-Straße. Vor sich brennende Kerzen und ein Plakat mit der Aufschrift „China blutet“. Während es in Lindow nach der protokollierten Transparentabnahme um 12.57 Uhr über eine einfache Untersuchung durch Bürgermeister und Kreisratsmitglieder nicht hinausgeht, wird hier die Polizei aktiv. Vor den Augen der Passanten werden die vier Männer rüde zum Verhör auf die Polizeiwache abgeführt. Dort sind vor allem die

festgenommenen Hartwin Schulz, Jugendwart am Jugendzentrum der evangelischen Kirche Neuruppin, und Dirk Bock, Sozialdiakon bei der Jungen Gemeinde Lindow, keine Unbekannten mehr. Beide zählen 1989 für MfS und SED zu den lokalen Schlüsselfiguren, die dafür verantwortlich sind, dass der Kreis Neuruppin neben den beiden Stadtkreisen Potsdam und Brandenburg seit Jahren als oppositionelles Schwerpunktgebiet im Bezirk gilt.

In den kirchlichen Treffpunkten der beiden Städte wie auch im Neuruppiner Jugendfreizeitzentrum verbringen vornehmlich junge Leute ihre Zeit miteinander. Auf nonkonforme Art. Dazu gehört auch, dass ihre Leiter subversive Veran-

staltungen organisieren. So treten beispielsweise 1987 das oppositionelle Liedermacherpaar Stephan Krawczyk und Freya Klier auf, werden 1988 die Verhaftungen während der Liebknecht/Luxemburg-Demonstration in Ost-Berlin diskutiert oder 1989 Eingaben gegen die gefälschten Ergebnisse der Kommunalwahlen formuliert. Als sich am 9./10. September 1989 in Berlin-Grünheide die Bürgerbewegung Neues Forum gründet, dauert es nur zwei Wochen, bis sich auch im evangelischen Jugendzentrum eine lokale Initiativgruppe bildet.

Fürbitte: Vor allem junge Menschen strömten zu politisch motivierten Andachten in die Kirchen.

Foto: Stiftung Aufarbeitung





4. November 1989: Wie hier in Potsdam gingen auch in anderen Städten Menschen auf die Straße.

Foto: Walter Wawra, Potsdam-Museum

Dass der vorgelebte Ungehorsam Einzelner abgefärbt hat, zeigt sich, als am 8. Oktober 15 Jugendliche festgenommen werden. Sie hatten nachts zuvor anlässlich des 40. Jahrestages der DDR vor dem Rathaus Lindow „Gorbi, Gorbi!“ skandiert. Nachdem einer von ihnen als Spieler während einer Fußballpartie verhaftet wird, kommt es zu Tumulten und dem Bau von Barrikaden in der Innenstadt. Die rasch angewachsene Menschenmenge ruft „Wir bleiben hier, Reformen wollen wir!“ und solidarisiert sich mit den Festgenommenen. Erst ein Knüppelinsatz der Polizei beendet die Revolte. Am darauffolgenden Tag, der mit der Leipziger Demonstration von 70 000 Menschen für Dialog und Reformen in der DDR historisch wird, findet in der Lindower Kirche das erste Friedensgebet statt, in dessen Anschluss die 600

Teilnehmer mit brennenden Kerzen durch die Straßen marschieren. Damit hat die Massenprotestbewegung die Kleinstadt erreicht.

Außerhalb Lindows oder Neuruppins ist all das unbekannt geblieben. Folgt man den damaligen Stasi-Berichten von 1989, so ging von den 15 erfassten Oppositionsgruppen der drei Bezirke (davon acht in Potsdam) nur wenig Gefahr aus. Im Detail ergibt sich jedoch ein anderes Bild. So agierten im Vor-Herbst 1989 allein in der Bezirkshauptstadt Potsdam zehn Gruppen, und bezirkswweit ist mindestens ein weiteres Dutzend hinzuzurechnen. Eine überragende Rolle spielte die Kirche. So befinden sich unter den rund 50 Personen, die die Potsdamer Staatssicherheit 1989 bezirkswweit den „inneren feindlich-oppositionellen“ Führungs-

kräften zurechnet, vornehmlich kirchliche Angestellte und Amtsträger. Nahezu alle Gruppen agierten unter dem Dach der Kirche: der Friedensarbeitskreis der Brandenburger St. Gotthardt-Kirchengemeinde, die Tee-Stube in der Nikolai-Kirche Jüterbog, der Luckenwalder Bibelgesprächskreis der St.-Jacobi-Gemeinde, der Seelsorgekreis



Peter Ulrich Weiß ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam.

Foto: privat

für die Betreuung von Antragstellern auf ständige Ausreise (später Ökologie- und Menschenrechtsgruppe) in Staaken (Kreis Nauen) oder der Friedenskreis Königs Wusterhausen. Ihr Themenspektrum reichte von Friedensarbeit/Menschenrechte über Umweltschutz bis zu Wehrdienstverweigerung und Ausreise. Auch wenn mancher Kreis eher selbstbezogen, als offen systemkritisch agierte, wurden sie im Herbst 1989 doch alle zu Motoren der lokalen Protestbewegung gegen die SED-Diktatur.

Peter Ulrich Weiß

Im gemeinsamen Ausstellungsprojekt „Die Lindenstraße 54/55 als Potsdamer ‚Haus der Demokratie‘“ erinnern das Potsdam-Museum und das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam an die Akteure der friedlichen Revolution. Ausstellungseröffnung ist Ende 2009 in der Potsdamer „Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“.

Berliner Barrikaden 1848, Friedrichstraße, Ecke Jägerstraße

In der Nacht vom 18. zum 19. März 1848 gab es in den Tagen der März-Revolution verlustreiche Barrikadenkämpfe zwischen der Berliner Bevölkerung und dem preußischen Militär. Zur Legende wurde ein Zwischenfall an der Barrikade Friedrichstraße/Ecke Jägerstraße. Hier hielten sich die beiden Jugendlichen Ernst Zinna und Wilhelm Glasewaldt tapfer. Zinna wurde schließlich erschossen.

Abb.: Federlithographie Theodor Hosemann 1848, Zentral- und Landesbibliothek Berlin



Foto: Landesarchiv Berlin/Fotosammlung/Christo Bakalski

Das Ende einer Euphorie

Den Demokratiebewegungen von 1989 ist längst die Ernüchterung gefolgt

Die Zeit der Demokratiebewegungen in Ostmitteleuropa, die dort 1989 den Sozialismus beendeten, liegt weit zurück. Die Mehrheit der Studierenden hat daran nicht einmal mehr Kindheitserinnerungen. Verschwunden sind damit auch die realistischen und unrealistischen Hoffnungen, die sich mit dem Begriff „Demokratie“ verbanden. Die Menschen haben sich längst eingerichtet. Es herrscht eine äußere Ruhe vor. Hinter der allerdings kann sich eine tiefe Unzufriedenheit verbergen. Weil sie sich in einer Demokratie äußern kann, ballt sie sich nicht zur Bewegung zusammen.

Die Demokratie ist heute eine Regierungsform in Europa, innerhalb derer Krisen bearbeitet und Interessen durchgesetzt werden. Einige nutzen zwar die Handlungsmöglichkeiten, die die Demokratie eröffnen, etwa um überflüssige Großprojekte zu bremsen, um die Zerstörung von Kulturdenkmälern zu stoppen, um die Einrichtung von Jugendzentren zu fordern oder um den Bau von Moscheen zu verhindern. Diese Initiativen leiden nicht unter staatlichen Behinderungen, sie haben es schwer, Mitstreiter zu gewinnen. Die Mehrheit partizipiert lieber als Zuschauer am politischen Showgeschäft. Ansonsten ist

Politik vor allem Sache jener, die die entsprechenden Ämter besetzen. Unter den Jüngeren engagiert sich in der Politik vor allem, wer eine entsprechende Karriere anstrebt.

Das war 1989 scheinbar anders. In der DDR, aber auch in den anderen sozialistischen Ländern Ostmitteleuropas, gab es Massenbewegungen, an die sogar Politikwissenschaftler optimistische Zukunftshoffnungen knüpften. Nicht nur die Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Herrschaftsformen schien auf der Tagesordnung zu stehen, sondern auch eine neue Art partizipatorischer Demokratie. Die Leitidee der Souveränität des Volkes schien



sich in der mobilisierten Bevölkerung zu materialisieren. Es lohnt aber, genauer hinzuschauen.

Es lassen sich mehrere Akteure unterscheiden, die die Veränderungen trugen. Erstens idealistische Oppositionelle, die sich Repressionen ausgesetzt hatten und auch jetzt persönliche Risiken in Kauf nahmen; zweitens die großen Menschenmengen, die sich für eine kurze euphorische Zeit zusammenfanden. Sie delegitimierten sichtbar den Anspruch der bisherigen Führungseliten, das Volks zu repräsentieren.

Die sichtbaren sozialistischen Führungseliten verschwanden in der Folge fast überall aus dem politischen Leben. In Deutschland wurden auch die nicht-öffentlich agierenden funktionalen Eliten partiell ausgetauscht. Die idealistischen Oppositionellen, die kurze Zeit den demokratischen Kairos zu erleben geglaubt hatten, wurden mit wenigen Ausnahmen wieder abgewählt. Die begeisterten Mengen, die die Wende herbeidemonstriert hatten, verliefen sich wieder. Euphorien lassen sich nicht auf Dauer stellen; die Ernüchterung war unausweichlich.

Die demokratischen Strukturen, die dann aufgebaut wurden, weckten keine massenhafte Begeisterung. An die neue Konsumwelt hatten



Erhard Stölting ist emeritierter Professor für Allgemeine Soziologie der Universität Potsdam.

sich die meisten rasch gewöhnt. Die neuen politischen Freiheiten waren rasch zu selbstverständlich, als daß sie kaum noch bemerkenswert schienen. Viele von denen, die sich hoffnungsfroh an den Demonstrationen beteiligt hatten, erfuhren einen sozialen Abstieg, den sie

nicht hatten vorhersehen können. Aber auch jene, die in den neuen Verhältnissen sehr gut zurechtkamen, konzentrierten sich überwiegend auf ihre drängenden Alltagsprobleme. Die Mahnungen der aktiven ehemaligen Oppositionellen wurden rasch unhörbar. Die meisten von ihnen waren bald wieder in Nischen marginalisiert, in denen sie entweder weiterhin ihre alten Feinde bekämpften, oder ihre Erinnerungen pflegten oder ganz resignierten.

Auf jeden Fall hat die große Demokratiebewegung, die die Wende herbeiführte, nicht jene politisch aktive Gesellschaft zustande gebracht, die viele erhofft hatten. Die meisten Menschen richteten sich pragmatisch ein. Sie hatten ein Leben zu führen, Kinder großzuziehen, beruflich weiterzukommen; sie liebten entspannte Geselligkeit und versuchten überflüssigen Ärger zu vermeiden. Wer einen Arbeitsplatz hatte, wollte ihn behalten, wer die Chance auf Aufstieg sah, wollte ihn nicht verpatzen. Die Demokratie, in der man nun lebte, wurde bejaht wie das Wetter.

Öffentlich solidarisieren sich Bürger vielleicht dann, wenn ihnen etwas besonders am Herzen liegt – wenn es etwa darum geht, ein Biotop zu schützen, Windräder zu entfernen, eine Kindertagesstätte zu verlangen oder den Bau einer Moschee zu verhindern – aber die Zeit, die dafür aufgewendet wird, muß mit jener ausgewichtet werden, die dann für andere Tätigkeiten fehlt. Zu einer potentiellen Demokratiebewegung addiert sich das nicht.

Hinter der äußeren Ruhe kann sich allerdings durchaus tiefe Unzufriedenheit verbergen. Aber gerade weil sie sich äußern kann, ballt sie sich nicht zu Bewegung zusammen. Solange Pessimismus, Wut, frustrierte Ideale, sozialer Abstieg und schlechte Laune nicht verboten sind, ballen sie sich nicht zu gefährlichen

Bewegungen zusammen. Das Regieren wird dadurch nicht leichter. Auch die Gefahr einer Systemkrise besteht nicht, zumindest nicht von Seiten jener, die ein altes Ideal von Demokratie zur politischen Wirklichkeit machen wollen.

1989 hat gezeigt, daß marginale, idealistische Gruppen Einfluß gewinnen können, wenn es ihnen gelingt die unzufriedene Bevölkerung zu ihrem Resonanzboden zu machen. Aber wir wissen auch, daß Massenbewegungen, die tiefgreifende Veränderungen bewirken, nicht immer Demokratiebewegungen sind.

Erhard Stölting



Protest 1989 in Berlin: Inzwischen haben sich die Demonstranten von damals längst wieder verlaufen.

Foto: Bundesstiftung Aufarbeitung, Bestand Klaus Mehner

Das Schauspielhaus am Gendarmenmarkt

Nachdem man den Tagungsort der im Mai 1848 eröffneten Nationalversammlung im September desselben Jahres von der Singakademie ins Schauspielhaus am Gendarmenmarkt verlegte, bedeutete dies mehr als nur eine äußere Zäsur. Das Schauspielhaus wurde schon bald zum Schauplatz der Auseinandersetzung zwischen der Nationalversammlung und der wiedererstarkten Monarchie und symbolisiert damit nicht nur den Kampf der 1848er Revolution ums Überleben, sondern auch ihr Scheitern. Die Ausarbeitung einer Verfassung „von unten“ gelang hier nicht.

Foto: Berlin Partner

Demokratie bedarf der Selbstaufklärung

Sie zu verstehen, ist eine wichtige Zukunftsinvestition

Prof. Dr. Heinz Kleger, Inhaber der Professur für Politische Theorie an der Universität Potsdam, stand Carina Linne Rede und Antwort über die Rolle von moralischen und ethischen Begriffen bei der Entwicklung des Demokratieverständnisses.

Nehmen wir die Anfänge der Demokratie im antiken Griechenland. Welche Charakteristika sind für die spätere Demokratiebewegung hervorzuheben?

Kleger: Im antiken Griechenland finden wir eine stadtstaatenartige Kultur der Freiheit mit wenig Machtübertragung. In einer solchen Kultur konnte das Politische als Handeln-Können erfunden und mit der Idee von Bürgerschaft verknüpft werden. Demos bedeutete aktive

Bürgerschaft, und auf diesem Boden wurden sodann erste Verfahren der Demokratie eingeübt – die Volksversammlung, die Ämterrotation, die Rechenschaftsablegung und anderes mehr. Die Griechen prägen damit ein Bild der Demokratie, deren Begriff um 430 v. Chr. entsteht und der zumindest in seiner worterkklärenden Bedeutung zeitlos geworden ist. Diese Demokratie bezeichnet eine Herrschaftsform, die auf ‚Gleichheit‘ gründet. Das partizipatorische Bürgerverständnis, welches damals noch auf einen kleinen männlichen Kreis beschränkt war und auf Sklavenwirtschaft beruhte, steht an der Wiege der Demokratie und geht einher mit einer starken Wir-Identifikation der Bürgerschaft.

Inwieweit hat sich das Demokratieverständnis in Hinblick auf die bürgerlichen Revolutionen in Amerika und in der DDR weiterentwickelt?

Kleger: Über die antike Polis-Demokratie hinaus kommen vor allem die Idee der Volkssouveränität und die Naturrechte beziehungsweise Menschenrechte hinzu. In Amerika entsteht zum ersten Mal auf großem Territorium eine föderative Republik, das konnte man sich bisher nur für Stadtstaaten und kleine Länder vorstellen. Die gewaltenteilige und repräsentative Demokratie, die an konstitutionelle Freiheitsrechte gekoppelt ist, ist bis heute der maßgebliche Versuch, Autonomie, Würde und Gleichheit aller Bürger zu realisieren. Hierfür spielte die geschriebene Verfassung eine wichtige Rolle. Die Verfassungsgerichtsbarkeit, die auch in der Bundesrepublik Deutschland stark ist, verkörpert gewissermaßen die Sorge von Minderheiten und Einzelnen, die Mehrheit, die in der Demokratie politisch das Sagen hat, könnte grundlegende Rechte und Konventionen des Gesellschaftsvertrages verletzen. Oberstes Gebot einer solchen Demokratie ist die ungehinderte Beteiligung aller Bürger und Bürgerinnen am politischen Willensbildungsprozess.

Wie würden Sie in diesem Zusammenhang das ethisch-moralische Erbe der Demokratiebewegung von 1989 einschätzen?

Kleger: Das Erbe ist vor allem die Freiheit und die Verfassung der Freiheit. Vorher gab es viel Politik, aber nicht die Freiheit, politisch sein zu können. Die Gedanken- und Meinungsfreiheit sind grundlegend für eine liberale Demokratie. Die Brandenburger Bevölkerung





hat 1992 eine neue Verfassung beschlossen, gründend auf den friedlichen Veränderungen im Herbst 1989. Sie markiert den eigentlichen Brandenburger Weg, der die Anstöße der Bürgerbewegungen aufnimmt. Sie ermöglicht nicht nur die konsequente Wahrnehmung von Individualrechten, sondern kann auch neue Formen der Bürgerbeteiligung auf den Weg bringen. Dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen wird ebenfalls ein großer Platz eingeräumt. Diese Verfassung ist ein guter Rahmen für eine verfassungsdemokratische Bürgergesellschaft. Man muss sie nur verstehen.

Wo kann aus Ihrer Sicht die Ethik der Politik in Zukunft helfen, das verloren gegangene Verständnis von Demokratie wieder zu gewinnen?

Kleger: Demokratie bedarf ständig der Selbstaufklärung, sonst wachsen die Probleme und Gefahren aus der Demokratie selbst heraus. Die Selbstaufklärung der Demokratie muss deshalb die Vielen erreichen. Die Bürger müssen die Demokratie verstehen können, um sie zu praktizieren. Und sie müssen sie erfahren können, um sie zu verteidigen. Dafür braucht es Orte, Zeit und Wissen für die Demokratie. Alle drei Hinsichten werden in der heutigen allgegenwärtigen Konsum- und konkurrenzorientierten Leistungsgesellschaft nicht nur unterschätzt, sondern geradezu systematisch zu wenig gepflegt. Das multiple Regelsystem der Demokratie verstehen und praktizieren zu können, ist eine wichtige Zukunftsinvestition.

Vielen Dank für das Gespräch.



Foto: Europäische Gemeinschaft

Der europäische Verfassungsprozess

Seit 2001 wird um eine Europäische Verfassung gerungen. Noch ist das Ziel, damit auch die Demokratie zu stärken, nicht erreicht, konstatiert Politikwissenschaftler Prof. Dr. Heinz Kleger. Inzwischen ratifizierten 23 der 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union den so genannten Lissabonner Vertrag, welcher neben der Verbesserung der Transparenz und der Effektivität der europäischen Zusammenarbeit vor allem auch die demokratischen Verhältnisse sichern soll. Es gehe um die Steigerung der Legitimität der Europäischen Union, so Kleger. Genau dies könne mit einer Verfassung erreicht werden, wenn sie demokratisch erarbeitet und beschlossen wird.

Für Deutschland bringe der Verfassungsvertrag durch die Einführung der doppelten Mehrheit eine Vergrößerung der Macht im Ministerrat. Aber auch institutionelle Verbesserungen bei der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik seien für die deutsche Außenpolitik von großer Bedeutung. Wichtiger scheint Heinz Kleger jedoch, dass die Europäische Union durch diesen Vertrag als Ganzes gestärkt wird. Das betreffe die effektivere Entscheidungsfindung nach innen und die klarere Kompetenzaufteilung nach außen.

Nach dem zähen Ringen um eine europäische Verfassung zeichne sich derzeit der Trend ab hin zu einer zunehmend von einer europäischen Öffentlichkeit begleiteten und kritischen Bürgerschaft kontrollierten Demokratie zu gelangen. Die Zunahme von nationalen Referenden sei ein Indikator dafür und Katalysator für eine stärkere Einbindung der Bürger in Form von Aufklärung.

Red.

Der Dönhoffplatz, Leipziger Straße

Im Adelspalais am Dönhoffplatz tagte seit 1849 das preußische Abgeordnetenhaus. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde es zur Bühne für die große Politik in Preußen. 1871 trat hier der Deutsche Reichstag zu seinen ersten Sitzungen zusammen. Die parlamentarische Entwicklung in Preußen und Deutschland ist daher eng mit dem Palais verbunden. Heute ist von diesem Ort kaum noch etwas zu sehen. Das Palais ist 1904 abgerissen worden.

Foto: Görtemaker



Freie Wahlen: Sensibler Gradmesser für Zufriedenheit mit vorherrschenden politischen Verhältnissen.

Foto: Hauk Medien Archiv/Alexander Hauk/www.alexander-hauk.de

Große Zustimmung für die Idee der Demokratie

Doch Vertrauenseinbußen für Politiker, Parteien und Parlamente nehmen zu

Im 19. Jahrhundert entstanden die ersten modernen Demokratien. Große Teile der Weltbevölkerung sind nach wie vor von diesem Regierungssystem überzeugt. Die Forschung macht jedoch seit Jahren auf den weltweit zunehmenden Vertrauensschwund für die Kerninstitutionen der Demokratie aufmerksam. Vom Verlust ihrer Legitimationsbasis kann aber keine Rede sein.

In Jahrtausenden der Menschheitsgeschichte lebten die meisten Menschen fremdbestimmt. Sie waren Objekt und häufig Opfer der Herrschaftsansprüche einer kleinen privilegierten Schicht, die sich um das Wohlergehen ihrer Untertanen wenig scherte. Die Vorstellung,

dass alle Menschen als Freie und Gleiche geboren werden und dass sie ein Recht darauf haben, ihr Schicksal selbst zu bestimmen, galt den Herrschenden als ein ebenso fremder wie unerhörter Gedanke. Dies aber änderte sich in radikaler Weise, als im 19. Jahrhundert die ersten modernen Demokratien entstanden. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit wurde eine politische Ordnungsform verwirklicht, die der breiten Bevölkerung das Recht garantierte, an den politischen Entscheidungen beteiligt zu werden, von denen sie betroffen ist. Das Volk wurde der Souverän politischer Herrschaft. Neben dem großen Wohlstand in den etablierten Demokratien ist dieses „Beteiligungsverspre-

chen“ eine Erklärung dafür, warum sich große Teile der Weltbevölkerung von der Idee der Demokratie fasziniert zeigen. Nach den Daten der jüngsten Welle des World Values Survey (WVS) ist in allen der 44 untersuchten Länder aus Afrika, Asien, Nord- und Südamerika, Europa und Australien eine Bevölkerungsmehrheit der Meinung, dass es gut ist, ein demokratisches politisches System zu haben. Zwar unterscheiden sich die Zustimmungsraten zwischen den einzelnen Ländern erheblich. Doch auch in China, wo nur 61 Prozent der Befragten dieser Meinung sind, hat der Wunsch nach einem demokratischen politischen System nach den Daten des WVS genauso Fuß gefasst wie beispielsweise



se in Russland und der Ukraine (je 66 Prozent) oder in Vietnam (80 Prozent).

Allerdings sind Demokratien besonders anspruchsvolle politische Systeme. Weil sie auf das Einverständnis der Bürgerinnen und Bürger angewiesen sind, reagieren sie auf eine verbreitete Unzufriedenheit in der Bevölkerung besonders empfindlich. Einen übellaunigen und missgestimmten Souverän können sich demokratische politische Systeme auf Dauer nicht leisten, jedenfalls nicht, wenn sie überleben wollen.

Wenn das tatsächlich so ist, dann erreichen uns seit einigen Jahren beunruhigende Nachrichten aus dem Bereich der empirischen Demokratieforschung, der sich mit den politischen Einstellungen der Bevölkerung befasst. Denn in den meisten entwickelten Demokratien wächst offensichtlich die Unzufriedenheit der Menschen mit ihrem politischen System. Vor allem das Bevölkerungsvertrauen in die Politiker schwindet seit Jahren und hat historische Tiefststände erreicht. Parteien und Parlamente, zwei Basisinstitutionen der modernen Demokratie, sind von diesem Negativtrend in der öffentlichen Meinung ebenfalls erfasst. Auch hilft der Hinweis auf die korrigierende Funktion freier Wahlen, mit denen eine Regierung abgewählt werden kann, wenig. Denn Forschungsbefunde und Umfrageergebnisse legen nahe, dass die Bevölkerung in ihrer Unzufriedenheit mit dem politischen Personal immer



Dr. Viktoria Kaina ist Privatdozentin für Politikwissenschaft an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Uni Potsdam.

seltener Unterschiede zwischen Oppositions- und Regierungspolitikern macht. Manchem reichen diese Fakten aus, um die Demokratie in einer ernsthaften Krise stecken zu sehen. Schließlich verlieren demokratische politische Systeme ihre Legitimitätsbasis, wenn ihnen immer mehr Menschen die Zustimmung versagen. Doch



Vietnam: In einer Meinungsumfrage befürworteten 80 Prozent der Befragten ein demokratisches politisches System.

Foto: Christine Folmer/Pixelio

genau davon kann bislang keine Rede sein. Denn trotz der alarmierenden Vertrauenseinbußen für Politiker, Parteien und Parlamente in vielen fortgeschrittenen Demokratien, ist die Zustimmung der Bevölkerung für die Idee der Demokratie nach wie vor überwältigend groß.

Das ist trotzdem kein Grund zur Beruhigung. Denn die andauernde Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Art und Weise, wie die Idee der Demokratie in ihrem Land verwirklicht und institutionell ausgestaltet ist, kann mit der Zeit auch die Idee selbst diskreditieren. Auch deshalb ist es notwendig, Forschungen über die Ursachen der abnehmenden Demokratiezufriedenheit und der wachsenden Vertrauenseinbußen für die Kerninstitutionen der modernen Demokratie weiter voran zu treiben. Dafür brauchen wir einen distanzierten und noch kritischeren Blick auf die Anpassungsstrategien, mit denen sich politische Akteure an neue Herausforderungen für ihre Regierungs- und Handlungsfähigkeit anzupassen versuchen. Diese Strategien

sollen effektive Politikergebnisse sichern, ohne die demokratische politische Systems so wenig bestehen könnten wie ohne die Zustimmung der Bevölkerung. Doch dafür wird immer öfter das Risiko in Kauf genommen, die Einflussnahme der Bevölkerung, ihre Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten zu minimieren. Denn viele Entscheidungen besitzen größere Nachhaltigkeit und kommen „leichter“ zu Stande, wenn sie vom demokratischen Wettbewerb und der Bevölkerungsmeinung isoliert getroffen werden. Damit aber wird das „Beteiligungsversprechen“ der Demokratie systematisch gebrochen. Und jedes gebrochene Versprechen untergräbt Glaubwürdigkeit. Wie das Spannungsverhältnis zwischen Effektivitäts- und Demokratieprinzip ausbalanciert werden kann, zählt deshalb weiterhin zu den wichtigsten und interessantesten Herausforderungen der empirischen Demokratieforschung.

Viktoria Kaina

Das Reichstagsgebäude, Platz der Republik

Der Stellenwert, den demokratische Staatsvorstellungen im 1871 gegründeten Deutschen Reich zunächst besaßen, kam auch in der baulichen Unterbringung seines Parlaments zum Ausdruck. Nicht weniger als 23 Jahre lang musste sich die Volksvertretung mit Provisorien begnügen. Erst 1894 wurde das neue Reichstagsgebäude am Königsplatz vor dem Brandenburger Tor übergeben. An dem Ort wurde fortan deutsche Geschichte geschrieben.

Foto: BerlinPartner

Künftig besser regulieren

Finanzwissenschaftler Hans-Georg Petersen sieht in der Finanzkrise auch eine Chance für die Demokratie

Seit Mitte des vergangenen Jahres hat die Finanzkrise zunächst die Banken, dann die weltweiten Aktienmärkte und schließlich ganze Ökonomien ergriffen. Staatsbanken stehen vor dem Aus, renommierte private Bankhäuser gehen kaputt, Menschen müssen zusehen, wie sich ihr Geld gerade in Luft auflöst. Das hat Folgen, nicht nur für die ärmeren, sondern auch für die reicheren Demokratien der Welt. Deren Bevölkerung zweifelt zunehmend an der Funktionsfähigkeit des Systems. Portal-Redakteurin Petra Görlich sprach darüber mit Finanzwissenschafts-Professor Hans-Georg Petersen.

Banker haben die Weltwirtschaft gehörig ins Trudeln gebracht. In Deutschland versucht die Politik mit der Schaffung von mehr eigenen Einflussmöglichkeiten, Maßnahmenprogrammen und Konjunkturpaketen zu retten, was noch zu retten ist. Hätte Sie nicht früher eingreifen müssen?

Petersen: Man hat nicht genügend hingesehen. Deutschland stand vor dem Hintergrund des Falls der Mauer vor großen Aufgaben. Da ist viel Neues entwickelt worden. Die Herausforderungen, die auch von den Arbeitsmärkten insbesondere kamen, haben wahrscheinlich den Blick verstellt für die Probleme, die parallel gelaufen sind. Wir haben unsere Aufmerksamkeit vielleicht zu sehr darauf gelenkt, wie wir die Leute in die Beschäftigung bekommen. Das Finanzsystem hat das unterstützt mit einer ziemlich lockeren Geldpolitik. Das ist das Staatsversagen.

Ist das Eingreifen in die Gefahren von Bankhäusern tatsächlich ein Schritt in die richtige Richtung?

Petersen: Wenn wir sagen, dass ein Staatsversagen vorgelegen hat, und zwar der Politik, mas-



Braucht ruhige Hand: Die Krise bewältigen.

Foto: Klaus-Uwe Gerhardt/Pixelio

siv aber auch des privaten Sektors und des so genannten professionellen Managements, dann kann tatsächlich nur noch der Staat eingreifen. Es gibt sinnvolle Staatseingriffe. Man braucht zwar einen schlanken Staat, aber auch einen starken.

Laut Umfragen des Bielefelder Erziehungswissenschaftlers Wilhelm Heytmeyer gibt es ein verbreitetes Unbehagen an der Demokratie. Eine übergroße Mehrheit der Menschen traut es der Politik demnach nicht mehr zu, die Probleme der Zeit lösen zu können und gewinnt den Eindruck von kollek-

tiver Verantwortungslosigkeit. Hat zu viel Erfolg unaufmerksam gemacht?

Petersen: Wir hatten ja nicht nur Erfolg. Denken Sie an unsere Arbeitslosenzahlen. Auch dieses Ausmaß an Arbeitslosigkeit hat viele zweifeln lassen. Das Gute aber ist, dass der Wähler, der Prinzipal, wie wir Wissenschaftler ihn in unserer Theorie nennen, die Demokratie beeinflussen kann. Das tut er auch. Wir sehen das vermutlich auch in diesem „Superwahljahr“ an den sich verändernden Wahlergebnissen. Ich glaube, dass Krisen langfristig die Demokratie stärken. Sie sind notwendig, damit wir besser werden.



Das wird diejenigen, die gerade ihr Geld verlieren und diejenigen, die in der Autoindustrie und anderswo um ihre Arbeitsplätze bangen müssen, wenig trösten. Der blitzartige soziale Abstieg stellt inzwischen ja nicht nur für irgendwie aus der Bahn Geworfene, sondern zunehmend auch für Leute aus den Mittelschichten eine sehr reale Gefahr dar. Wird die Demokratie jetzt ungerechter?

Petersen: Die Frage ist, was war vorher. Das, was sich an Einkommensdifferenzen vorher herausgebildet hat, insbesondere im Topmanagement, wirft die Frage auf, ob das noch eine gerechte Entlohnung war. Ich kann mir vorstellen, dass hier im Lauf der Zeit Differenzen entstanden sind, die nicht mehr zu rechtfertigen sind.

Hintergrund ist doch, dass wir von langfristigen zu kurzfristigen Verträgen übergegangen sind. Die Kurzfristigkeit der Verträge, die mehr Effizienz erzeugen sollte, hat in vielen Bereichen ein Abzockverhalten des Managements hervorgebracht. Wir müssen wieder über längerfristige Kontrakte und natürlich über Steuerung nachdenken.

Die Kurzfristigkeitsorientierung, die wir in unserer Demokratie haben, ist ein Problem. Das kann zu kollektiver Unverantwortlichkeit führen. Wir müssen von den Leuten Berufsethos verlangen, wir müssen sie wertmäßig schulen. Damit ist wohl schon in den Kindergärten anzufangen.



Hans-Georg Petersen:
Müssen auf Langfristigkeit orientieren.



Menschen müssen zusehen, wie sich ihr Geld in Luft auflöst.

Foto: by-sassi/Pixelio

Der Staat betont unaufhörlich Fürsorgebereitschaft, wo er sie eigentlich gar nicht mehr leisten kann. Eine unheilvolle Entwicklung?

Petersen: Das ist das Staatsverständnis, was hier existiert. Bei Rot und Schwarz, sogar mitunter bei den Liberalen. Die jetzt aufgelegten Konjunkturprogramme sind so überflüssig wie ein Kropf. Es ist Aktionismus, um vorzutäuschen, dass die Politik etwas leisten kann. Politik ist aber kein Allheilmittel, sie kann bestenfalls mehr oder weniger gut verwalten, selten etwas gestalten.

Das Rettungspaket für die Banken war aber eine Notwendigkeit. Wenn auch eine Schlimme. Denn hier werden wieder diejenigen unterstützt, die eigentlich gemaßregelt hätten werden müssen. Aber ohne funktionierende Geldwirtschaft geht gar nichts.

Wie sehr wird die Finanzkrise nach deren Ende die ökonomische und politische Situation in den Demokratien der Erde verändert haben?

Petersen: Ich denke, wir werden eine klarere Rahmenordnung für die Finanzmärkte erhalten. Wie das konkret aussieht, ist überhaupt noch nicht erkennbar. Es bleibt nichts anderes übrig, als den Versagern zu verzeihen und mit ihnen gemeinsam den Rahmen dafür zu bauen, dass so etwas nicht mehr vorkommt. Das ist dann gemachte Erfahrung, die umgesetzt werden muss in ein besseres institutionelles Design. Und das ist möglich. Davon bin ich überzeugt. Wir können besser regulieren. Wenn es uns gelingt, Regelwerke zu schaffen, in denen die langfristige Orientierung eine größere Rolle spielt, können wir die Probleme auch lösen.

Vielen Dank für das Gespräch.

Ort der Ermordung Walther Rathenaus, Königsallee

Berlin erlebte in seiner Geschichte immer wieder Gewalt gegen die Demokratie. So war auch die Anfangsphase der Weimarer Republik durch Attentate auf herausragende Politiker und Publizisten gekennzeichnet. Etwa 400 politisch motivierte Morde sind für die ersten Jahre der Weimarer Republik nachgewiesen, die zum großen Teil auf das Konto der Rechten gingen. Makabrer Höhepunkt war die Ermordung von Außenminister Walther Rathenau im Juni 1922. Er wurde bei einer Fahrt auf der Königsallee erschossen.

Foto: unbekannt, Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz

Schwierige Gratwanderung

Der internationale Terrorismus ist für die Demokratie eine große Herausforderung



Weltweit gedenken Menschen der Opfer des 11. Septembers: Gedenktafel in Koblenz.

Foto: Rike/pixelio

Gefährden Anti-Terrorismus Gesetze die Demokratie? In welchem Verhältnis zur Demokratie steht das Konzept des Rechtsstaats? Hier müssen Juristen zu Wort kommen. Schließlich geht es um gewaltige Herausforderungen für demokratisch verfasste Gesellschaften. Roza Pati hat sich in ihrer Dissertation bei Prof. Dr. Eckart Klein von der Universität Potsdam mit Gerichtsverfahren gegen Terrorismusverdächtige in den Vereinigten Staaten auseinandergesetzt.

Demokratie kann man als Herrschaft des Volkes definieren. Als Instrument bedient sie sich des Rechtsstaates, dessen Grundlage die jeweilige nationale Verfassung ist. In Demokratien sind die Rechte des Einzelnen zentral. Um ein funktionierendes Gemeinwesen zu gewährleisten, sind individuellen Rechten dennoch Grenzen gesetzt, und sie sind im Verfassungsstaat um Pflichten ergänzt worden. Die Balance zwischen Rechten und Pflichten kann aber im Rahmen von Anti-Terrorismus-Maßnahmen ins Wanken kommen, wenn Regierungen um den Schutz einer intakten demokratischen Ordnung willen bürgerliche Freiheitsrechte einschränken.

Die Anti-Terrorismus-Bemühungen der US-Administration im Anschluss an die Anschläge vom 11. September 2001 waren eine Reaktion auf das Gefühl einer elementaren Bedrohung. Osama bin-Laden drohte den „Americans“, dem ganzen Volk also. Wo zieht man da die rote Linie zwischen der Wahrung individueller Freiheit und den Sicherheitsinteressen der Bürger? Wie umstritten diese Diskussion ist, zeigt beispielhaft der so genannte „Military



*Terror am 11. September 2001 in den USA:
Anlass verstärkter Anti-Terrorismus-Bemühungen in
den USA.*

Foto: zg

Commissions Act“ von 2006. Er erlaubt die Einsetzung von Militärtribunalen zur Aburteilung von Terroristen. 2008 hat der Oberste US-Gerichtshof ihn als nicht verfassungskonform erachtet. Das Urteil kam nur mit Hilfe einer äußerst knappen Mehrheit zustande, weil mehrere Richter eine Erschwerung der Terrorbekämpfung befürchteten.



*Roza Pati ist Exekutivdi-
rektorin des „Graduate
Program in International
Human Rights“ an der
St. Thomas University in
Miami/USA.*

Foto: privat

Terroranschläge kreieren ein Feindbild in den Augen der Mehrheit der Bevölkerung. Da aber die demokratische Gesellschaft niemanden ausschließt, kann es ein „Feind-Strafrecht“ für die Täter nicht geben. Leitlinien für den Umgang mit Terroristen sind dagegen im Völkerrecht zu finden. Die internationale

Gemeinschaft hat sich auf Mindeststandards für eine humane Behandlung von Inhaftierten geeinigt. Darunter fällt das absolute Verbot der Folter oder die unwürdige Behandlung von Straf- und Kriegsgefangenen. Diese und andere Prinzipien müssen die Grundlage eines jeden fairen Verfahrens sein, um zu sichern, dass wir uns in unseren Methoden von Terroristen unterscheiden. Die Debatten um Guantánamo und Abu-Gureibh haben den Vereinigten Staaten hier einen Bärendienst erwiesen.

Erwähnenswert ist, dass in Demokratien nicht von der Annahme ausgegangen wird, dass die Regierung fehlerlos ist. Der Anti-Terror-Kampf der US-Administration hatte zahlreiche Mängel, eine kritische Öffentlichkeit drängte deshalb zunehmend auf einen Politikwechsel. So wirkten Bürger bei der Gestaltung des Allgemeinwohls mit. Das ist nur in demokratischen Systemen gewährleistet.

Über Umgehensweisen mit der Herausforderung des internationalen Terrorismus in demokratischen Nationen gibt es übrigens intensive Diskussionen in akademischen Kreisen der USA. Prof. Bruce Ackerman, Yale University, hat mit dem Vorschlag einer zeitlich begrenzten, vom Kongress verabschiedeten Notstandsverfassung, die der Exekutive mehr Rechte einräumt, zu der Debatte beigetragen. Auch wenn hierbei viele Fragen offen bleiben, ist es richtig, über neue Ideen für neue Bedrohungsszenarien nachzudenken. In der Vergangenheit hat die Menschheit immer wieder mit neuen Regelwerken auf erkannte Gefahren reagiert - von den Haager Konventionen 1899 und 1907 bis zu den Ergänzungsprotokollen zu den Genfer Konventionen von 1977. Rechtlich ist an diesem Punkt aber stehen geblieben worden. Dabei wären internationale Regelungen essenziell, um dem globalen Phänomen Terrorismus entgegenzutreten. Ein erster Schritt könnte die Zusammenfassung von bereits existierenden Resolutionen zu einer umfassenden Anti-Terrorismus-Konvention sein.

Roza Pati

Klare Grenzen



*Eckart Klein ist eme-
ritierter Professor für
Staats-, Völker- und
Europarecht der Uni
Potsdam und zugleich
Direktor des Men-
schenrechtsZentrums.*

Der internationale Terrorismus stellt jeden Staat vor große Herausforderungen; auch Deutschland kann sich ihnen nicht entziehen. Der Staat würde seine genuine Schutzaufgabe verfehlen, würde er nicht beizeiten gesetzliche Vorsorge treffen. Beliebige Spielräume hat der Staat dabei aber nicht, denn das Recht, vor allem die Grundrechte, ziehen Schranken.

Diese Schranken sind allerdings grundsätzlich flexibel. Kollidierende Rechtsgüter müssen unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit gegeneinander abgewogen werden. Die gesetzgeberische Abwägung ist vom Bundesverfassungsgericht überprüfbar. So hat das Gericht im Jahr 2006 entschieden, dass eine allgemeine Bedrohungslage, wie sie nach dem 11. September 2001 durchgehend bestanden hat, für eine Rasterfandung nicht ausreicht; vielmehr sei dafür das Bestehen einer konkreten Gefahr notwendig. Entsprechend hat das Bundesverfassungsgericht 2008 für die Online-Durchsuchung geurteilt. Können und müssen also im Regelfall die kollidierenden Rechtsgüter miteinander abgewogen und auf dieser Basis der Einzelfall entschieden werden, hat das Grundgesetz diese Abwägung in den Fällen selbst vorweggenommen, in denen die Menschenwürde betroffen ist. Deshalb ist von Verfassungswegen die Anwendung, ja bereits die Androhung von Folter sogar bei höchster Gefahr für das Leben eines Anderen oder des Staates ausgeschlossen. Diese rote Linie darf unter keinen Umständen überschritten werden.

Eckart Klein

Die Kroll-Oper, Platz der Republik

Kaum ein anderes Gebäude in Berlin spiegelt deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts so wider wie die Kroll-Oper am ehemaligen Königsplatz, dem heutigen Platz der Republik vor dem Reichstag. Berühmt sind nicht nur die „Reichstagsparodien“, die Hitler hier abhalten ließ, sondern vor allem auch die Auseinandersetzung um das „Ermächtigungsgesetz“ am 23. März 1933. In der Sitzung verabschiedeten sich die Parteien der Weimarer Republik von der politischen Bühne und überließen sie der nationalsozialistischen Diktatur.

Foto: Landesarchiv Berlin, Fotosammlung



Schmuckstück in Lübbenau: Der Kirchplatz.

Foto: Jürgen Hochmuth/zeitort.de

Historische Stadtkerne gerettet

Die schon von den Kirchen- und Bürgerrechtsgruppen in der DDR geforderte Sanierung geschichtsträchtiger Altbausubstanz ist heute weitgehend geschafft

1989 schien die Altbausubstanz in den brandenburgischen Städten für immer verloren. Die DDR-Machtelite hatte den Verfall der historischen Innenstädte aus ideologischen Gründen hingenommen. Schon in den 1980er Jahren wehrten sich dagegen Oppositionsgruppen. Der Wille zur Rettung historischer Stadtkerne gehörte zur Demokratiebewegung von 1989 und zur deutschen Einheit. Heute sind diese Stadtkerne weitgehend saniert. Dafür ist viel Geld geflossen. Großen Anteil an der erfolgreichen Umsetzung der Mittel in den Kommunen hat die „Arbeitsgemeinschaft Städte mit historischen Stadtkernen im Land Brandenburg“.

Wer vor 1989 gerade die kleineren Städte Brandenburgs erlebte, sah in großem Maßstab verfallene Altbausubstanz. Engagierte Bürger versuchten den Zerfall zu stoppen. Die DDR-Städtebaudeologie sah allerdings anderes vor. Sie zielte auf die Errichtung neuer Industriestandorte mit monumentalen Zentren und monotonen Wohnkörpern. Den Verfall der historischen Innenstädte nahm man billigend in Kauf. Nach den Kirchen- und Bürgerrechtsgruppen „erlernten“ dann die neuen Kommunalverwaltungen den Anspruch städtebaulichen Denkmalschutzes als tatsächliches Verfassungsge-

bot umzusetzen. Förderprogramme der EU, der Bundes- und Länderregierungen halfen dabei. Die heute geretteten und belebten historischen Stadtkerne gehören zu den besonders beeindruckenden Ausweisen des reichen kulturellen Erbes im Land Brandenburg.

Für den städtebaulichen Denkmalschutz stellte der Bund von 1991 bis 2006 etwa 1,58 Milliarden Euro zur Verfügung. Das Land Brandenburg investierte entsprechend rund 468 Millionen Euro. Dafür, dass die Umsetzung dieser Hilfen in den Kommunen erfolgreich funktioniert, arbeitet seit 1992 als anerkannt-



Am Beelitzer Kirchplatz: Restauriertes Haus, das früher Kantorei, Predigerhaus und Schule war.

Foto: Mathias Marx

tes Modell städtebaulichen Denkmalschutzes die Arbeitsgemeinschaft „Städte mit historischen Stadtkernen im Land Brandenburg“. Sie schlägt die Brücken zu den Bürgermeister, Bauamtsleitern, aber auch zur Universität und zu Museen, die dem Prozess der Städtesanierungen eine Bühne geben. Inzwischen ist die AG Kooperationspartner der Philosophischen Fakultät. Sie fördert und nutzt Heinz-Dieter Heimann, Professor für die Geschichte des Mittelalters an der Uni. 2009 beteiligt sich zudem Manfred Görtemaker, Professor für Neuere Geschichte. Hintergrund ihres gemeinsamen Engagements in der AG ist das Kulturland Brandenburg Themenjahr „Freiheit. Gleichheit. Brandenburg - Demokratie und Demokratiebewegungen“. Das wollen die beiden Wissenschaftler mit Kräften unterstützen. Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft

nehmen sie 20 Jahre Wiedervereinigung zum Anlass, die Bedeutung von Kirchen, Plätzen und Rathäusern in der Wendezeit und damit die Ergebnisse städtebaulichen Denkmalschutzes bis heute bewusst zu machen. Dazu entstehen, auch unter Beteiligung Studierender, historische Ausstellungen, Publikationen, Foren. Alles steht unter dem Focus „Wendepunkte – die Wiederentdeckung der historischen Stadtkerne“.

„Gerade die Mittelpunkte in den historischen Stadtkernen waren es“, betont Heimann, „die Zentren der Wende ausmachten“. Dafür fanden sich in den heute 31 AG-Städten von Angermünde bis Ziesar verschiedene Beispiele. So wurde in der Kirche St. Trinitatis in Neuruppin das Neue Forum gegründet, in Jüterbog versammelten sich die Menschen vor den Demonstrationen zum Friedensgebet in der in der Stadtmitte gelegenen Kirche. „Solche und weitere Standorte sind also lokale Stationen der Wende und zugleich Ausweise der dort seit den 1990er Jahren erfolgreichen Stadterneuerung. Sie sind Wendepunkte im doppelten Sinn“, sagt Heimann und unterstreicht noch einmal die Absicht, dies in Ausstellungen vor Ort und in studentischen Projekten veranschaulichen zu wollen.

Das Thema lässt ihn schon lange nicht mehr los, denn historische Stadtkerne sind für ihn Träger von Erinnerungen, der Städtebildungen des Mittelalters. Die Spannweite macht nach seiner Ansicht die Zusammenarbeit mit der AG wertvoll für die Lehre und Forschung, in Seminaren zur Diktaturenforschung, zu Formen der Vergangenheitsvergegenwärtigung, zur Sozialgeschichte städtischer Lebenswelten

oder Baukulturgeschichte. Die „Rückkehr der Stadt“ ins kulturelle Gedächtnis – ein Ergebnis der Wende – erfahren die Studierenden dabei nicht, und das ist ihm wichtig, als tourismuswirtschaftliches Konzept, sondern als beredtes Zeugnis konstruierter Geschichte. „Das Spannungsverhältnis der Lebenswelt ‚Stadt‘ bildet ein epochenübergreifendes Objekt für Historiker“, schwärmt der Uni Professor. Die von ihm vorgenommene thematische Orientierung stärkt darüber hinaus den Profilschwerpunkt „Regionalität und Identität in Europa“, einer der insgesamt vier innerhalb des Profilschwerpunkts „Kulturelle Begegnungsräume“ der Philosophischen Fakultät.

Wird Heimann nach dem gelungensten Beispiel historischer Stadtkernsanierung gefragt, nennt er Luckau, lieber noch als Ziesar. Hier sei Enormes geleistet worden. Luckau war zur Wende hochgradig gefährdet und ist heute in seinen Renaissance-Bauten wieder ein ganz außergewöhnliches Ensemble. „Es bleibt einem die Luft weg, wenn man auf dem Rathausplatz steht. Die Bischofsresidenz Burg Ziesar bietet wiederum andere einzigartige Ausweise historischer Stadtkernsanierung“, zeigt sich der umtriebige Forscher begeistert. „Man ist nie ganz fertig.“ Als vordringliche Aufgabe sieht der Landeskulturhistoriker es an, der rein touristischen „Ausbeutung“ der Städte vorzubeugen. „Das ist mir zu wenig“, so Heimann. „Es muss darum gehen, bei alten und jungen Bürgern ein Bewusstsein für den Eigenwert ihres baukulturellen Erbes zu schaffen.“ Gelingt das, schreibt sich darin auch ein Anspruch der Demokratiebewegung von 1989 kritisch fort.

pg

Der Alexanderplatz

Die friedliche Revolution im Herbst 1989 sorgte für die Entwicklung demokratischer Strukturen und ein vorher nicht gekanntes Maß an Freiheit und Selbstbestimmung. Entscheidende Triebfeder für den Umbruch waren öffentliche Proteste. Sie fanden in Berlin wie auch in Leipzig häufig in Kirchen statt. Als Höhepunkt der Bürgerbewegung in der DDR wird die Demonstration am 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz angesehen.

Foto: Berlin.de

Suche nach Orientierungen in einem Jahrhundert der Extreme

Angehende Geschichtslehrer lernen, Werte der Demokratie zu vermitteln

An der Professur für Didaktik der Geschichte des Historischen Instituts der Universität Potsdam erarbeiten etwa dreißig Studierende eine Lehrerhandreihe zum Themenfeld „Die moderne Welt und ihre Krisen. Demokratien und Diktaturen“. Grundlage ist ein Hauptseminar unter Anleitung von Prof. Dagmar Klose. Über die Motive, sich speziell diesem Thema zuzuwenden, sprach mit ihr Thomas Pösl.

Um mit Nietzsche zu fragen: „Welchen Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben“ verspricht ein solches Thema?

Klose: Gewiss hat kein anderes Jahrhundert der Moderne als das Zwanzigste die Zeitgenossen solch extremen Erschütterungen, Zwängen und Brüchen ausgesetzt. Zugleich sah dieses Jahrhundert aber auch große Hoffnungen. Wenn wir uns intensiver mit diesem Thema beschäftigen, Vergangenes mit didaktischen Mitteln revitalisieren, auch die Teilnehmerperspektive von damals einnehmen, können wir schon von den historischen Tatsachen erdrückt werden. Denken wir dabei nur an den Holocaust. Inso-

fern ist die Geschichte eine Last. Das Studium der Geschichte des 20. Jahrhunderts kann uns aber auch aktivieren, deren Warnpotential und Humanpotential für gegenwärtige Orientierungen fruchtbar zu machen. Eine wichtige Lehre kann dann bedeuten, den Wert von Demokra-

Auseinandersetzung nicht immer leicht: Teilweise sind die Themen sehr persönlich.





tien umso mehr zu schätzen. Aufklärung und Wertschätzung von Demokratie sind jedoch nur einige Aspekte, die das „Zeitalter der Extreme“, wie es der Historiker Hobsbawm nennt, als humanistische Botschaft vermittelt. Er erklärt ja auch, wann Demokratien stabil bleiben: dann, wenn das Land regierbar bleibt, die sozialen Unterschiede nicht zu groß werden, also der Konsens innerhalb der Gesellschaft nicht verloren geht. Ist dies nicht sichergestellt, wird der Demokratie leicht die Basis entzogen. Ich finde, dass diese Leitlinie, die Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlicher Teilhabe der Menschen in verschiedenen Epochen zu thematisieren, eine sehr lebensnahe inhaltliche Entscheidung im neuen Rahmenlehrplan für die Sekundarstufe II darstellt. Dies beginnt zu Recht mit der attischen Demokratie. Entscheidend jedoch ist, dass daraus eine Verantwortung erwächst. Demokratie ist kein ewiger Zustand. Das muss die Botschaft sein. Sie bedarf - das ist die Lehre der Weimarer Republik - der Demokraten. Und genau diese Brisanz verstehen die Studierenden auch.

In welchem Verhältnis steht die inhaltlich-didaktische Aufarbeitung derartig komplexer Geschichtsprozesse zu dem, was die Rahmenlehrpläne für die Schulen vorgeben?

Klose: Es gibt ein Modul Geschichtsdidaktik, das erfordert, dass ein lehrplanrelevanter Gegenstand didaktisch bearbeitet wird. Allerdings grenzt der Rahmenlehrplan das Thema ein auf die Weimarer Republik und den Nationalsozialismus. Wir dagegen nehmen eine europäische Perspektive ein, spannen den

Bogen vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg und beziehen auch die Flügelmächte ein. Ausgehend von der „Urkatastrophe Erster Weltkrieg“ und der damit verbundenen tiefen Sinnkrise in allen Bereichen der Gesellschaft hatten wir also zu fragen, wie die Staatenentwicklung danach erfolgte und welche Konsequenzen damit verbunden waren. Denn nur wenige Staaten haben ja den liberal-demokratischen Weg eingeschlagen oder beibehalten. Die meisten sind den autoritär-konservativen oder faschistischen Weg gegangen. Insofern ordnet sich das Demokratietheema ein als Pendant zu dieser sehr dunklen Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg.

Wie würden Sie die Herangehensweise, die Arbeitsweise und Spezifik dieses Seminarprojekts beschreiben?

Klose: Das Seminar ist von seiner Anlage her konstruktivistisch. Nach der Entwicklung einer groben Struktur erfolgt die Bearbeitung



Dagmar Klose ist
Professorin für Didaktik
der Geschichte an der
Uni Potsdam.

Foto: privat

der einzelnen Themenfelder in kleinen Gruppen von vier bis fünf Kommilitonen. Jede Gruppe legt fest, wie die Binnenstruktur des einzelnen Bausteins, etwa Nationalsozialismus oder Zweiter Weltkrieg, aussehen soll. Dieser Baustein wird dann erarbeitet und im Seminar diskutiert.

Nach umfangreicher Recherche werden nach und nach die Materialien erstellt, die in die Lehrerhandreichungen münden. Dazu gehören Erläuterungen zur Bedeutung des Themas, didaktisch-methodische Empfehlungen, Sachinformationen für Lehrer sowie Materialien und Aufgaben für Schüler. Auffällig ist, dass an irgendeinem Punkt ihrer Entwicklung die Studenten ihren eigenen Interessen nachgehen und relativ neue, teilweise sehr persönliche Themen finden.

Die Endredaktionsarbeit für die Lehrerhandreichungen hat bereits begonnen. Wo sehen Sie rückblickend die größten Schwierigkeiten oder Probleme im Umgang mit diesem Thema?

Klose: Die größte Herausforderung bestand sicherlich darin, dieses weite Themenfeld zu strukturieren, also die eigentliche gedankliche Basis, den Bildungswert, herauszukristallisieren. Die Studierenden haben viel spezifisches, im Studium erworbenes Wissen, das miteinander verbunden werden musste. Seit 2004 sind die Lehrerhandreichungen das Ergebnis meiner Hauptseminare. Sie bedeuten für die Studierenden einen großen Motivationsschub, denn sie sind dadurch Lernende und Lehrende zugleich. Sie zeigen auch, dass wir hervorragende Lehramtsstudenten haben, die weit über das übliche Maß hinaus darüber nachdenken, wie sie ihr im Studium erworbenes Wissen transformieren und an junge Menschen lebensnah weitergeben können. Sie fragen in erster Hinsicht nach dem Nutzen von Geschichte.

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Brandenburger Tor

Das Brandenburger Tor ist als eines von insgesamt 14 Stadttoren der preußischen Hauptstadt 1791 übergeben worden. Nach und nach erhielt es eine hohe politische Symbolik. Es wurde 1961 nach dem Bau der Mauer zum Sinnbild für die Teilung Deutschlands und der Welt. Fast 30 Jahre lang lag es im Niemandsland der deutsch-deutschen Grenze. Am 9. November 1989, dem Tag des Mauerfalls, erhielt es vor allem deshalb große symbolische Wirkung, weil jubelnde Menschen die Krone der Mauer besetzten. Am 22. Dezember 1989 wurde das Tor für Fußgänger wieder geöffnet.

Foto: BerlinPartner

Veranstaltungen zum Jahr der Demokratie

Kulturland Brandenburg 2009

„Freiheit. Gleichheit. Brandenburg – Demokratie und Demokratiebewegungen“

Nähere Informationen und vollständige Übersicht:
www.kulturland-brandenburg.de

Sonderausstellung

Einstein und das Ideal der Demokratie
9. Mai bis 27. September 2009
Aus Anlass des 20. Jahrestages der friedlichen Revolution von 1989/90 dokumentiert der Initiativkreis Albert-Einstein-Haus Caputh e.V. die Haltung des Physiknobelpreisträgers zur Demokratie. Im Mittelpunkt steht die Original-Tonaufnahme seines demokratischen Bekenntnisses vom September 1932, das in seinem Caputher Wohnhaus im Auftrag der Liga für Menschenrechte entstand.

Bürgerhaus Caputh, Straße der Einheit 3,
14548 Schwielowsee OT Caputh
www.sommeridyll-caputh.de

Vortragsveranstaltung

Kommunikation und Zivilcourage – Orte der „Roten Kapelle“ in Brandenburg
23. April 2009, 15.00 Uhr
Der Liebenberger Freundeskreis Libertas e.V. stellt am Beispiel der Aktivitäten der „Roten Kapelle“ und des ganz persönlichen Lebensumfeldes der Gruppenmitglieder die Beschäftigung mit dem Widerstand gegen das Nationalsozialistische Regime als ein immer währender Prozess der Annäherung an die Geschichte und an die Handlungsmöglichkeiten von Menschen dar.

Haus der Jugend, Schulstr. 9, 14482 Potsdam
www.kommunikation-zivilcourage.de

Wanderausstellung

Aktenkundig: „Jude!“. Nationalsozialistische Judenverfolgung in Brandenburg
20. Februar bis 13. April 2009
Während die Judenverfolgung in Berlin während der Zeit des Nationalsozialismus allgemein bekannt ist, rückt das Brandenburgische Landesarchiv in Kooperation mit dem Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte in der historisch-politischen Ausstellung Brandenburg in den Mittelpunkt und verdeutlicht damit, dass im NS-Staat die Entrechtung, Verfolgung und Deportation auch auf dem Lande mit bürokratischer Genauigkeit vorangetrieben wurde. Besonderes Anliegen ist es aber, das erfolgte Unrecht zu verbinden mit den Bemühungen, sich ab 1990 in Brandenburg der geschichtlichen Verantwortung zu stellen.

Kutschstall Am Neuen Markt 9, 14467 Potsdam
www.landeshauptarchiv-brandenburg.de
www.hbpg.de

Fotoausstellung

Mythos Osteuropa
29. März bis 26. April 2009
2004 hat der Fotograf Harald Hauswald als Wettbewerbsgewinner im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung fünf der osteuropäischen EU-Beitrittsländer besucht. Seine Fotografien aus Litauen, Polen, Rumänien, der Tschechischen Republik und Ungarn zeigen die Lebenswelt und Alltagskultur der dort lebenden Menschen.

BKV Potsdam e.V., Brandenburger Str. 5,
14467 Potsdam
www.brandenburgischerkunstverein.de

Veranstaltungsreihe

Bürger machen Politik – 200 Jahre Potsdamer Stadtverordnetenversammlung
Ab 12. März 2009, 19.00 Uhr
Es wird der Bogen geschlagen von der ersten Stadtverordnetenwahl 1809 bis zur ersten frei gewählten Stadtverordnetenversammlung nach der Wende und auf historische Traditionslinien kommunaler Demokratiebewegungen aufmerksam gemacht. Vorgesehen sind auch zwei Stadtführungen.

Unterschiedliche Veranstaltungsorte
www.fvpm.de

Altes Rathaus Potsdam: Der zweite Sitz der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert.

Foto: Kgl.-Preuß. Messanstalt ©Potsdam Museum





und außerdem...

Geschichtsforum 2009

28. bis 31. Mai 2009

Das Forum steht unter dem Motto „Aufbruch 89 – Europa zwischen Teilung und Aufbruch“. Im Mittelpunkt stehen Ursachen, Geschichte und Folgen des politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Umbruchs 1989. Von diesem Jahr ausgehend, erfolgt eine Konzentration auf drei Schwerpunkte: die Geschichte der kommunistischen Diktaturen in Deutschland und Ostmitteleuropa, die Parallel- und Beziehungsgeschichte des geteilten Deutschlands sowie die Entwicklungen in Deutschland und Europa seit 1989.

Austragungsorte: Humboldt-Universität zu Berlin,
Deutsches Historisches Museum Berlin,
Maxim Gorki Theater Berlin
www.geschichtsforum09.de



Buchtipps

Kampf für die Einheit

Keine politische Institution in der Bundesrepublik spiegelt in den Jahren der staatlichen Teilung das facettenreiche, von besonderer menschlicher Tragik, von Irrationalität und Widersprüchlichkeiten geprägte innerdeutsche Verhältnis so wider wie das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG). Dr. Stefan Creuzberger, Mitarbeiter an der Professur für Neuere Geschichte am Historischen Institut der Universität Potsdam, widmet ihm ein ganzes Buch. Unter dem Titel „Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949-1969“ zeichnet er anhand der Geschichte des Ministeriums die geradezu exemplarische und wechselvolle Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen nach. Das gilt etwa für die zahlreichen, auf Destabilisierung der DDR zielenden „Undercover-Aktivitäten“ des BMG, aber auch für dessen nach innen gerichteten kommunistischen Abwehrkampf. Das gesamtdeutsche Ministerium steht aber nicht nur stellvertretend für die Geschichte des Antikommunismus im Nachkriegsdeutschland. Es symbolisiert auch den politischen Wandel, der sich spätestens seit den ausgehenden 1960er Jahren in den Anfängen einer „Neuen Ostpolitik“ manifestiert. Gerade in diesem Zusammenhang war es das gesamtdeutsche Ressort, von dem wichtige Impulse ausgingen, die dann nach 1969 einen innerdeutschen Entspannungsprozess einleiteten. Creuzbergers Studie bietet tiefe Einblicke in die politische Alltagspraxis und die speziellen Mechanismen des Kalten Krieges und liefert Erklärungen für die sich wandelnden Mentalitäten und für die politische Kultur der frühen Bundesrepublik.

Stefan Creuzberger: Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949-1969 (= Schriften des Bundesarchivs, Bd. 69). Droste Verlag Düsseldorf 2008. ISBN 978-3-7700-1625-9

Orte der Demokratie in Berlin

Wer an das historische Berlin denkt, verbindet damit in erster Linie den preußischen Obrigkeitsstaat der

Hohenzollern und die nationalsozialistische Diktatur Hitlers. Der Beitrag Berlins zur Herausbildung von Parlamentarismus und Demokratie in Deutschland wird dagegen oft übersehen. Der Band „Orte der Demokratie in Berlin“ von Professor Manfred Görtemaker, Mitarbeiter des Historischen Instituts, wirkt dem entgegen und schildert die Entwicklung demokratischer Bewegungen und Institutionen von der Aufklärung des 18. Jahrhunderts bis zur „Berliner Republik“ der Gegenwart anhand von Gebäuden, Straßen und Plätzen. Der Band ist Stadtführer und Nachschlagewerk zugleich – ein Ratgeber bei der Erkundung der historisch-politischen Geographie der alten und neuen deutschen Hauptstadt, die nicht nur von den Schattenseiten der deutschen Geschichte geprägt wurde, sondern auch dazu verhalf, der Demokratie in Deutschland den Weg zu bahnen.

Manfred Görtemaker in Zusammenarbeit mit Michael Bienert und Marko Leps: Orte der Demokratie in Berlin. Ein historisch-politischer Wegweiser. Schriftenreihe Band 461. Berlin: Bundeszentrale für Politische Bildung, 2004. be.bra verlag GmbH Berlin. ISBN 3-89331-573-X

Weg der Demokratie

Der historisch-politische Stadtplan „Weg der Demokratie“ dient dazu, anhand von 20 Stationen – davon 13 im Bereich des historischen Zentrums von Berlin – chronologisch die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland zu verdeutlichen. Die Stationen sind jeweils gekennzeichnet. Eine durchgehende Verbindungslinie zwischen den Stationen markiert die empfohlene Wegstrecke. Auf sieben Orte, die außerhalb des Plans liegen, wird auf der Vorderseite lediglich durch Fotos hingewiesen. Auf der Rückseite des Planes finden sich dazu ergänzende Erläuterungen. Der Plan basiert auf dem Buch „Orte der Demokratie in Berlin – Ein historisch-politischer Wegweiser“.

Weg der Demokratie. Berlin – Ein historisch-politischer Stadtplan. Berlin: Landeszentrale für politische Bildungsarbeit 2007. be.bra verlag GmbH Berlin



Damit Fälscher keine Chance haben

Fraunhofer-Innovationscluster entwickelt Technologien und Materialien zum besseren Nachweis von Identität

Im November vergangenen Jahres ist der Fraunhofer-Innovationscluster „Sichere Identität Berlin-Brandenburg“ eröffnet worden. Es ist ein Zusammenschluss von fünf Fraunhofer-Instituten, fünf Hochschulen und gegenwärtig insgesamt zwölf Wirtschaftsunternehmen der Region Berlin-Brandenburg. Im Mittelpunkt des Projekts steht die Entwicklung von Technologien, Materialien und Prozessen, die den Nachweis unverfälschter Identität bei Produkten, Objekten und geistigem Eigentum in der realen und virtuellen Welt sicher stellen. Unter den beteiligten Partnern befindet sich auch die Universität Potsdam. Nachwuchswissenschaftler um die Professoren Reimund Gerhard, Institut für Physik und Astronomie, und Hans-Gerd Löhmansröben, Institut für Chemie und Zentrum für Innovationskompetenz innoFSPEC Potsdam, sind involviert.

Die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in dem im November 2008 gegründeten Fraunhofer-Innovationscluster „Sichere Identität Berlin-Brandenburg“ decken die gesamte Wertschöpfungskette „Identität“ ab – von der Entwicklung innovativer Materialien für ID-Karten über neue Bildverarbeitungsverfahren und Analysemethoden bis hin zum Aufbau übergreifender Prozessketten und nutzerzentrierter Verfahren des Identitätsmanagements und des Schutzes der Privatsphäre. Mit dabei sind insgesamt 22 beteiligte Einrichtungen. Auch Nachwuchsforscher der Universität Potsdam und des Fraunhofer-Instituts für Angewandte Polymerforschung in Golm haben sich in die Forschung eingeklinkt und bieten ein schönes Beispiel dessen, was Uni-Strategie ist: Die Absicht der Hochschule, mit den außeruniversitären Einrichtungen der Region einen echten Forschungsverbund zu bilden.

Thematisch geht es zum einen um die Wechselwirkung organischer Moleküle und kleinster Partikel, so genannter Nanopartikel, mit Laserstrahlung. So können funktionalisierte Nanopartikel als laser-basierte optische Sicherheitselemente realisiert werden. Ganz von vorn fangen die Wissenschaftler freilich nicht an, wenn sie sich diesen Problemen nähern. Während sich die Arbeitsgruppe von Chemie-Professor

Hans-Gerd Löhmansröben seit vier Jahren mit Nanopartikeln beschäftigt, bearbeitet sie laser-spektroskopische Methoden sogar schon seit sieben Jahren. Nicht ohne Erfolg. Gerade läuft ein Patentverfahren zum Nachweis des hochexplosiven Sprengstoffs TATP. Löhmansröben und seinen Mitarbeitern ist es gelungen, eine Methode zu finden, ihn eindeutig identifizieren und empfindlich detektieren zu können.

Auch Physik-Professor Reimund Gerhard bestätigt, dass es zur Lösung der jetzt übernommenen Aufgaben bereits Vorlauf gibt. Polymerbasierte Materialien stehen auch bei ihm seit längerem im Zentrum des Interesses. „Wir erfinden da nicht eine neue Technologie, sondern entwickeln die Ansätze weiter, die wir in der Forschung bereits haben“, sagt er. Sein Team will für eine spätere Anwendung in Sicherheitstechniken organische Elektronik, also Mikroelektronik nicht wie üblich auf Siliziumbasis, sondern auf Polymerbasis, umfassend nutzbar machen. Dazu sucht es Polymere für Sensor- und Aktorfunktionen, die mit organischer Elektronik kombiniert werden können, das heißt synthetische Materialien mit ganz speziellen elektromechanischen, elektrooptischen, ladungsspeichernden und anderen Eigenschaften. Hintergrund für all die Mühe ist, dass zum Beispiel auf einer Chipkarte auch solche Sicherheitsmerkmale eingebaut wer-

den können, von denen man heute nur träumt. Denn möglich ist nicht nur das Speichern von Informationen, sondern auch die Detektion und Verarbeitung von externen Signalen. Die Potsdamer „basteln“ an beidem.

So stellen Wissenschaftler im Physik-Labor der Uni unter anderem Schichtstrukturen aus einem ferroelektrischen und einem leitenden Polymer her. Mit diesen Strukturen soll später der Bau von Feldeffekt-Transistoren mit speziellen Funktionen erfolgen. Das sind Schalter, bei denen Strom durch eine Spannung geschaltet wird. Die in Potsdam dabei angestrebte Variante des Bauelements ist nicht nur wegen der Verwendung organischer Stoffe, sondern auch wegen der Integration zusätzlicher Funktionen etwas Besonderes. „Wir versprechen uns davon, dass dünne, flexible und robuste Komponenten für die Verwendung in neuartigen Anwendungen zur Verfügung stehen werden“, so Gerhard.

pg

*Erfordert Fingerspitzengefühl:
René Kalbitz bereitet eine Messung am
dielektrischen Spektrometer vor.*

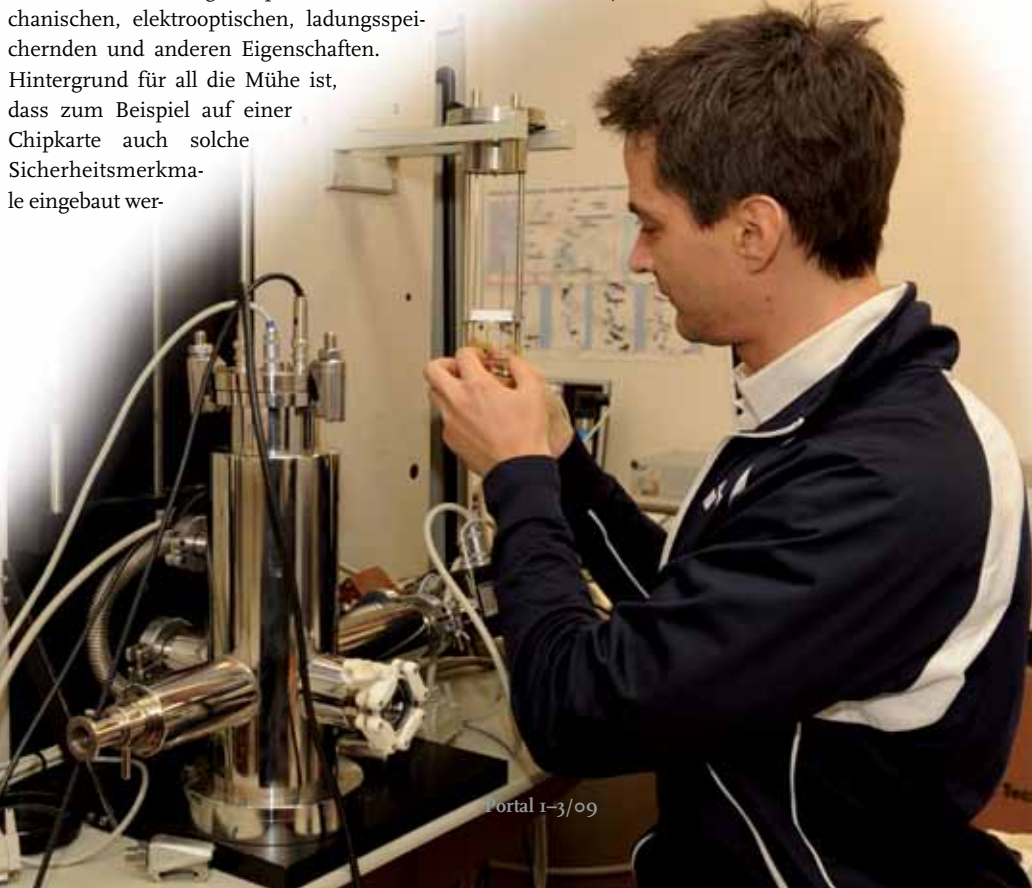




Foto: Liane/Pixelio

mandos, dem Verlust vieler Unterlagen nach 1989 und dem Verbot privater Aufzeichnungen, mithin dem Fehlen von Nachlässen, ist es schon bemerkenswert, was Rogg ans Tageslicht befördert. Bedenkt man zudem die Färbung vorhandenen Materials im Hinblick auf Interessenlagen und Verantwortlichkeit ihrer Verfasser im DDR-System, ist der Umstand, dass es Rogg gelingt, ein lebendiges Bild der Armee und ihrer Protagonisten zu zeichnen, ein hoher Verdienst. Selbst Berufsoffizier, heute Redenschreiber des Bundesverteidigungsministers und Mitglied des Planungsstabes, kann Rogg für die Studie auf Ergebnisse seiner langjährigen Arbeit am Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr (MGFA) zurückgreifen. Das Potsdamer Institut, mit dem die Philosophische Fakultät kooperiert, untersucht seit Jahren in einem Leuchtturmprojekt für Militärgeschichte die Armeen der Warschauer Pakt-Staaten und betreibt Grundlagenforschung zur Rolle der NVA.

Die Lebenswelt von Wehrdienstleistenden und Berufssoldaten innerhalb der Kasernen sei bedrückend gewesen, so Rogg. Eine restriktive Präsenzpflcht und rigide Urlaubsregelungen hätten die jungen Männer ihrem sozialen Umfeld, ihren Familien, Freunden und Partnern entfremdet. Hinzu kam eine strenge Geheimhaltungspflicht sowie unverhältnismäßig lange Dienstzeiten, teilweise erbärmliche Wohnbedingungen, eine omnipräsente politische Überwachung, ein absolutes Alkoholverbot und die ländliche Abgeschiedenheit vieler Armeestützpunkte. Gewalt unter Soldaten war an der Tagesordnung. Dem gegenüber standen die Berufskader, deren Lebenswelt und Selbstwahrnehmung eine gänzlich andere war.

Der größte Teil der DDR-Gesellschaft entwickelte offenbar keine grundsätzliche Ablehnung gegen das Militär, urteilt Rogg. Der persönliche Beitrag für die Landesverteidigung wurde allerdings mehr toleriert als akzeptiert und blieb im Nachklang überwiegend kritisch in Erinnerung. Diese emotionale Distanz war jedoch nur schwer mit dem Anspruch der SED von der NVA als „Armee des Volkes“ in Einklang zu bringen. Rogg: „Die DDR-Gesellschaft war nicht grundlegend gegen ‚das‘ Militär, aber sie war gegen ‚dieses‘ Militär.“

Marcel Kirf

Die Studie ist erschienen im Ch. Links Verlag: Rogg, Matthias: Armee des Volkes? Militär und Gesellschaft in der DDR, hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt Potsdam (= Militärgeschichte der DDR, Band 15), Berlin 2008, ISBN 978-3-86153-478-5.

Armee des Volkes?

Vom Verhältnis zwischen Militär und Gesellschaft in der DDR

War die Nationale Volksarmee (NVA) eine „Armee des Volkes“? Konnten die DDR-Militärs ihrem Selbstanspruch genügen, der eine Interessenidentität von Militär, Staat, Gesellschaft und Individuum vorsah? Wie war es um die äußere Akzeptanz und das innere Gefüge der ostdeutschen Streitkräfte wirklich bestellt? Dr. Matthias Rogg hat in seiner Habilitationsschrift am Historischen Institut das Verhältnis von Militär und Gesellschaft in der DDR untersucht.

Die Frage nach der „Armee des Volkes“ beantwortet der Historiker mit „einem großen Nein und einem kleinen Ja“. Beliebt war die NVA letztlich nur, wenn sie außerhalb ihres eigentlichen Kernauftrages agierte, zum Beispiel bei der Katastrophenhilfe, militärfolkloristischen Paraden oder der Förderung des Leistungssports. Die Differenzen in der Bewertung hingen entscheidend von der Sozialisation, der individuellen Erfahrung in oder mit der Armee und nicht zuletzt der Stellung des Einzelnen im und zum SED-Staat ab. Nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im Jahr des Mauerbaus kam nahezu jeder männliche DDR-Bürger in die Mühlen der NVA, die vom sozialistischen Regime dezidiert nicht nur als „Machtmittel zum Erhalt der äußeren Souveränität“, sondern auch als „größte Sozialisationsmaschine der DDR“ gesehen wurde. Das Militärische wurde überla-

gert vom Parteauftrag: Politische Erziehung mit Mitteln der Indoktrination und Subordination, die Entwicklung einer „sozialistischen Soldatenpersönlichkeit“ als gesellschaftliches Leitbild und die Mobilisierung der Bevölkerung durch militärpolitische Öffentlichkeitsarbeit und sozialistische Wehrerziehung. Letzteres geschah durchaus camouflagiert. So erfreute sich die „Gesellschaft für Sport und Technik“ regen Zulaufs unter Jugendlichen nicht wegen ihrer paramilitärischen Ausbildungsanteile, sondern aufgrund attraktiver Freizeitangebote.

Roggs umfangreiche Studie fasst aber nicht nur erstmals das Verhältnis von Militär und Gesellschaft für den langen Zeitraum 1960-1989 zusammen, sondern untersucht zudem zum ersten Mal differenziert innere Strukturen, Realitäten, Interaktionen, Rezeptionen und Projektionen des DDR-Militärs. Dem Historiker ist dabei besonders wichtig, keine Ex-Post-Darstellung vorzunehmen, sondern auch kontroverse Schlussfolgerungen durch akribisch zusammengetragene Fakten mit kritischer Quellenanalyse zu belegen. Zeitzeugen-Gespräche fanden kaum Eingang in die wissenschaftliche Bewertung, verriet der Autor: „Aber das Bild, das da gezeichnet wurde, war weit kritischer und desaströser.“

Hervorzuheben ist die sorgfältige Erschließung und Bewertung neuer Akten. Eingedenk der dünnen Quellenlage in den Wehrkreiskom-

Gesund oder krank – Eine Frage der Logistik

Dissertation klärt wichtigen Transportprozess in Zellen auf



Im Auge des Betrachters: Für die meisten Menschen sind Schmeißfliegen nur lästig, für Wissenschaftler hingegen nützlich.

Foto: Lennart Fechner

In lebenden Organismen sind Transportprozesse auf zellulärer Ebene Voraussetzung für verschiedenste biochemische Abläufe. Dr. Martin Voss hat in seiner Dissertation im Institut für Biologie und Biochemie wesentlich dazu beigetragen, aufzuklären, wie ein wichtiges Transportmolekül in Zellen an und wieder abgeschaltet wird. Auf dem diesjährigen Neujahrsempfang der Universität zeichnete ihn die Universitätsgesellschaft Potsdam e.V. für die beste Dissertation des Jahres 2007/08 mit dem von ihr gestifteten Preis aus.

Logistik ist nicht nur für ein Wirtschaftsunternehmen wichtig. Auch in Lebewesen sorgt sie dafür, dass alles richtig funktioniert und entscheidet somit auch über Krankheit oder Gesundheit. Ein wichtiges Transportprotein, das bei Pflanzen und Tieren bis hin zum Menschen in fast allen Zellen vorkommt, ist die so genannte V-ATPase. Wie dieser zelluläre Transporter an und abgeschaltet wird, hat Dr. Martin Voss in seiner Dissertation herausgefunden.

Betreut wurde seine Arbeit von Prof. Dr. Otto Baumann vom Institut für Biochemie und Biologie.

„Es sind einige Krankheiten bekannt, die auf eine Fehlfunktion der V-ATPase zurückzuführen sind“, weiß Martin Voss. So ist beispielsweise die Marmorknochenkrankheit durch eine Störung des Knochenstoffwechsels gekennzeichnet. Betroffene erleiden häufig Brüche, die nur schwer verheilen. Ein weiteres Beispiel für die Folgen eines Defekts des molekularen Transporters ist die Renal-tubuläre Azidose, eine Fehlfunktion der Niere.

Die V-ATPase sorgt dafür, dass die verschiedensten Stoffe innerhalb der Zellen transportiert oder in eine Zelle hinein beziehungsweise aus ihr heraus befördert werden können. Dabei transportiert sie die vielen verschiedenen „Güter“ nicht direkt. Vielmehr erzeugt das Protein einen Ladungsgradienten. „Dies geschieht, indem es Protonen, also positiv geladene Wasserstoffionen über Membranen transportiert“,

erläutert Voss. „Durch den entstehenden elektrochemischen Protonengradienten kann die Zelle den Transport zahlreicher Stoffe über die Membranen antreiben.“

Die V-ATPase besteht aus zwei Komplexen. Einer davon ist in der Membran fest verankert. Der andere Teil liegt im Zytosol, der Flüssigkeit, die die Zellen ausfüllt. Wenn sich von diesem Teil die so genannte C-Untereinheit ablöst, trennen sich die Komplexe voneinander und das Molekül verliert seine Transportfunktion – es wird inaktiv. Kehrt sich dieser Prozess um, ist die V-ATPase wieder aktiv. Wie nun dieses An- und Ausschalten reguliert wird, hat Martin Voss in seiner Doktorarbeit herausgefunden.

Seine Untersuchungen hat er an den Speicheldrüsen von *Calliphora vicina* vorgenommen, besser bekannt als Schmeißfliege, da sich hier die Prozesse besonders gut steuern und untersuchen lassen. Das Startsignal für die Zusammenlagerung beider Molekülkomplexe ist in diesem Fall das Hormon Serotonin. Es aktiviert innerhalb der Speicheldrüsenzellen ein Enzym, das Phosphat an die in der Zellflüssigkeit schwimmende Untereinheit C anhängt. Diese wandert daraufhin zur Zellmembran und verbindet die beiden getrennten Komplexe der V-ATPase wieder miteinander. Auch den umgekehrten Weg konnte Martin Voss identifizieren: Als Gegenspieler wirkt demnach ein weiteres Enzym, das das angehängte Phosphat wieder entfernt. Daraufhin löst sich die Untereinheit C wieder ab und die V-ATPase zerfällt in ihre inaktive Form.

Auf Basis der Forschungsergebnisse von Martin Voss untersuchen nun bereits verschiedene internationale Arbeitsgruppen die Regulation der V-ATPase in Säugetierzellen. „Die Grundlagenforschung an der Fliege liefert somit auch einen Beitrag zur Aufklärung und einer möglichen Therapie von menschlichen Krankheiten, die mit der V-ATPase assoziiert sind“, betont der Biochemiker. **bm**



Herr der Fliegen: Martin Voss erforschte an Fliegen einen biochemischen Prozess, der auch für die menschliche Gesundheit von Bedeutung ist.

Foto: privat

Rempeln, Grätschen, Trikotzupfen

Ein Trainingsprogramm beschäftigt sich mit dem Entscheidungsverhalten von Schiedsrichtern

Die Entscheidungsfähigkeit von Schiedsrichtern steht im Mittelpunkt eines Trainingsprogramms, das in den letzten zwei Jahren an der Professur für Sportpsychologie des Instituts für Sportwissenschaft der Universität Potsdam entwickelt wurde. Gefördert vom Deutschen Fußballbund (DFB) und vom Bundesinstitut für Sportwissenschaft, will es helfen, die Unparteiischen von ihrem Entscheidungsdruck zu befreien.

Allwöchentlich wiederholt sich auf deutschen Fußballplätzen folgendes Szenarium: Die Nachspielzeit läuft. Beide Trainer sind plötzlich wütend aufgesprungen. War das Foul vor oder schon auf beziehungsweise hinter der Strafraumgrenze? War es überhaupt Foul oder regelkonformes Tackling? Oder gar eine Schwalbe? Der Blick des Linienassistenten signalisiert alles andere als Klarheit. Elfmeter oder doch nicht? Einfach weiterspielen lassen?

In einem solchen Moment scheint sich für den Schiedsrichter die Zeit extrem zu verdichten. In Sekundenschnelle muss er reagieren. Sein Pfiff entscheidet nicht selten über Sieg oder Niederlage. „Wir trainieren mit unserem Programm das so genannte automatische Entscheiden, wie wir es beispielsweise aus dem Straßenverkehr kennen. Dort entscheiden wir in heiklen Situationen meist reflexartig, eben ohne abwägende Reflexion“, so der Diplom-Psychologe Geoffrey Schweizer, der gemeinsam mit Prof. Dr. Ralf Brand sowie dem Leipziger Sozialpsychologen Prof. Henning Plessner an dem Programm arbeitet. Ziel ist es, das Selbstvertrauen von Schiedsrichtern in schwie-

rigen Entscheidungssituationen zu optimieren und damit die Entscheidungskompetenz selbst zu verbessern.

Das Schiedsrichter-Entscheidungs-Training (SET) ist eine videobasierte Onlineplattform für angehende oder bereits praktizierende Referees. Die können per Mausclick Spielszenen verschiedener Kategorien auswählen, die sie in kürzester Zeit beurteilen sollen. Auch der Schwierigkeitsgrad dieser Szenen ist unterschiedlich. Entscheidend ist: Jeder „Proband“ bekommt ein Feedback und wird individuell eingeschätzt. „Unsere Grundannahme ist, dass sich die Qualität der Entscheidungen substanziell verbessert, wenn man Entscheidungen sehr schnell zu treffen hat und dann eine Rückmeldung bekommt, welche richtig oder falsch war. Die bisherigen Ergebnisse zeigen, dass tatsächlich schon dieses minimale Feedback zu signifikanten Leistungsverbesserungen führt. Zudem können wir Aussagen darüber treffen, wo welcher Schiedsrichter Probleme hat. Mancher ist beim Rempeln weniger souverän als beim Grätschen.“

Sportpsychologisch gesehen ist der Schiedsrichter von nicht geringem Interesse. Die Auswirkungen beispielsweise des Stadionlärms auf sein Agieren oder der Einfluss seines Vorwissens über bestimmte Spieler bei seinen Entscheidungen sind genauso interessant wie der so genannte Konzessionselfmeter. „Unser Projekt tangiert derartige Fragen, da es an der Schnittstelle zwischen Forschung und Praxis liegt. Wir bringen quasi

eine sport- und lernpsychologische Expertise.“ Absolviert wurden - das Projekt endete im Dezember - zwei größere Probetrainings, einmal mit achtzig Schiedsrichtern aus dem Raum Brandenburg und ein anderes Mal mit vierzig Schiedsrichtern aus dem Talentförderkader des DFB. Dort wird im April auch der bisherige Arbeitsstand präsentiert. „Wir wissen noch nicht genau, wie es dann weitergeht. Bislang lag unser Fokus ja ausschließlich auf Foul/Nichtfoul-Spielsituationen. Ob es beispielsweise einen Transfer der Lerneffekte aufs Spielfeld gibt, ist gegenwärtig noch nicht ersichtlich.“ Dass jedoch weiteres Handeln vonnöten ist, liegt auf der Hand. „Denn für einen Schiedsrichter dauert es relativ lange, bis er an die Spitze, also in die oberen Ligen gelangt. Und dort darf er dann auch nur begrenzt lange bleiben. Erklärtes Ziel ist es deshalb, die Schiedsrichter schneller auf Spitzenniveau zu bringen.“ Mit dem SET könnte der dazu erforderliche Expertiseerwerb sicherlich beschleunigt werden.

Brand und sein Team haben jedoch schon jetzt Grund zur Freude. Es gibt einen Anschlussforschungsauftrag des Bundesinstituts für Sportwissenschaft. Außerdem hielt das Potsdamer Schiedsrichtertrainingsprogramm nun Einzug in die 1. Basketball-Bundesliga. Die Wissenschaftler sind also direkt in der Praxis angekommen. *tp*



*Entscheidungstraining
für Schiedsrichter:
Optimierung des Selbstvertrauens
in schwierigen Spielsituationen.*

Foto: Milos Stojanovic

Neu bewilligt

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft fördert folgende Wissenschaftler und Projekte:

Dr. Eva Nora Müller aus dem Institut für Geoökologie erhielt für die Emmy-Noether-Nachwuchsgruppe- (ECOHYD) "Ecohydrological process studies and model development to evaluate the impact of land-use change and vegetation dynamics on the hydrological cycle and the biogeochemical cycling" rund 509.000 Euro.

Prof. Dr. Torsten Schaub aus dem Institut für Informatik erhielt für das Projekt „Entwicklung hocheffizienter sequentieller und paralleler Systeme zum modellbasierten Problemlösen mittels Antwortmengenprogrammierung“ rund 252.000 Euro.

Dr. Edward Sobel aus dem Institut für Geowissenschaften erhielt für das Projekt "Has late Cenozoic climate change lead to enhanced erosion in the Kyrgyz and Chinese Tien Shan?" rund 214.000 Euro.

Dr. Daniel Melnick aus dem Institut für Geowissenschaften erhielt für das Projekt „The seismic cycle in subduction zones: quantification of deformation rates and strain partitioning in the 1960 Chile earthquake segment“ rund 206.000 Euro.

Prof. Dr. Markus Fischer aus dem Institut für Biochemie und Biologie erhielt für das Projekt „Central data, maps and mapping materials for the Exploratories for large-scale and long-term functional biodiversity research“ im Schwerpunktprogramm 1374 "Bereich Infrastruktur - Biodiversitäts-Exploratorien" rund 200.800 Euro.

Prof. Dr. Andreas Martin Köstler aus dem Institut für Künste und Medien und **Prof. Dr. Peter-Michael Hahn** aus dem Historischen Institut erhielten für das Projekt „Im Spiegel der Zeit - Prunkuhren und Zeitverständnis am brandenburgisch-preussischen Hof des 18. Jahrhunderts“ rund 141.000 Euro.

Prof. Dr. Peter-Michael Hahn aus dem Historischen Institut erhielt für das Projekt „Zeremoniell und höfisches Zeichensystem. Johann von Besser (1654-1729) und die Ausgestaltung des höfischen Zeremoniells in Brandenburg-Preußen“ rund 137.000 Euro.

Prof. Dr. Birgit Elsner aus dem Institut für Psychologie erhielt für das Projekt "Electrophysiological

correlates for the understanding of agency an goal-directed action throughout development" rund 67.000 Euro.

Prof. Dr. Frank Spahn aus dem Institut für Physik und Astronomie erhielt für das Projekt "Enceladus Icy Plume - The E-Ring Cradle" rund 58.000 Euro.

Prof. Dr. Barbara Höhle und **Dr. Elisabeth Walch**, beide aus dem Institut für Linguistik/Allgemeine Sprachwissenschaft, erhielten für das Projekt „Sprachverarbeitung Frühgeborener während des ersten Lebensjahres und weitere lexikalische und kognitive Entwicklung im Vorschul- und Schulalter“ rund 52.000 Euro.

Prof. Dr. Hans-Georg Petersen aus der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät erhielt für die Absicherung des Gastaufenthaltes des georgischen Kooperationspartners Prof. Dr. Simon Gelaschwili rund 7.000 Euro.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert folgende Wissenschaftler und Projekte:

Prof. Dr. Wilfried Schubarth aus dem Institut für Erziehungswissenschaft erhielt für das Projekt „Evidenzbasierte Professionalisierung der Praxisphasen in außeruniversitären Lernorten – Forschung zu Praxiskonzepten unterschiedlicher Fachdisziplinen und deren berufsorientierende Wirksamkeit (ProPrax)“ rund 280.000 Euro.

Prof. Dr. Bernd Müller-Röber aus dem Institut für Biochemie und Biologie erhielt für das Projekt „UniPEP Services“ (Phase 1) im Programm „FoRMAT“ rund 83.000 Euro.

Dr. des. Ulrich Richtmeyer aus dem Institut für Künste und Medien erhielt mit finanzieller Beteiligung der Uni Bremen (Haus der Wissenschaft) für die öffentliche Tagung und Ausstellung zur Differenz optisch und mathematisch generierter Bilder in den aktuellen Technologien der biometrischen Gesichtserkennung 10.000 Euro.

Vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie erhielt **Prof. Dr. Guido Reger**, aus der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät ein EXIST-Gründerstipendium für das Projekt „Kombinationsfalle Bienenschädlinge“ in Höhe

von rund 104.000 Euro (zu 75 Prozent aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds).

Vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg erhielt **Prof. Dr. Ralf Brand** aus dem Institut für Sportwissenschaft für das Projekt „Evaluation der Systemumstellung Begabtenförderung Sport im Land Brandenburg“ 11.000 Euro.

Von der Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH erhielt **Franka Bierwagen** vom Koordinationsbüro für Chancengleichheit, mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert, für die „Brandenburger Initiative Schule Hochschule auf dem Weg zur Naturwissenschaft und Technik (Nord-Ost und Süd-West)“ rund 52.000 Euro.

Von der Stiftung für Pathobiochemie und Molekulare Diagnostik erhielt **Dr. Bettina Scholtka** aus dem Institut für Ernährungswissenschaft für „Entwicklung eines Verfahrens zur Anreicherung mutierter DANN aus Fäzes im Rahmen der Entwicklung eines nicht invasiven Tests zur Früherkennung von Dickdarmkrebs“ 139.000 Euro.

Von der Stiftung Dialog der Generationen erhielt **Prof. Dr. Wolfgang Lauterbach** aus dem Profilbereich Bildungswissenschaften für die Durchführung der Studie „Vermögen in Deutschland“ 75.000 Euro.

Die Europäische Union fördert folgende Wissenschaftler und Projekte:

Prof. Dr. Jens Eisert aus dem Institut für Physik und Astronomie erhielt innerhalb des 7. Rahmenprogramms für das Projekt "MINOS - Micro- and Nano-Optomechanical Systems for ICT and QIPC" rund 409.000 Euro. Außerdem erhielt er für das Projekt "COMPAS - Computing with mesoscopic photonic and atomic states" 112.000 Euro.

Prof. Dr. Günther Lottes und **Dr. Iwan-Michelangelo D'Aprile**, beide aus dem Historischen Institut, erhielten für das Projekt "Creating Links and Innovative Overviews for a New History Research Agenda for the Citizens of a Growing Europe (Cliohres.net)" rund 16.000 Euro.

Weitere bewilligte Projekte:

www.uni-potsdam.de/portal/janog/wiss_forsch

Antrittsvorlesungen



Fotos: Fotolia/Marion Wear; privat (3);
HPI/Herschelmann

Mitte November 2008 hielt **Otto Baumann**, außerplanmäßiger Professor an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, seine Antrittsvorlesung. Er sprach zum Thema „Die vakuoläre Protonenpumpe - Funktion und Regulation eines molekularen Motors“. Bei einer Vielzahl von biologischen Vorgängen spielt die Ansäuerung des Milieus um eine Zelle eine wichtige Rolle, so beim Knochenwachstum, bei der Spermienreifung oder der Abwehr von Krankheitserregern im Blut. Diese Ansäuerung erfolgt durch spezielle Transportsysteme, die sich in der Zellmembran befinden und unter Energieverbrauch Protonen aus der Zelle befördern. Am Beispiel der sogenannten vakuolären Protonenpumpe untersuchte Otto Baumann die Funktionsweise derartiger Transportsysteme. Unter anderem kann damit geklärt werden, wie die Zelle den Protonentransport an- und abschaltet und so an die Bedürfnisse des Organismus anpasst.



lösungsorientierten und eher technisch geprägten Modellen hin zu solchen, die immer abstrakter und eher an den Problemen beziehungsweise Anwendungsbereichen orientiert sind. Diese ermöglichen es, die Komplexität heutiger Systeme besser zu beherrschen. Der Einsatz führt in einigen Anwendungsbereichen heute schon zu bedeutend höherer Produktivität und Qualität sowie geringeren Entwicklungszeiten. Andererseits hat sich aber auch in anderen Anwendungsgebieten gezeigt, dass die ständige Anpassung der Software an sich ändernde Anforderungen oder Organisationsstrukturen dazu führt, dass in frühen Entwicklungsphasen entstandene Modelle in der Praxis oft sehr schnell nicht mehr mit der Software übereinstimmen. Holger Giese erläuterte diese Entwicklung und ging der Frage nach, was dies für die Zukunft der Modellierung bedeutet, mit welchen aktuellen Ansätzen man diesem Problem zu begegnen versucht und welche zukünftigen Entwicklungen für die Modellierung zu erwarten sind.

Mitte Januar 2009 referierte **Zoya Ignatova**, Professorin für Biochemie, in ihrer Antrittsvorlesung über „Faltet-missfaltet-krank oder der kurze Weg zu Amyloidplaquen“. Wie sich eine Proteinkette nach ihrer Entstehung in der Zelle zu einem perfekt gefalteten, aktiven Eiweißmolekül anordnet, wird durch die einzigartige Reihenfolge und die Eigenschaften der Proteinbausteine, der Aminosäuren, bestimmt. Dieser Prozess wird von physikalischen Kräften angetrieben und ist über einen langen Evolutionsprozess optimiert worden. Muta-



tionen, Stress und Alterungsprozesse sind oft die Ursache, dass die Faltung fehlerhaft verläuft und die Proteine als unlösliche, nicht mehr funktionsfähige Verklumpungen abgelagert werden. Diese Beeinträchtigung der Proteinstruktur ist das Kennzeichen vieler Erkrankungen, wie Alzheimer, Huntington, Parkinson, die vorwiegend im hohen Alter auftreten.



Simone Sommer hielt Mitte November vergangenen Jahres ihre Antrittsvorlesung zum Thema „Gene, Sex und Gesundheit: die Bedeutung von Immungenen bei der Partnerwahl und Parasitenresistenz“. Die

Wissenschaftlerin bekleidet eine außerplanmäßige Professur für Evolutionäre Ökologie am Institut für Biochemie und Biologie und leitet die Forschungsgruppe Evolutionäre Genetik am Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung in Berlin. Die Gene des Immunkomplexes (MHC, Haupthistokompatibilitätskomplex) sind ein Paradigma für Evolution und ein exzellentes System, um vielfältige Aspekte der Evolutionsbiologie und Ökologie zu überprüfen. Neben Aufgaben in der Resistenz gegen Krankheitserreger und Parasiten werden Genprodukten des MHCs auch Funktionen in der Kommunikation und Verwandtschaftserkennung, Partnerwahl und damit Inzuchtvermeidung zugeschrieben. Durch vergleichende Untersuchungen an wildlebenden Säugetierpopulationen, vorwiegend an Lemuren (Affenart), Nagern, Beuteltieren, Fledermäusen und Raubtieren, untersuchen die Wissenschaftler um Simone Sommer die Bedeutung von Immungenen bei der Partnerwahl und Parasitenresistenz.

be



Zum Thema „Quo vadis, Modellierung?“ sprach **Holger Giese**, Professor für Systemanalyse und Modellierung, Mitte Dezember 2008 in seiner Antrittsvorlesung. Es handelt sich um eine gemeinsame Berufung

der Universität Potsdam mit dem Hasso-Plattner-Institut für Softwaresystemtechnik an der Universität Potsdam. Seit den Anfängen der Informatik vollzieht sich die Entwicklung von detaillierten,

Graduiertenprogramm zu Transnationalismus

Das internationale Symposium "Wie viel Transnationalismus trägt die Kultur?", das im Oktober letzten Jahres mit Teilnehmern aus Deutschland, Österreich, Italien, Frankreich, der Schweiz, Israel und den USA stattfand, war der offizielle Auftakt für ein neues interdisziplinäres Graduiertenprogramm. Die wissenschaftliche Orientierung zielt auf die Modifikation und Transformation von gesellschaftlichen Kategorien wie Identität, Raum, Sprache, Literatur und Kultur im Zeitalter der Globalisierung. Vor dem Hintergrund stetig zunehmender weltweiter Migrationsprozesse soll der Blickwinkel auf wechselseitige Abhängigkeiten, soziale Integration und kulturelle Identitäten jenseits des Nationalstaates ausgeweitet werden. Erarbeitet wird das Programm schwerpunktmäßig in einem Lehrforschungsprojekt an den Potsdamer Instituten für Germanistik und Jüdische Studien. Zu den Kooperationspartnern gehören beispielsweise Wissenschaftler der Goethe-Universität Frankfurt/Main, des Osteuropa-Instituts München/Regensburg, der Universität Wien, der Auburn University (USA) und des Zentrums für Europäische Studien IDC Herzliya (Israel). Finanziell unterstützt wird das neue interdisziplinäre Forum der Transnationalismus-Forschung auch von der ZEIT-Stiftung, der Böll-Stiftung und der Fördereinrichtung „Bildung on Demand“. Interessierte Studenten können sich über das Ausschreibungsprogramm „Settling Into Motion“ bei der ZEIT-Stiftung für ein Promotionsstipendium bewerben.

Haimo Stierner, Institut für Germanistik

Graduierungen online

Informationen über Promotionen und Habilitationen nur in der Online-Version von „Portal“:

www.uni-potsdam.de/portal/febog

Begabtenförderung an der Universität Potsdam

Angebote der Begabtenförderung an der Universität Potsdam und Kontaktpersonen sind im Internet abrufbar unter:

www.uni-potsdam.de/begabtenfoerderung



Vielblütiger Hahnenfuß: Potsdamer Botaniker kümmern sich darum, dass er nicht ausstirbt.

Foto: zg.

Der Nachwelt bewahren

Botanischer Garten widmet sich bedrohten Wildpflanzen

*Der Vielblütige Hahnenfuß (*Ranunculus polyanthemos*) ist in Brandenburg schon fast ausgestorben. Damit er nicht ganz verschwindet, hat der Botanische Garten eine Erhaltungskultur angelegt. Die aufgezogenen Jungpflanzen sollen später in der Natur ausgesetzt werden, um diesen Teil der Flora auch künftigen Generationen zu bewahren.*

Von ehemals über 30 Vorkommen des Vielblütigen Hahnenfußes im Land Brandenburg existiert heute nur noch ein einziges an einem Waldrand in der Gegend von Nauen. Durch eine extreme Witterungsperiode oder sonst unglückliche Umständen könnte es leicht ebenso verschwinden wie die 30 anderen vor ihm. Damit würde die Vielfalt unserer Flora um ein weiteres Glied ärmer, und Naturfreunde, Botanikerinnen und Spaziergänger könnten die großen, leuchtend dottergelben Blüten dieser Pflanze bei uns nicht mehr zu Gesicht bekommen.

Um dem vorzubeugen, hat der Botanische Garten der Universität Potsdam eine Erhaltungskultur angelegt. Pflanzen wurden aus Samen gezogen, die an dem Nauener Waldrand gesammelt wurden.

Der Botanische Garten ist seit Jahren im Naturschutz aktiv. Unter Federführung des brandenburgischen Landesumweltamtes (LUA) bemüht er sich zusammen mit weiteren

Partnern in der Region um die am stärksten gefährdeten Elemente unserer heimischen Flora. Über 50 solcher Arten werden inzwischen in Potsdam kultiviert. Sie dienen als Rückversicherung für den Fall des tatsächlichen Aussterbens draußen, aber auch zur Information und Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Aktuell wird außerdem ein Programm für das „Grüne Klassenzimmer“ des Botanischen Gartens erarbeitet, um gezielt Schulklassen im Teenageralter an das Thema „Naturschutz“ heranzuführen.

Dem Vielblütigen Hahnenfuß wird jetzt aktiv geholfen. Im Potsdamer Garten werden zurzeit Jungpflanzen der zweiten Generation aufgezogen, um sie zurück an den Waldrand

bei Nauen zu setzen. Zusammen mit Biotoppflegemaßnahmen an jener Stelle soll das helfen, dieses Kleinod unserer Flora auch künftigen Generationen zu erhalten.

Michael Burkart,
Botanischer Garten

Gemeinschaftsprojekt:
Die Rettung heimischer
Wildpflanzen.

Abb: Botanischer Garten/Unicom





Broschüre überreicht: Die Studenten Jürgen Stelter (Mitte) und Martin Seiffert überreichten Wissenschaftsministerin Johanna Wanka gesammelte Erfahrungsberichte aus dem Uni-Alltag.

Gut aufgestellt

Wissenschaftsministerin Johanna Wanka lobt die Universität Potsdam

Der Senat hatte die brandenburgische Wissenschaftsministerin, Prof. Dr. Johanna Wanka, am 29. Januar 2009 zu seiner Sitzung eingeladen. Ziel war es, gemeinsam über Leitlinien der mittelfristigen Hochschulentwicklungsplanung des Landes zu sprechen.

Von Interesse waren dabei die Zukunft des Hochschulpaktes 2020 und die Verstetigung der Bemühungen um eine Qualitätssicherung in der Lehre vor dem Hintergrund der gestiegenen Studierendenzahlen. Außerdem wurden Aspekte der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und Infrastrukturbedarfe diskutiert.

Einleitend gab es ein Lob der Ministerin über die Entwicklung der Universität Potsdam unter dem Management der Präsidentin. Im Vergleich zu den anderen Hochschulen des Landes Brandenburg sei die Universität Potsdam sehr gut aufgestellt und so schlagkräftig wie noch nie. Es seien schwierige und perspektivisch wichtige Entscheidungen getroffen wor-

den, wie beispielsweise die Festlegung der Profildbereiche. Zahlreiche herausragende Initiativen wären von der Hochschule ausgegangen, so das gerade gegründete Potsdam Research Network (s. Seite 3) oder das Netzwerk Studienqualität Brandenburg (s. Seite 13). Die dann folgende Diskussion im Senat war ein Frage- und Antwortspiel zu diversen Problemen, von denen sich die Gremienmitglieder politische Unterstützung erhoffen. So ging es um Stellennachbesetzungen im nichtwissenschaftlichen und Verwaltungsbereich oder um der Einstellung von Ausgebildeten. Die Ministerin versprach, hierzu Gespräche mit der Stabsstelle für Verwaltungsoptimierung im Finanzministerium zu führen. Auch die komplizierte Raumsituation insbesondere am Uni-Standort Am Neuen Palais war ein Thema. Angemahnt wurden in diesem Zusammenhang ebenso der Mangel an Aufenthaltsräumen für Studierende, für Drittmittelbeschäftigte oder Räume für zusätzliche Lehrveranstaltungen aufgrund der Überlast. Die Hoffnung der Hochschulangehörigen sei es hier, dass in Zukunft auch die stär-

kere Nutzung vorhandener Verkehrsflächen in den Gebäuden durch neue architektonische Lösungen möglich würde.

Bei dem Verweis auf die Probleme bei der Verkehrsanbindung der Uni-Standorte durch die Bahn und den öffentlichen Nahverkehr nahm die Politikerin das Standortmanagement Golm und die Stadt Potsdam in die Verantwortung. Man bleibe mit ihnen im Gespräch.

Auf die Nachwuchsförderung angesprochen, riet sie, intensiver finanzielle Hilfen außerhalb des Landes zu nutzen. Das betreffe unter anderem Anträge an die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Generell werde in ihrem Ministerium darüber nachgedacht, die Graduiertenförderung neu zu gestalten und zu optimieren. Gemeinsames Anliegen mit der Universität sei es, einfache, transparente und planbare Vergabemechanismen zu entwickeln.

Einen weiteren Einblick in den Uni-Alltag erhält die Ministerin nun durch die von Vertretern der Studierenden überreichte Broschüre „Ich fürchte, wir haben ein Problem. Erfahrungsberichte von der Universität Potsdam“. [be](#)

Erstmals Zielvereinbarungen mit Fakultäten

Uni-Präsidentin und Dekane setzten Unterschrift unter Strategiepapiere

Im Dezember vergangenen Jahres unterzeichneten Uni-Präsidentin Prof. Dr.-Ing. Dr. Sabine Kunst und die Dekane der fünf Fakultäten Leistungs- und Zielvereinbarungen.

Nachdem am 17. Juli 2008 der Senat der Universität Potsdam den Hochschulentwicklungsplan verabschiedet hatte, ist schon einige Monate später eine weitere wichtige Etappe der Hochschulpolitik der Universität Potsdam abgeschlossen worden. Die Präsidentin der Universität Potsdam, Prof. Dr.-Ing. Dr. Sabine Kunst, unterzeichnete am 17. Dezember 2008 mit den Dekanen der fünf Fakultäten jeweils eine Leistungs- und Zielvereinbarung. Auf der Grundlage des Hochschulentwicklungsplanes sind in den Vereinbarungen konkrete Ziele und Maßnahmen der Fakultäten für die nächsten fünf Jahre festge-

schrieben, die auch einem internen Controlling unterliegen werden. „Die Universität Potsdam nutzt die Leistungs- und Zielvereinbarungen als Instrument ihrer strategischen Steuerung und gewährleistet damit eine konsequente Umsetzung ihrer Profilbildung in Forschung und Lehre“, erklärte Universitätspräsidentin Sabine Kunst anlässlich der Unterzeichnung.

Die Zielvereinbarungen sind zum 1. Januar 2009 in Kraft getreten, so dass die Universität Potsdam mit Beginn des neuen Jahres mit der Umsetzung der im Hochschulentwicklungsplan festgesetzten Ziele und Maßnahmen beginnen kann.

Red.

Dekane antworten

Welche wesentlichen neuen Aufgaben in der Entwicklung der Fakultäten sind mit den Zielvereinbarungen nun festgeschrieben worden?



Prof. Dr. Stefan Saar,
Juristische Fakultät: Die Juristische Fakultät wird sich auf der Grundlage der Leistungs- und Zielvereinbarung um die Einrichtung eines berufsbegleitenden Pilotstudiengangs mit dem Schwerpunkt Unternehmens- und Steuerrecht bemühen. Darüber hinaus wird sie sich mit eigenen Modulen am Studienangebot der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät

Mit allen fünf Fakultäten sind Zielvereinbarungen geschlossen worden. Uni-Präsidentin Prof. Dr.-Ing. Dr. Sabine Kunst und die jeweiligen Dekane, hier Prof. Dr. Stefan Saar, besiegelten die Strategiepapiere mit ihren Unterschriften.



beteiligen und ihre vielfältigen Auslandskontakte intensivieren. Es ist besonders erfreulich, dass die Vereinbarung die Finanzierung des höchst erfolgreichen deutsch-französischen Studiengangs sichert. Kernaufgabe der Fakultät bleibt freilich die grundständige Ausbildung mit dem Ziel der Ersten Staatsprüfung.



Prof. Dr. Bernhard R. Kroener, Philosophische Fakultät: Im Rahmen der kulturwissenschaftlichen Orientierung der Philosophischen Fakultät wird der Profilbereich „Kulturelle Begegnungs-

räume“ in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden und auf der Grundlage der bereits bestehenden Graduiertenschule „Mobilisierte Kulturen“ eine Kollegforschergruppe beantragt werden. Die Fakultät ist auf diese Weise bestrebt, einer forschungsbasierten Lehre Geltung zu verschaffen. Angesichts des Weltkulturerbestandorts Potsdam und in Perspektive auf die Ausrichtung der Geisteswissenschaften in Berlin soll in mittelfristiger Perspektive die Frühe Neuzeitforschung an der Philosophischen Fakultät interdisziplinär gestärkt und mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen stärker als früher vernetzt werden. Im Bereich der Lehre werden wir versuchen, eine weitgehende Überschneidungsfreiheit der Lehrveranstaltungen vor allem in den Lehramtsstudiengängen zu erreichen. Die im Rahmen des Bolognaprozesses geforderte Einbeziehung von Praktika und Auslandssemestern und eine fächerübergreifende Vermittlung wie Schlüsselqualifikationen im Rahmen der Regelstudienzeit stellt eine besondere Herausforderung dar, der sich die Fakultät in den kommenden Semestern stellen wird. Nur in einer engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit von Lehrenden und Studierenden können wir hoffen, zu einer für alle Beteiligten befriedigenden Lösung zu gelangen.

Prof. Dr. Ria De Bleser, Humanwissenschaftliche Fakultät: Die Fakultät beabsichtigt den Profilbereich empirische Bildungswissenschaft zu aktivieren und nach den Universitätskriterien der Profilbereiche zu entwickeln sowie den Exzellenzbe- reich Kognitionswissenschaften zu festigen und auszubauen. Wir wollen die forschungsbasierte



Lehre vor allem in den Lehramtsstudiengängen der Fakultät stärken und die Internationalisierung aller Studiengänge der Fakultät durch adäquate Maßnahmen unterstützen. Die Nachwuchsförderung in der

Fakultät soll durch strukturierte Programme und das Vorantreiben des Bologna-Prozesses vor allem durch die Organisation neuer integrierter Master- und Ph.D.-Studiengänge vorangetrieben werden. Gleichfalls wollen wir die Qualität und Innovation der Lehre und die Möglichkeiten der Internationalisierung durch den Aufbau eines anspruchsvollen Qualitätsmanagementsystems auf jeder Ebene des Bologna-Prozesses steigern. Unser Ziel ist es, über die Leistungs- und Zielvereinbarungen die fakultätsinternen Strukturen zu vernetzen und durch interstrukturelle Zusammenarbeit zu verdichten; die forschungsbasierte und internationalisierte Lehre zu fördern; den Nachwuchsforschern durch Ausübung exzellenter Forschung in den Strukturen den geeigneten Rahmen für die unmittelbare Planung einer zeitgestrafften und effizienten Forschungsarbeit im Teamverband und für den Ausbau einer akademischen Laufbahn zu bieten.



Prof. Dr.-Ing. Norbert Gronau, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät: Erklärtes Ziel der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät ist es, in fünf Jahren sowohl im etablierten Profilbereich

„Public Policy and Management“ als auch im neu gegründeten Forschungsschwerpunkt „Innovation und Technologie“ zu den führenden Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen in Deutschland zu gehören. Unser größtes Augenmerk liegt auf der Intensivierung von Forschungsvorhaben mit Kooperationspartnern vor Ort wie dem Kommunalwissenschaftlichen Institut, der Juristischen Fakultät und der Informatik sowie unseren nationalen wie internationalen Kooperationspartnern. Der zweite Fokus richtet sich auf die Ausbildung unseres qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses und unserer Absolventen und Absolven-

tinnen. Um die Studien- und Servicebedingungen für die Studierenden zu verbessern, hat die Fakultät konkrete Handlungsschwerpunkte formuliert wie zum Beispiel die Definition eines verbindlichen Katalogs von Qualitätsstandards für Lehre und Studium. Zur systematischen Förderung und Entwicklung unseres wissenschaftlichen Nachwuchses werden Profilbereich und Forschungsschwerpunkt die vorhandenen Maßnahmen in jeweils DFG geförderten Promotionskollegs verstetigen und ausbauen.



Prof. Dr. Reimund Gerhard, Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät: Für die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät ist die Unterstützung und Weiterentwicklung ihrer fünf Profilbereiche

im Rahmen der Zielvereinbarungen von herausragender Bedeutung. Gleichzeitig soll bei der Konzeption von Professuren besonders auf die Brückenbildung zwischen Instituten und Profilbereichen sowie mit außeruniversitären Forschungsinstituten geachtet werden. Auch damit wird die Fakultät wirksame Beiträge zu den neuen „pearls“, dem Potsdam Research Network leisten können. Schließlich gehören auch die Stärkung des Studiendekans und die Verbesserung der Studienqualität zu den besonderen Zielen der Fakultät.

„schreib“, das 15.

„schreib“ - die Zeitschrift für junge Literatur in Potsdam - ist Ende Januar zum fünfzehnten Male erschienen. Mit einer Lesung anlässlich der Veröffentlichung des neuen Heftes im Studentischen Kulturzentrum in der Herrmann-Elflein-Straße traten die Herausgeber an die Öffentlichkeit. Wie immer präsentiert das neue Heft Lyrik und Prosa junger Potsdamer Autorinnen und Autoren. „schreib“ erschien erstmals im Mai 2001 als „Literarisches Journal der Universität Potsdam“. Das neue Heft kann in verschiedenen Potsdamer und Berliner Buchläden erworben oder unter der E-Mail-Adresse mail@schreib.org bestellt werden. *Red.*
Nähere Informationen: www.schreib.org

Aus dem Senat

In der 156. Sitzung des Senates der Universität Potsdam am 23. Oktober 2008 wurden unter anderen folgende Beschlüsse gefasst:

Senatsvorsitzender und Stellvertreter

Der neu gewählte Senat konstituierte sich. Das Gremium wählte Prof. Dr. Robert Seckler aus dem Institut für Biochemie und Biologie mit zehn Ja-Stimmen und einer Stimmenthaltung zu seinem Vorsitzenden. Dr. Fred Albrecht aus dem Institut für Physik und Astronomie ist Stellvertreter.

Ordnungen

Der Senat empfahl der Präsidentin die Genehmigung der Ersten Satzung zur Änderung der Promotionsordnung der Philosophischen Fakultät sowie die Zulassungsordnung für den Masterstudiengang Vergleichende Literatur- und Kunstwissenschaft.

Sommerakademie

Der Senat beschloss die Konzeption für eine Sommerakademie an der Universität Potsdam als eine Maßnahme im Rahmen der Umsetzung der Festlegungen des Hochschulentwicklungsplanes zur Internationalisierung.

In der 157. Sitzung des Senates der Universität Potsdam am 20. November 2008 wurden unter anderen folgende Beschlüsse gefasst:

Kommissionen

Der Senat stimmte der Bildung gemeinsamer Kommissionen von Präsidium und Senat für Entwicklungsplanung und Finanzen (EPK), für Lehre und Studium (LSK), für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs (FNK) sowie für Chancengleichheit (CGK) zu. Des Weiteren beschloss der Senat die personelle Zusammensetzung des Satzungsausschusses, der Ethik-Kommission und der Vergabekommission für die Graduiertenförderung.

www.uni-potsdam.de/praesidium/kommissionen/

Ordnungen

Der Senat beschloss die Zweite Satzung zur Änderung der Rahmenordnung für das lehramtsbezogene Bachelor- und Masterstudium sowie die Vierte Satzung zur Änderung der Rahmenordnung für das Bachelor- und Masterstudium.

Hochschulinformationstag

Der Senat stimmte der Durchführung des Hochschulinformationstages am 19. Juni 2009 am Universitätsstandort Griebnitzsee zu.

Gebäudemanagement

Der Senat folgte dem Vorschlag der Kanzlerin und bestätigte die unbefristete Fortführung der gemeinsamen Betriebseinheit Hochschul-Gebäudemanagement Potsdam (HGP). Die Laufzeit der bisherigen Verwaltungsvereinbarung lief am 31. Dezember 2008 ab. In den Entscheidungsgremien der drei Potsdamer Hochschulen wurde der Beschluss gefasst, das HGP in seiner jetzigen Organisationsstruktur ab dem 1. Januar 2009 unbefristet fortzuführen.

In der 158. Sitzung des Senates der Universität Potsdam am 18. Dezember 2008 wurden unter anderen folgende Beschlüsse gefasst:

Öffentlicher Nahverkehr

Der Senat teilt die Einschätzung der studentischen Selbstverwaltung, dass aufgrund der aktuellen Überlastungssituation im öffentlichen Personennahverkehr zwischen den Universitätsstandorten Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation ergriffen werden müssen. Er bevollmächtigte die Verkehrskommission, Gespräche mit Vertretern der Deutschen Bahn und der Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH zu führen und Lösungen zu suchen, um die Kapazitäten an die erhöhten Studierendenzahlen anzupassen.

Studienordnung

Der Senat stimmte der ersten Satzung zur Änderung der Ordnung für das Masterstudium im Fach Kommunikationslinguistik zu.

In der 159. Sitzung des Senates der Universität Potsdam am 29. Januar 2009 wurden unter anderen folgende Beschlüsse gefasst:

Gespräch mit Ministerin

Der Senat diskutierte mit der brandenburgischen Wissenschaftsministerin, Prof. Dr. Johanna Wanka, Leitlinien der mittelfristigen Hochschulentwicklungsplanung (siehe Beitrag auf Seite 43).

Studiumplus

Der Senat erließ die Ordnung für das Studiumplus im Rahmen des Bachelorstudiums.

Ombudsmann

Der Senat bestellte Prof. Dr. Wolfgang Mitsch aus der Juristischen Fakultät als Ombudsmann zur Untersuchung wissenschaftlichen Fehlverhaltens und Prof. Dr. Uwe Hellman als seinen Stellvertreter. be

Weitere Informationen sind über Birgit Köhler, Geschäftsstelle des Senates, Tel.: 0331/977-1732, E-Mail: bkoehler@uni-potsdam.de erhältlich.

Rufe

Einen Ruf nach Potsdam haben erhalten:

Prof. Dr. habil. Susanne Albers, Universität Freiburg, auf die W3-Professur „Grundlagen komplexer Systeme“ im Institut für Informatik der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät und im Hasso-Plattner-Institut für Softwaresystemtechnik (gemeinsame Berufung).

Juniorprofessor Dr. Arnim Lühken, Goethe-Universität Frankfurt am Main, auf die W2-Professur „Didaktik der Lebenswissenschaften“ im Institut für Chemie der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät.

Prof. Dr. habil. Martin Pohl, Iowa State University, auf die W3-Professur „Theoretische Astroteilchenphysik“ im Institut für Physik und Astronomie der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät und im Deutschen Elektronen-Synchrotron (gemeinsame Berufung).

Prof. Dr. Dirk Uffemann, Universität Passau, auf die W3-Professur „Westslavische Literaturen und Kulturen“ im Institut für Slavistik der Philosophischen Fakultät.

Prof. Dr. Theresa Wobbe, Universität Erfurt, auf die W3-Professur „Soziologie der Geschlechterverhältnisse“ in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät.

Mathematiker Haße:
Ein Leben für die
Wissenschaftsorganisation.

Eine Herzensangelegenheit

Nahaufnahme: Klaus Haße kümmert sich am Institut für Informatik um die Absolventen und die Medien- und Öffentlichkeitsarbeit

Wenn ehemalige Studierende des Instituts für Informatik der Uni Potsdam über ihren Einstieg ins Berufsleben berichten, etwa bei Institutsfesten, wenn sie die Verbindung zum Ort Ihres Studiums halten, dann ist Klaus Haße ein zufriedener Mensch. Dann trägt seine Arbeit Früchte: die Absolventen an das Institut zu binden, sie zu interessieren für dessen Belange und in einen Erfahrungsaustausch zu bringen, Kontakte und Netzwerke herzustellen.

Vor fünf Jahren ging Haße in Pension, aber das Institut für Informatik ist immer noch seine wissenschaftliche Heimat. „Ich wäre glücklich, wenn die Studierenden, die das Institut verlassen, es auch so erleben würden. Das ist das Anliegen meiner Alumni-Arbeit.“

Ehrenamtlichkeit ist der Ausdruck dieser „Heimatverbundenheit“: Neben der Pflege des internen Alumni-Programms, kümmert sich Haße seit gut zwei Jahren auch um die Öffentlichkeitsarbeit des Instituts. Vieles erledigt er von zu Hause aus, aber einen Tag pro Woche ist er am Institut. „Ich decke natürlich nicht alles alleine ab. Doch mein Engagement hier ist sicherlich zu einem guten Teil unterstützend und förderlich.“

1938 in Berlin-Charlottenburg geboren, lebt Haße bis zum Studienbeginn 1956 außerhalb Berlins. In Neuenhagen am östlichen Stadtrand geht er zur Schule, dort macht er Abitur. Als Lehramtsstudent für Mathematik/Physik beginnt er sein Studium an der Humboldt-Universität, konzentriert sich jedoch bald schon ganz auf die Mathematik. Seine Vorlieben sind Algebra und algebraische Geometrie,

1961 schließt er sein Studium als Diplommathematiker ab.

Haße, der verheiratet ist, zwei Kinder hat und mittlerweile in Spandau lebt, ist danach bis 1969 wissenschaftlicher Assistent am Institut für Reine Mathematik der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Berlin-Adlershof. „Man könnte sagen, ich habe dort Mathematik um des reinen Erkenntniswillens betrieben, mit wenig Anwendungsbezug. Aber die Geschichte der Mathematik zeigt, dass zunächst rein theoretische Überlegungen irgendwann zu praktischen Anwendungen führen.“

Dennoch schlägt Haße keine rein wissenschaftliche Karriere ein. „Neben meinem Interesse für Wissenschaftstheorie habe ich mich immer auch für Wissenschaftsorganisation interessiert.“ Er entwirft für die damalige „Hauptforschungsrichtung Theoretische Mathematik“ Planungskonzeptionen und Forschungspläne. Vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR wird er eigens dazu zum wissenschaftlichen Sekretär des wissenschaftlichen Rates eben dieser „Hauptforschungsrichtung“ berufen. Da die Tätigkeit im Hochschulwesen angesiedelt ist, gelangt er zurück zur Humboldt-Uni, betraut mit wechselnden Aufgaben: Als wissenschaftlicher Oberassistent der Sektion Mathematik beteiligt er sich an Forschungsarbeiten zu mathematischen Problemen der Informatik. „Die Informatik steckte damals ja noch in den Kinderschuhen. Neben den Rechenzentren der Unis, die sich theoretischen Überlegungen zuwandten, waren die Mathematikinstitute eine Keimzelle für die Bildung von selbstständigen Informatikinstituten. Ohne Mathematik keine Informatik.“

Haße, der sich für Theater, Film, Oper, für Architektur und Bildende Kunst interessiert, ist beteiligt an der Gründung des Fachbereichs Informatik an der Humboldt-Uni. Als wissenschaftlicher Assistent ist er betraut mit der Organisation der Lehre, des Prüfungswesens sowie mit Lehraufgaben. Zwischenzeitlich ist er EDV-Dozent bei einer privaten Bildungseinrichtung; ein Intermezzo, mehr nicht. Im Jahre 1996 kommt er an die Potsdamer Universität zum dortigen Institut für Informatik. Wieder tüftelt er an Studien- und Prüfungsordnungen, an Lehr- und Forschungsaufgaben. Er ist Studienfachberater, gibt aber auch Lehrveranstaltungen im Bereich „Theoretische Informatik“. „Während meiner ganzen Berufstätigkeit hatte ich mit Lehrkonzeptionen, Studienplänen, Studien- und Prüfungsordnungen zu tun. Es war ein ständiger Reformprozess, der mit Bologna einen erneuten Höhepunkt erreicht hat.“

Die Nähe zu den Studierenden hat Haße, soweit dies seine eigentlichen Tätigkeiten zuließen, immer gesucht. Als eine Art Propädeutikum bietet er vor Semesterbeginn für die angehenden Informatik- und Wirtschaftsinformatikstudenten deshalb einen vierzehntägigen Brückenkurs Mathematik an. Ziel des Kurses ist, mathematische Wissens- und Fähigkeitslücken zu schließen, das Verständnis für mathematische Sachverhalte und Grundkonzepte zu verbessern, um den Beginn des Informatikstudiums zu erleichtern. „Das ist zwar ein vergleichsweise geringer Anteil, den ich noch an der Persönlichkeitsbildung der Studierenden habe. Die aber liegt mir immer noch sehr am Herzen.“

tp

Neu ernannt



Patrick Baudisch bekleidet eine Professur für User Interfaces and User Centric Design. Es handelt sich um eine gemeinsame Berufung der Universität Potsdam und des Hasso-Platt-

ner-Institutes für Softwaresystemtechnik an der Universität Potsdam (HPI). Der Wissenschaftler wurde 1967 in Nürnberg geboren und studierte von 1988 bis 1994 an der Technischen Universität Darmstadt und der Université Bordeaux/Frankreich. Einen Teil seiner Promotionszeit verbrachte er an der University of Minnesota/USA. Er promovierte im Jahre 2001 an der Technischen Universität Darmstadt zum Thema „Dynamic Information Filtering“. Patrick Baudisch war bei Xerox Parc in Palo Alto/USA tätig und befasste sich mit der Konstruktion interaktiver Wanddisplays. Außerdem arbeitete er sechs Jahre lang als Forscher im Bereich Interaktion mit mobilen Geräten bei Microsoft Research in Redmond/USA. Der Forscher übernimmt am HPI die Leitung des neu geschaffenen Fachgebiets Human Computer Interaction, das sich der besseren Verständigung zwischen Mensch und Rechner widmet. Zu den Forschungsschwerpunkten von Patrick Baudisch gehört die Entwicklung besonders kompakter Mobilgeräte.

Jana Anja Eccard erhielt eine Professur für Tierökologie im Institut für Biologie und Biochemie der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät. Sie wurde 1969 in Leverkusen geboren und studierte von 1988 bis 1998 Biologie und Soziologie an den Universitäten Hamburg, Kaiserslautern, Dublin und Jena. Im Jahre 2002 promovierte sie zum Thema „Auswirkung von interspezifischer Konkurrenz und Saisonalität auf die Lebensgeschichte der Rötelmaus“ an der Universität Jyväskylä/Finnland. Anschließend arbeitete sie bis 2004 am Institut für Biologie und Umweltwissenschaf-



ten dieser Universität. Von 2004 bis 2008 war Jana Eccard als wissenschaftliche Assistentin am Lehrstuhl für Verhaltensforschung der Universität Bielefeld tätig. Dort habilitierte sich die Wissenschaftlerin im Jahre 2007 zum Thema „Auswirkung von Konkurrenz auf Populationen und die Lebensgeschichte ihrer Individuen: Dichteabhängigkeit, sexuelle Selektion und Konkurrenz zwischen Arten“. Zu ihren gegenwärtigen Forschungsschwerpunkten gehören die Verhaltensanpassungen von Beutetieren auf Raubfeinddruck, die Interaktionen von unterirdischen Kleinsäugerarten und die Evolution von Persönlichkeiten bei Tieren.



Markus Gruber nimmt eine Professur für Trainings- und Bewegungswissenschaften im Exzellenzbereich Kognitionswissenschaften der Humanwissenschaftlichen Fakultät wahr. Er wurde 1970 in Reutte/Tirol geboren und studierte von 1993 bis 1997 Sportwissenschaft und Chemie an der Universität Stuttgart. Im Jahre 2001 promovierte er zum Thema „Trainingsbedingte Anpassung der neuromuskulären Kontrolle des Kniegelenks“ an der Universität Stuttgart. Anschließend arbeitete Markus Gruber bis 2006 als wissenschaftlicher Mitarbeiter beziehungsweise wissenschaftlicher Assistent am Institut für Sport und Sportwissenschaft der Universität Freiburg. Als Senior Researcher war er 2007 am Neuromuscular Research Center im Department of Biology of Physical Activity der University of Jyväskylä/Finnland tätig. Zum Thema „Sensomotorisches Training und neuronale Plastizität“ habilitierte sich der Wissenschaftler 2007 an der Universität Freiburg. Zu seinen gegenwärtigen Forschungsschwerpunkten gehören neuronale Kontrolle sportlicher Bewegung, neuronale Plastizität nach dem Training, biomechanische Verfahren zur Diagnose sportlicher Leistung und trainingsbedingte Interventionen im Spitzensport, im Gesundheitssport und in der Raumfahrt.

Jasmin Joshi bekleidet eine Professur für Biodiversität/Spezielle Botanik im Institut für

Biochemie und Biologie der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät. Sie wurde 1968 in Zofingen/Schweiz geboren und studierte von 1988 bis 1994 Biologie an der Universität Basel/Schweiz. Sie promovierte 2000 an der Universität Zürich/Schweiz zum Thema „On the importance of biodiversity in European grassland ecosystems“. Anschließend war die Wissenschaftlerin als Fellowship am Centre for Population Biology, Imperial College at Silwood Park, Ascot/Großbritannien sowie als Postdoc an den Universitäten Zürich/Schweiz und Leiden/Niederlande tätig. Seit 2002 ist sie Oberassistentin am Institut für Umweltwissenschaften der Universität Zürich. Zu den gegenwärtigen Forschungsschwerpunkten von Jasmin Joshi gehören Invasionsbiologie, vor allem die evolutive Anpassung standortfremder Organismen an neue Umweltbedingungen, funktionelle Biodiversitätsforschung sowie Untersuchungen zu Vegetationsveränderungen im Zuge der gegenwärtigen Klimaveränderungen.



Gunnar Lischeid hat eine Professur für Landschaftswasserhaushalt inne. Es handelt sich um eine gemeinsame Berufung der Universität Potsdam und des Leibniz-Zentrums für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) e. V. Der Wissenschaftler wurde 1962 in Gevelsberg geboren und studierte von 1985 bis 1989 Landwirtschaft und Geologie an den Universitäten Bonn und Göttingen. Von 1990 bis 1993 war er wissenschaftlicher Angestellter am Institut für Bodenkunde und Waldernährung an der Universität Göttingen. Anschließend arbeitete Gunnar Lischeid in der Abteilung Hydrogeologie beziehungsweise als Oberassistent am Lehrstuhl für Ökologische Modellbildung der Universität Bayreuth. Seit 2008 leitet der Wissenschaftler das Institut für Landschaftswasserhaushalt im ZALF. Er promovierte 1995 an



Wissenschaftler wurde 1962 in Gevelsberg geboren und studierte von 1985 bis 1989 Landwirtschaft und Geologie an den Universitäten Bonn und Göttingen. Von 1990 bis 1993 war er wissenschaftlicher Angestellter am Institut für Bodenkunde und Waldernährung an der Universität Göttingen. Anschließend arbeitete Gunnar Lischeid in der Abteilung Hydrogeologie beziehungsweise als Oberassistent am Lehrstuhl für Ökologische Modellbildung der Universität Bayreuth. Seit 2008 leitet der Wissenschaftler das Institut für Landschaftswasserhaushalt im ZALF. Er promovierte 1995 an

der Universität Göttingen zum Thema „Prozessorientierte hydrologische Untersuchungen am Kleinen Gudenberg bei Zierenberg (Nordhessen) in verschiedenen Skalenbereichen“. Im Jahre 2004 habilitierte er sich zum Thema „Data-oriented modeling approaches to investigate hydrological and hydrochemical processes at the catchment scale“ an der Universität Bayreuth. Zu seinen gegenwärtigen Forschungsschwerpunkten gehören nichtlineare Datenanalyse, Strukturoptimierung von Prozess-Modellen sowie Wasser- und Stofftransport auf verschiedenen Skalen.



Pablo Wessig erhielt eine Professur für Bioorganische Chemie im Institut für Chemie der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät. Er wurde 1962 in Görlitz geboren und studierte von 1983 bis 1987 Chemie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Im Jahre 1990 promovierte er in Organischer Chemie zu einem photochemischen Thema. Im Jahre 1993 arbeitete er als Post doc in der Arbeitsgruppe von Prof. Bernd Giese in Basel/Schweiz. Der Wissenschaftler habilitierte sich 2000 zum Thema „Die Norrish-Yang-Reaktion - Mechanismus und Anwendung bei der Synthese komplexer Moleküle“ an der Humboldt-Universität. Anschließend war Pablo Wessig bis zu seiner Ernennung als Professor an der Universität Potsdam als Privatdozent an der Humboldt-Universität tätig. Zu seinen gegenwärtigen Forschungsschwerpunkten gehören Präparative Organische Photochemie, Molekulare Stäbe und Fluoreszenzsonden.

Dirk Wiemann bekleidet die Professur für Englische Literatur am Institut für Anglistik und Amerikanistik der Philosophischen Fakultät. Er wurde 1964 in Detmold geboren und studierte von 1986 bis 1992 Anglistik und Germanistik an der Carl von Ossietzky-Universität



Oldenburg. 1996 promovierte er über die zumeist englischsprachige Literatur des Exils in Großbritannien von 1933 bis 1945. Danach war er für drei Jahre als Lektor des Deutschen Akademischen Austauschdienstes an der English and Foreign Languages University Hyderabad/Indien sowie an der University of Delhi tätig. Als wissenschaftlicher Assistent an der Universität Magdeburg habilitierte er sich 2006 mit seiner Schrift zum Thema „Genres of Modernity: Contemporary Indian Novels in English“ und war bis zu seiner Berufung nach Potsdam Akademischer Rat an der Universität Tübingen. Zu seinen gegenwärtigen Forschungsschwerpunkten gehören die Problematik des (Post-)Säkularismus in Großbritannien und Indien, Aspekte der literarisch-politischen Kultur im Englischen Bürgerkrieg des 17. Jahrhunderts sowie die gegenwärtige Debatte um die Kategorie der „Weltliteratur“.

Außerdem wurde Juniorprofessor **Shravan Vasishth** zum Professor für Psycho-/Neurolinguistik mit dem Schwerpunkt Sprachverarbeitung im Exzellenzbereich Kognitionswissenschaften der Humanwissenschaftlichen Fakultät ernannt.



Fotos: HPI/Baudisch (1), privat (4)

Neu erschienen

Menschenrechte global

Im Juni 1993 fand in Wien die Weltmenschenrechtskonferenz statt. Die dort angenommene Wiener Erklärung und ihr Aktionsprogramm sind ein Meilenstein und reflektieren einerseits das Ergebnis eines ausführlichen Diskussionsprozesses über den erreichten Stand der Menschenrechte in der Welt, die seit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948 von der internationalen Gemeinschaft entwickelt worden waren. Andererseits signalisierte das Programm den Beginn weiterführender Anstrengungen für die Einhaltung und Umsetzung der Menschenrechte. Unter dem Titel „Universalität – Schutzmechanismen - Diskriminierungsverbote: 15 Jahre Wiener Weltmenschenrechtskonferenz“ widmen sich Eckart Klein, emeritierter Professor für Staatsrecht, Völkerrecht und Europarecht der Universität Potsdam und Direktor des Menschen-Rechts-Zentrums sowie Christoph Menke, Professor für Philosophie an der Universität Potsdam und Kodirektor des Menschen-Rechts-Zentrums, in einem Sammelband dieser Wiener Konferenz. Klein, Eckardt, Menke Christoph: Universalität – Schutzmechanismen - Diskriminierungsverbote: 15 Jahre Wiener Weltmenschenrechtskonferenz. Berlin, 2008, ISBN 3830515596

Sammelband für Ehrendoktor

Erschienen ist der Sammelband „Kenntnis und Wandel der Sprachen. Beiträge zur Potsdamer Ehrenpromotion für Helmut Lüdtke“. Mit den Beiträgen, in der Mehrzahl von Potsdamer Linguisten geschrieben, wird das wissenschaftliche Lebenswerk des Ehrendoktors der Philosophischen Fakultät der Uni Potsdam Helmut Lüdtke gewürdigt, der hier die linguistische Forschung seit Jahren maßgeblich beeinflusst und ihr wesentliche Impulse vermittelt hat. Der emeritierte Professor der Romanischen Philologie an der Christian-Albrechts-Universität Kiel gehört in der Romanistik zu den wenigen Linguisten, die alle zehn romanischen Sprachen einschließlich ihrer historischen Vorstufen erforscht haben und aktiv beherrschen. Seine Forschungskompetenz schließt nicht nur die gesamte Romanistik, sondern auch die Anglistik, die Keltologie, die Germanistik, die Slavistik und die Allgemeine Sprachwissenschaft ein. Helmut Lüdtkes internationaler Ruhm wurde vor allem durch seine bahnbrechenden Arbeiten zur Theorie des Sprachwandels begründet.

Stehl, Thomas (Ed.) (2008): Kenntnis und Wandel der Sprachen. Beiträge zur Potsdamer Ehrenpromotion für Helmut Lüdtke, Tübingen: Narr (=Tübinger Beiträge zur Linguistik, TBL 507), XLVI, 262pp.

ISBN: 978-3-8233-6362-0

Anzeige

unicom
Werbeagentur GmbH

Einfach. Schön.

**Wir machen Wissenschaft schön.
Design & Konzeption seit 11 Jahren.**

Einige unserer Kunden: Universität Potsdam, Humboldt-Universität zu Berlin, Freie Universität Berlin, Helmholtz-Gemeinschaft, Leibniz-Gemeinschaft, Max-Planck-Gesellschaft, ... Wann gehören Sie dazu?

www.unicom-berlin.de

„Einmal angeeignetes Wissen reicht nicht mehr“

Humboldt-Stipendiat Alexander Porshnev untersucht neue Lernkultur

Alexander Porshnev, promovierter Psychologe und Computerwissenschaftler von der Staatlichen Universität-Wirtschaftshochschule Moskau, ist derzeit Gast am Institut für Grundschulpädagogik. Ein Jahr lang wird der Humboldt-Stipendiat in Potsdam weilen, um an seinem Projekt zur Entwicklung einer neuen Lernkultur bei Universitätsstudierenden in Deutschland und Russland zu arbeiten. Seinen neuen Aufenthaltsort hat Porshnev bewusst gewählt, denn die kulturvergleichende Studie passt gut ins Forschungsprogramm von Grundschulpädagogik-Professor Hartmut Giest. Der Wissenschaftler hat die Betreuung seines russischen Fachkollegen übernommen.

„T und Internet sind Leittechnologien unserer modernen Gesellschaft.“ Für einen Computerwissenschaftler wie Alexander Porshnev ist diese Aussage wohl eher unspektakulär. Der Humboldt-Stipendiat von der Staatlichen Universität-Wirtschaftshochschule Moskau, Filiale Nizhny Novgorod, am Institut für Grundschulpädagogik stellt dies auch nur deshalb voran, weil ihn die Rolle beider hinsichtlich der Ausbildung einer neuen Lern-

kultur in deutschen und russischen Universitäten interessiert. Während seines einjährigen Aufenthaltes in Potsdam will er zum Beispiel Antworten auf Fragen zu Ähnlichkeiten und Unterschieden, Möglichkeiten des voneinander Lernens oder zu relevanten Faktoren ihrer Entwicklung finden. Lernkultur ändert sich, sagt der promovierte Psychologe. „Die alte, der Industriegesellschaft entsprechende, war auf langfristige Anwendbarkeit des einmal gelernten Wissens ausgerichtet, nicht aber auf die fortwährende Neuaneignung von Wissen“, so Porshnev. Die heutige, auf modernen Informations- und Kommunikationstechnologien basierende Wissensgesellschaft hingegen sei durch ein lebensbegleitendes, dynamisches und andauerndes Neu- und Umlernen gekennzeichnet. Einmal gelerntes Wissen in immer wieder analogen Situationen anzuwenden, das reiche nicht mehr.

Der 32-Jährige weiß, dass sich neue Lernkultur nicht nur an dem Grad der Nutzung moderner Informationstechnologien festmachen lässt. Viel entscheidender ist der Umgang mit ihnen, das Wie des Lernens und die Bedin-

gungen hierfür. „Ich gehe davon aus, dass die Technologieausstattung an deutschen Universitäten der in Russland zehn Jahre voraus ist. Das bedeutet jedoch nicht automatisch, dass es mit Blick auf eine neue Lernkultur gravierende Unterschiede gibt“, lautet denn auch eine seiner Hypothesen. Um diese und andere handfest zu unterlegen, untersucht Porshnev jetzt in einer Studie beispielsweise Motive und Werte als den Motor des Lernens, Gegenstände und Strategien. Da er dabei auf Reflexion angewiesen ist, wird es Interviews geben, und auch ein gegenwärtig entstehender Fragebogen kommt zum Einsatz. Allein mit Letzterem sollen rund 200 Studierende in beiden Ländern erreicht werden.

Als sehr glücklich bezeichnet der Gast aus dem fernen Nizhny Novgorod, der einst geschlossenen Stadt, die Umstände seines Arbeitens am Potsdamer Uni-Institut. Nicht nur, weil er mit dem hier angesiedelten Graduiertenkolleg Medien-Bildung-Neue Lernkultur und seinem Sprecher, Grundschulpädagogik-Professor und zugleich persönlichen Betreuer Hartmut Giest ideale Partner für den nötigen fachlichen Austausch vorfindet, sondern weil seine kleine Familie ebenfalls mit nach Potsdam gekommen ist. So kann er die Abende mit seiner Frau und seinem zehn Monate alten Sohn genießen. Die drei schätzen inzwischen die kinderfreundliche Atmosphäre ihres Zuhauses auf Zeit und fühlen sich in Potsdam pudelwohl. Zum ersten Mal überhaupt macht Porshnev Erfahrungen als Gastwissenschaftler. „Sie zeigen mir, dass meine Bewerbung um ein Stipendium bei der Humboldt-Stiftung die richtige Entscheidung war und sich dieser Weg lohnt“, schätzt er schon heute ein. Bleiben will er noch bis Ende August.

Bis dahin soll die begonnene Studie fertig sein. Porshnev wie Giest gehen davon aus, dass die Probleme bei der Herausbildung der neuen Lernkultur in Deutschland und Russland tatsächlich sehr ähnlich sind. In beiden Ländern gelingt es nach ihrer Ansicht noch nicht, die durch die modernen Medien gegebenen Möglichkeiten für die Herausbildung einer neuen Lernkultur den Erfordernissen entsprechend wirkungsvoll zu nutzen.

pg

*Humboldt-Stipendiat Alexander Porshnev:
Vergleicht in einer Studie die Lernkultur von
Studierenden in Deutschland und Russland.*



Personalia

Barbara Krahé Akademie-Mitglied



Prof. Dr. Barbara Krahé aus dem Institut für Psychologie der Universität Potsdam ist in die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften aufgenommen worden. Sie ist eines von insgesamt sechs neuen Mitgliedern. Die Akademie wählt ihre Mitglieder aus dem gesamten Bundesgebiet und aus dem Ausland aus. Derzeit gehören der Einrichtung insgesamt rund 300 Personen an. Sie stammen aus allen Wissenschaftsdisziplinen. Inzwischen befinden sich nunmehr vier Potsdamer Uni-Mitarbeiter unter ihnen.

Barbara Krahé zählt zu den führenden Wissenschaftlern auf dem Gebiet der Angewandten Sozialpsychologie. Ihre aktuellen Forschungsschwerpunkte betreffen die Aggressionsforschung, Soziale Kognitionsforschung und die Gesundheitspsychologie. Die Wissenschaftlerin promovierte 1981 an der Uni Bonn und habilitierte sich 1987 an der Uni Landau. Seit 1993 ist sie an der Universität Potsdam tätig. Ihre Forschung fand Niederschlag in zahlreichen renommierten Zeitschriften und einer Reihe von Büchern. Die Potsdamer Uni-Professorin wirkt als aktives Mitglied in der International Society for Research on Aggression und seit 2005 als Mitherausgeberin der Zeitschrift „Aggressive Behavior“. Die British Psychological Society hat sie im Oktober 2000 zu ihrem Fellow ernannt.

Christian Bär Vizepräsident

Prof. Dr. Christian Bär aus dem Institut für Mathematik der Universität Potsdam ist zum Vizepräsidenten der Deutschen Mathematiker-Vereinigung (DMV) gewählt worden. Die Amtszeit



erstreckt sich über die Jahre 2009 und 2010. Bei der Funktion handelt es sich um ein Ehrenamt.

In der DMV sind knapp 5000 Mathematiker aus den verschiedensten Berufszweigen vereinigt, vom Studenten bis zum Professor und vom Versicherungsdirektor bis zum Realschullehrer. Alle Mitglieder widmen sich der Förderung der Mathematik, beispielsweise durch öffentliche Veranstaltungen, die Ausrichtung von Tagungen oder die Vergabe von Medienpreisen.

Ehrendoktor für André Legrand

Prof. Dr. André Legrand erhielt die Ehrendoktorwürde der Juristischen Fakultät. Er ist Professor emeritus für Staats- und Verwaltungsrecht an der Université Paris Quest-Nanterre-La Défense/Frankreich und hat als langjähriger Präsident dieser Universität deren heutige Bedeutung wesentlich mitgeprägt. Er war und ist maßgeblich am Aufbau und der Entwicklung des Deutsch-Französischen Studiengangs Rechtswissenschaften beteiligt, der gemeinsam von den Universitäten Paris Quest-Nanterre-La Défense und Potsdam durchgeführt wird.



Nachwuchswissenschaftlerpreis für Isabell Wartenburger



Prof. Dr. Isabell Wartenburger, seit 2007 Stiftungs juniorprofessorin für Neurokognition der Sprache an der Universität Potsdam, hat den zum zweiten Male verliehenen Post-Doc-Nachwuchswissenschaftlerpreis des Landes Brandenburg in der Kategorie Naturwissenschaften bekommen. Die mit 20000 Euro dotierte Auszeichnung erhielt die Wissenschaftlerin für ihr Forschungsprojekt über „Kurzzeitiges vs. Langzeitiges Lernen auf dem Gebiet der Mathematik“.

Den ebenfalls vergebenen Preis in der Kategorie Geistes und Sozialwissenschaften konnten sich die beiden Statistiker Prof. Yarema Okhrin, Universität Bern, und Dr. Taras Bodnar, Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder, teilen.

Landes-Nachwuchspreis für Damaris Zurell

Damaris Zurell von der Universität Potsdam hat den Nachwuchswissenschaftlerpreis des Landes Brandenburg in der Kategorie Absolventen erhalten. Die mit 5000 Euro dotierte Auszeichnung erhielt die Geoökologin für ihre Diplomarbeit „Can static models depict dynamic populations? A virtual ecologist investigates“. Die brandenburgi-



schen Hochschulen hatten zuvor insgesamt vier Bewerber für den Preis nominiert, aus denen eine Jury Zurell auswählte.

Ramsauerpreis für Melanie Müller

Zu den vier Carl-Ramsauer-Preisträgern 2008 der Physikalischen Gesellschaft zu Berlin gehört Dr. Melanie Müller, Absolventin der Universität Potsdam. Die Preisträger erhielten jeweils 1.500 Euro für ihre hervorragenden Doktorarbeiten. Melanie Müller bekam die Auszeichnung für ihre Dissertation „Bidirektionaler Transport durch molekulare Motoren“. Sie promovierte im vergangenen Jahr auf dem Gebiet der Theoretischen Physik an der Universität Potsdam. Seit Mai 2008 arbeitet die Wissenschaftlerin als Postdoc am Max-Planck-Institut für Kolloid- und Grenzflächenforschung Potsdam.



Wolf-Rüdiger-Bub-Preise



Anlässlich des Tages der Juristischen Fakultät im November des vergangenen Jahres wurde der Wolf-Rüdiger-Bub-Preis zur Förderung des juristischen Nachwuchses verliehen. Als beste Studentin wurde **Julia Rost** geehrt. Sie bestand die erste juristische Prüfung mit der Note „gut“. Bester Student ist **Christian Stursberg**, der die erste juristische Prüfung mit „vollbefriedigend“ bestand. Bester französischer Student der Universität Paris X-Nanterre im gemeinsamen Deutsch-Französischen Studiengang Rechtswissenschaften an der Universität Potsdam ist **Henri Decoeur**. Als beste Promovendinnen und Promovenden wurden ausgezeichnet: Dr. Dorothee Höch, Dr. Christoph Luther, Dorothee Maue, Dr. Anja Juliane Müller, Dr. Christoph-D. Munding, Dr. Kathrin Petersen, Feyzan Ünsal und Dr. Udo Weiß. Die Preisträger erhielten jeweils 1.250 Euro.

be/pg

Die richtigen Maße

Prof. Dr. Frank Mayer ist Sportenthusiast und Arzt

Frank Mayer war Leistungssportler, studierte Medizin, war eine Zeitlang neben seiner Arbeit als Assistenzarzt auch Mannschaftsarzt und Trainer im Tennissport. Bis heute hat er als Sportmediziner ständig mit Sport und Sportlern zu tun. Für ihn war immer schon klar, in diesem Arbeitsfeld tätig sein zu wollen. Im Jahre 2006 kam der 1964 in Tübingen geborene Frank Mayer an die Universität Potsdam, um dort die Professur für Sportmedizin und Sportorthopädie zu übernehmen.

Er ging mit der Aussicht nach Potsdam, die Hochschulambulanz auszubauen und sie als ärztlicher Direktor zu leiten. „Die Entscheidung, die Universitätsklinik, zuletzt in Freiburg, zu verlassen, fiel mir anfangs schwer“, sagt Frank Mayer. War er doch Oberarzt, operierte, hatte täglichen Umgang mit Patienten. Die Entscheidung fiel dann aber schnell, als in den Verhandlungen in Potsdam klar wurde, dass die Hochschule eine medizinische Abteilung mit dem Schwerpunkt Sport haben möchte. „Das reizt mich bis heute.“ Und außerdem sei Potsdam mit Berlin in der Umgebung sehr attraktiv. Er mag Land und Leute. „Die Brandenburger sind mir auch deshalb sympathisch, weil sie sagen, was los ist.“

Der Bereich Sportmedizin passe sehr gut zum Land Brandenburg, wo der Mediziner auch sofort die bestehenden Kontakte zum Olympiastützpunkt und zur Sportschule Potsdam ausbaute. Seit Oktober des vergangenen Jahres liegt zudem Verantwortung für die

Sportmedizin des Leistungssports für Brandenburg bei Frank Mayer und seinen Kollegen der Hochschulambulanz. Die Athleten werden hier auf Herz und Nieren geprüft und medizinisch betreut.

Der Hochschullehrer ist nach wie vor mit Leib und Seele Arzt und hat auch in der Potsdamer Hochschulambulanz täglich Umgang mit Patienten aller Altersstufen. Hier werden verschiedene Gesundheitsuntersuchungen und Sprechstunden angeboten. Die Arbeit mit Athleten im Hochleistungssport umfasst zusätzlich die medizinische, physio- und trainingstherapeutische Betreuung bei Wettkämpfen und im Training. Weiter gibt es ein breites Spektrum an Angeboten, was von der Leistungsphysiologie über die Sportorthopädie und -traumatologie bis zur Biomechanik und Funktionsdiagnostik, Physiotherapie sowie Sporttherapie und Medizinische Trainingstherapie reicht. Seine Arbeit macht der Mediziner auch deshalb sehr gerne, weil er sich parallel zur Versorgung der Patienten mit Forschung und Lehre beschäftigen kann.

Frank Mayer ist nicht nur als Arzt umtriebig. Er ist in einigen Gremien aktiv, so im Wissenschaftsrat der Deutschen Gesellschaft für Sportmedizin und Prävention oder im Medizinischen Expertengremium des Deutschen Olympischen Sportbundes. Außerdem betreut er Leistungssportler, so begleitet er ab und zu Athleten zu Wettkämpfen. Frank Mayer ist unter anderem für die Fitness der 13

professionellen Werksfahrer der Porsche AG zuständig, die weltweit Autorennen fahren. Ein entsprechendes Betreuungs-, Forschungs- und Entwicklungsprojekt ist bei ihm angesiedelt. Ein Vertrag wurde gerade für fünf Jahre abgeschlossen.

In einem anderen Projekt haben der Sportmediziner und sein Team bundesweit 20.000 Kinderfüße vermessen. Dabei entwickelten sie eine Messmethode mit Kameras, Lichtschranken und Sensoren, die nun zum Einsatz kommt. Auf diese Weise erhalten unter anderem Schuhhersteller wissenschaftlich fundierte Daten. Ein weiteres Forschungsfeld ist die Überprüfung verschiedener Therapieformen. Dabei wird beispielsweise der Frage nachgegangen, wie sich Kraft- oder Koordinationstraining bei Beschwerden der Achillessehne, der Knie oder der Schulter auswirkt. „Wir arbeiten daran zu belegen, welche nichtoperativen Therapieformen einen wissenschaftlich nachgewiesenen Nutzen haben.“

Auch in seiner Humanwissenschaftlichen Fakultät ist Frank Mayer engagiert, er kümmert sich dort als Prodekan um die Forschung und den wissenschaftlichen Nachwuchs. Natürlich bleibt die Frage, was der Professor selbst tut, um angesichts der umfangreichen Arbeitsaufgaben körperlich fit zu bleiben. „Obwohl gegenwärtig zu wenig Zeit dafür verbleibt, bemühe ich mich, zweimal in der Woche zu laufen und ab und zu 30 Minuten im Trainingsraum der Ambulanz aktiv zu sein.“

be

Spaß am Klettern

Boulder-Halle in Golm erfreut sich großer Beliebtheit



Klettern wie die Affen: In der im Dezember offiziell eröffneten Boulderhalle Golm kann man das üben. Foto: Roes

Seit Anfang des Wintersemesters befindet sich am Uni-Standort Golm eine Boulderhalle. Die alte Sporthalle ist für Klettersportler hergerichtet worden. Aber auch Kampfsportler können hier trainieren. Initiatoren des Projekts sind das Zentrum für Hochschulsport und das Institut für Sportwissenschaft. Vor Ort laufen gegenwärtig insgesamt zehn Kurse, schon im nächsten Semester sollen es mehr sein.

Pünktlich zum Semesterbeginn ist die Boulderhalle in Golm in Betrieb genommen worden. Seither trainieren hier Studierende der Uni Potsdam das Klettern, erlernen die dafür notwendigen Techniken oder messen ihre Kräfte im Kampfsport. Insgesamt gibt es inzwischen zehn Kurse, ihre Anzahl soll im nächsten Semester weiter steigen. Für die universitäre Lehre sind die einhundert Quadratmeter Kletterfläche ein

Kleinod. „Die Flächen sind für die sportwissenschaftliche Ausbildung sehr geeignet“, schätzt Dr. René Kittel ein. Gern möchte der an der Professur für Bewegungs- und Trainingswissenschaft tätige Uni-Mitarbeiter noch mehr Nutzungsvarianten erschließen. So beginnt Kittel in diesen Tagen damit, sechs Kindern zu therapeutischen Zwecken das Klettern beizubringen. Bei ihnen wurde das Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätssyndrom (ADHS) diagnostiziert. Bouldern fördert Kraft, Koordination und Beweglichkeit. „Gekraxelt“ wird in Absprunghöhe. Es gibt weder Seil noch Gurt. Beim eventuellen Absturz verhindern dicke Matten größere Verletzungen. In Golm finden die Kletterer fünf Schwierigkeitsstufen vor. Jeweils unterschiedlich gefärbte Plastikgriffe markieren einzelne Kletterprobleme.

Der Verein für Hochschulsport hatte sich in der Vergangenheit wieder und wieder für die attraktive Gestaltung der alten Sporthalle stark gemacht. Über 20.000 Euro steckte er in die Aufstellung der Boulderwände und die Anschaffung von Kampfsportmatten. Das allerdings ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die gesamte Halle, einschließlich Sanitäranlagen, muss dringend saniert werden. Noch allerdings fehlt das nötige Geld. „Wir brauchen rund 360.000 Euro, wenn wir das schaffen wollen“, so Petra Bischoff-Krenzien, Leiterin des Hochschulsports. Sie hofft nun auf die Unterstützung der Hochschulleitung und das Standortmanagement für Golm. *pg*

Uni mit Spielplatz

Für Uni-Kids ist ein Ort zum Toben entstanden

Die Universität Potsdam hat ihren ersten Campus-spielplatz. Kletterfisch mit Rutsche, Wippe, Seilzirkus, Schaukel, Sprungnetz, Reck und vieles andere mehr lassen von nun an die Herzen von großen und kleinen Kindern höher schlagen. Den Weg zum kleinen Spielparadies weisen Holzfiguren wie Giraffe, Küken, Affe und Bär. Das Gelände vis-à-vis zum Sportplatz am Uni-Standort Neues Palais dürften die Kids damit nicht verfehlen.

Bei der Konzeption des Spielplatzes und der Auswahl der Geräte wurde nicht nur an die spielenden Kinder, sondern auch an die sportbegeisterten Studierenden, Eltern und Großeltern gedacht. Nur acht

Wochen vergingen von der Planung bis zur Fertigstellung des Platzes. Finanziert wurde das vom Koordinationsbüro für Chancengleichheit initiierte Projekt aus Landesmitteln des Programms „Kind und Karriere“ sowie von der Universität Potsdam. Die Gesamtkosten betrugen rund 90.000 Euro.

Die Einweihung des Spielplatzes fand während der Familienmesse am 27. November vergangenen Jahres statt. Anwesend waren auch Uni-Präsidentin, Prof. Dr.-Ing. Dr. Sabine Kunst, und die brandenburgische Wissenschaftsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka. *be*

Kleines Paradies für Kinder: Campusspielplatz





Tipps und Termine

Uni

„Mentoring für Frauen“

Mai 2009

Während des zehnmonatigen Programms wird je einer Studentin (Mentee) eine beruflich erfahrene Fach- und Führungskraft an die Seite gestellt, die beratend tätig ist. Außerdem erhalten die Mentees spezielle Trainings sowie Möglichkeiten, Kontakte in die Wirtschaft zu knüpfen.

Bewerbungsschluss: 13.3.2009

www.mentoring-brandenburg.de

GASTVORTRAG

11.2.2009, 16.00 Uhr

„Gewaltsamer Umsturz und Untergrabung – »Staatsverrat« in der DDR“

Universität Potsdam, Uni-Komplex Babelsberg, August-Bebel-Straße 89, 14482 Potsdam, Haus 6, Hörsaal 2

ARBEITSTAGUNG

20.2.-22.2.2009, Beginn: 20.2., 19.00 Uhr

77. Arbeitstagung Allgemeine Algebra

Universität Potsdam, Uni-Komplex Neues Palais, Haus 8, Hörsaal 0.58

www.users.math.uni-potsdam.de/~denecke/conference.htm

SYMPOSIUM

13.3.2009, 10.00 Uhr

Verabschiedung von Prof. em. Dr. iur. utr. Michael Nierhaus

Universität Potsdam, Uni-Komplex Babelsberg, August-Bebel-Straße 89, 14482 Potsdam, Haus 6, Hörsaal 6

Regionales

PRÄSENTATION

Ab 29.1.2009

Ergänzung der Dauerausstellung „Wege in die Himmelsstadt. Bischof – Glaube – Herrschaft. 800 – 1550“

Erweiterung der Exposition um wertvolle liturgische Gewänder aus dem ehemaligen Benediktinerkloster in Groß Ammensleben.

Burg Ziesar, Mühlentor 15a, 14793 Ziesar

www.burg-ziesar.de

WANDERAUSSTELLUNG

„Jüdisches Leben in Brandenburg“

Eine Exposition zu Aspekten jüdischen Lebens in Brandenburg von den Anfängen bis in die Gegenwart.

11.2.-20.3.2009 Begegnungsstätte Gollwitz,

27.3.-7.6.2009 Textilmuseum Forst, **Ende Juni-**

Ende August 2009 Dominikanerkloster Prenzlau, **2010** Optik-Industrie-Museum Rathenow

www.mmz-potsdam.de

KONZERT

12./13. 2. 2009, 19.00 Uhr

„War Requiem“ (Benjamin Britten)

Requiem für Chor, Orchester, Solisten in lateinischer und deutscher Sprache

Campus Cantabile, Sinfonietta Potsdam (Chor und Orchester der Universität Potsdam) sowie weitere Beteiligte, Solisten: Doerthe-Maria Sandmann, Jan Kobow und Matthias Vieweg, Leitung: Kristian Commichau

Dem Konzertbesucher werden zum besseren Verständnis durch eine vorangestellte Werkein-

führung Hörhilfen mit auf den Weg gegeben.

Karten: 15,- und 12,- Euro, ermäßigt 10,- und 8,- Euro

Nikolaissaal Potsdam, Wilhelm-Staab-Str. 10/11, 14467 Potsdam

www.nikolaissaal.de

Weitere Aufführungen: 21./22.2.2009, 19.00 Uhr, Heilig-Kreuz-Kirche Berlin

www.vocal-concertisten.de

AUSSTELLUNG

Bis 28.2.2009

„Notationen – Musikalische Malereien“

Künstlerische Arbeiten von Sibylle Darge, Celina Le Moal, Katharina Möller, Andrea Seifert Eine Ausstellung in Zusammenarbeit mit dem Lehramtsstudiengang Kunst der Uni Potsdam.

Ticket-Galerie Nikolaissaal Potsdam, Wilhelm-Staab-Str. 10, 14467 Potsdam





Überregionales

FESTVERANSTALTUNG

26.3.2009, 19.00 Uhr

Fraunhofer – 60 Jahre im Auftrag der Zukunft

Maximilianeum, Max-Planck-Str.1,
81627 München

www.fraunhofer.de

Ausstellungszug auf „Expedition Zukunft“

Ab Frühjahr 2009, bundesweit

Im Wissenschaftsjahr 2009 fährt erstmals eine Ausstellung der deutschen Wissenschaft aus Anlass des 60-jährigen Bestehens der Bundesrepublik Deutschland in einem 300 Meter langen Zug durch Deutschland. Die von der Max-Planck-Gesellschaft koordinierte „Expedition Zukunft“ macht Forschung hautnah erlebbar. Gezeigt wird, wie Forschung und Technologie unser Leben in den kommenden zehn bis fünfzehn Jahren beeinflussen werden – von der Grundlagenforschung bis hin zur Produktentwicklung in Zusammenarbeit mit Unternehmen.

Es gibt zwölf Themenwagen. Der Zug startet in Berlin und hält in 60 Städten. Er macht Station in allen Bundesländern.

www.expedition-zukunft.org

Ausschreibungen

TSCHIRA-PREIS

KlarText!

Teilnehmer: im Jahr 2008 Promovierte aus den Bereichen Biologie, Chemie, Physik, Neurowissenschaften, Mathematik, Informatik und angrenzenden Fächern

Inhalt: Wettbewerb um die verständlichste Darstellung der Ergebnisse der Doktorarbeit

Dotierung: bis zu sechs Preise à 5000 Euro

Einsendeschluss: 28. 2. 2009

Weitere Informationen:

www.klaus-tschira-preis.info

Deutscher Studienpreis

Teilnehmer: Nachwuchswissenschaftler aller Fachrichtungen, die ihre Dissertation 2008 mit summa oder magna cum laude abgeschlossen haben.

Inhalt: Suche nach der besten Dissertation des Jahres unter Beachtung der gesellschaftlichen Relevanz der Forschungsbeiträge

Dotierung: drei Preise von je 30.000 Euro und weitere Anerkennungsprämien von je 3.000 Euro

Einsendeschluss: 1. 3. 2009

Weitere Informationen: www.studienpreis.de

EUROPÄISCHER MULTIMEDIAWETTBEWERB 2009

Comenius EduMedia- Siegel

und Comenius EduMedia-Medaille

Teilnehmer: Verlage, Institutionen, Einrichtungen, Universitäten, Schulen, Projektgruppen sowie Autoren von Bildungsmedien aus allen Ländern Europas, die IKT-basierte Bildungsmedien herausgeben, herstellen oder vertreiben.

Inhalt: Auszeichnungen für die Entwicklung und Herausgabe von pädagogisch, inhaltlich und gestalterisch herausragenden IKT-basierten Bildungsmedien (Didaktische MultimediaProdukte, Multimediaprodukte, Lehr- und Lernmanagementsysteme und Computerspiele mit pädagogischen Potenzialen)

Teilnahmegebühr: 375,- Euro

Antragsschluss: 31.3.2009

Weitere Informationen: www.gpi-online.de

Schon studiert?

Nachrichten, Hintergründe, Serien, Termine.
Alles aus erster Hand.



Der Campusredakteur
der PNN
Jan Kixmüller

**Jetzt 4 Wochen
testen und zu zweit
ins Kino gehen*!**

Gleich bestellen unter:
Telefon (0331) 23 76 100
E-mail
marketing.pnn@pnn.de
Fax
(0331) 23 76 200
oder www.pnn.de

* 4 Wochen PNN lesen für 5,80 €
(Studentenpreis) und Sie erhalten
als Dankeschön 2 Kinokarten
der UCI Kinowelt Potsdam.



Wir sind Potsdam.